Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 63 | Sommer 2004 | 3,10 Euro

Antifa 2004



Alles nur geklaut

Neonazis mit linker Symbolik

Das »Institut für Staatspolitik«

Einblicke in einen neurechten Think Tank



Inhalt

AIB 63 3 · 2004

Rubriken



Titel / Schwerpunkt

Antifa

Rassismus



NS Szene

Geschichte



Braunzone

Gesellschaft

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@mail.nadir.org

www.nadir.org/aib

International

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Kurz vor Drucklegung dieser Ausgabe fanden neben der Wahl zum Europaparlament und den Landtagswahlen in Thüringen auch sechs Kommunalwahlen in Deutschland statt. Mit Spannung erwarteten wir vor allem die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Dresden und Chemnitz, waren in beiden Städten doch rechte Sammlungsbewegungen angetreten. In beiden Städten übertrafen die extrem rechten Parteien unsere sowieso schon pessimistischen Erwartungen. In Dresden zog das Nationale Bündnis Dresden mit 4,0% (drei Sitze) in den Stadtrat ein. Noch schlimmer sieht es in Chemnitz aus, hier sind die Rechten, die auf einer Liste der Republikaner angetreten sind, mit fünf (10,3%) Personen in den Stadtrat eingezogen. Auch die NPD konnte in ihren Hochburgen in der Sächsischen Schweiz erhebliche Stimmanteile für sich gewinnen. Einen traurigen Höhepunkt bildet hier sicherlich Reinhardtsdorf-Schöna, wo jeder vierte Wähler für die Rechten stimmte. Auch bei der Europawahl schaffte die NPD ihr selbstgestecktes Ziel von 0,5% locker und wird damit auch weiterhin durch die staatliche Parteienfinanzierung mit erheblichen Beträgen unterstützt. Sicherlich werden wir uns mit dem Thema Sächsische Schweiz in der nächsten Ausgabe näher beschäftigen.

Unsere Hoffnung, dass eine weitere Eskalation zwischen »Antideutschen« und »AntiimperialistInnen« nicht stattfindet, wurden enttäuscht. Diesmal waren es Vertreter der antiimperialistischen Fraktion, die einen neuen, traurigen Höhepunkt markierten. Auf dem Berliner »Karneval der Kulturen« griffen Anhänger der »Revolutionären Kommunisten« (RK) einige Antifaschisten tätlich an, die sich über den von einem RK-Aktivisten getragenen Pullover mit der Aufschrift »Antizionistische Aktion« beschweren wollten. Hierbei kam es zu einer von den RK angezettelten Schlägerei, in deren Verlauf ein weiterer Antifaschist durch einen Messerstich erheblich verletzt wurde. Es ist definitiv nicht hinehmbar, wenn Konflikte von sich antifaschistisch oder links nennenden Gruppen mit Gewalt ausgetragen werden und bewusst schwere Verletzungen von Menschen in Kauf genommen werden. Bei einem derartigen Eskalationsniveau verkommt die Tatsache, dass es sich bei der »Antizionistischen Aktion« um eine Nazigruppe aus den 80er Jahren handelt, fast zur Randerscheinung.

Hatten wir uns bei der Planung für den Artikel über »Antideutsche Ideologie« in der letzten Ausgabe intensiv mit den zu erwartenden Reaktionen unserer LeserInnenschaft auseinandergesetzt, so sind wir heute (Drei Monate nach Erscheinen der Nummer 62) trotzdem einigermaßen überrascht über das Feedback. Wir hatten natürlich mit (fast) allem gerechnet. Wütende Leserbriefe und Ankündigungen von antideutscher Seite schienen durchaus möglich. Angst hatten wir andererseits vor Vereinnahmung durch antiimperialistische Gruppen, die diesen Artikel als Freibrief für ihre Agitation gegen Israel mißbrauchen könnten. Eingetreten ist jedoch eine ganz andere Reaktion: nämlich (fast) gar keine. Bis auf die zustimmenden Worte einiger Antifagruppen hat es eine ernstzunehmende Debatte oder gar eine öffentliche Antwort als Diskussionsansatz, sieht man von einer Polemik im CI Newsflyer einmal ab, nicht gegeben. Haben wir also so genau den Nerv der Antifa-Bewegung getroffen, dass eine Debatte gar nicht nötig ist? Oder gibt es vielleicht gar keine Antifa-Bewegung mehr, die sich bundesweite Diskussionen und Debatten leistet? Da wir redaktionsintern eher auf Antwort zwei tippen, haben wir uns dazu entschlossen, den Fokus in dieser Ausgabe mal wieder auf die Antifa-Bewegung selbst zu legen. Vielleicht schaffen wir es mit den hier beleuchteten Aspekten, eine Diskussion über die Perspektiven antifaschistischer Arbeit anzuregen.

Ein weiterer Fokus dieser Ausgabe liegt auf dem Ressort Braunzone, in welchem wir gleich mehrere Aspekte näher beleuchtet haben. Diese sind zum einen ein ausführlicher Hintergrundbericht über das »Institut für Staatspolitik«, welches im Mai wieder mal sein »Berliner Kolleg« durchgeführt hat. Hier waren unter anderem der Homann-Fürsprecher Ex-Brigadegeneral Günzel und fast die gesamte Führungsriege der Jungen Freiheit mit von der Partie. Zum anderen widmen wir der Anweisung des Verteidigungsministeriums, die Zusammenarbeit der Bundeswehr mit dem »Verband Deutscher Soldaten« künftig zu untersagen, einige kritische Blicke.

Der Artikel im Ressort NS-Szene über linke Symboliken, die von Neonazis aufgegriffen werden, ist unter anderem einer erhöhten Medienöffentlichkeit dieses Thema betreffend geschuldet. Gerade vor dem 1. Mai-Aufmarsch der Faschisten in Berlin überschlugen sich einige Blätter mit Analysen und Deutungen zu dieser Thematik. Wir versuchen daher in diesem Beitrag, anhand einiger Beispiele den Mechanismus der Adaption dieser Symbole durch die extreme Rechte näher zu ergründen.

Zum Schluss noch ein paar Worte in eigener Sache: Wir suchen dringend zuverlässige WeiterverkäuferInnen vor allem im Raum Göttingen, da wir hier über keine seriöse Verkaufsstelle mehr verfügen und wir euch auch abseits eines Abos weiterhin unser Heft anbieten möchten. Die genauen Konditionen hierzu findet ihr wie immer auf der letzten Seite. ■

Thor Steinar unter Druck

In Hamburg schloss nach einer einwöchigen Antifa-Kampagne der Thor-Steinar-Laden »Stavanger«. Die dortigen Aktivitäten gegen die Klamottenmarke Thor Steinar dürften Teil einer bundesweiten Kampagne sein. Die hat es sich zum Ziel gesetzt, den Vertrieb der in neonazistischen Kreisen sehr beliebten Kleidung zu erschweren. Denn: wo Thor-Steinar-Klamotten sind, da sind Neonazis oft nicht weit weg. Exemplarisch dafür ist der Thor-Steinar-Vertrieb im baden-württembergischen Reutlingen. Dort agiert ein Wirtschaftsnetzwerk mit mehreren Läden und Internetauftritten. Thor Steinar gibt es beispielsweise beim Nevada World-Laden in Reutlingen zu kaufen.

Einer der Drahtzieher des Reutlinger Wirtschaftsgeflechts ist Detlef Mike Spicka. Der ist für AntifaschistInnen kein Unbekannter, schließlich läuft über seine Stuttgarter Zustellanschrift u.a. die Markenanmeldung für das Ladengeschäft American Store in Reutlingen. Das Geschäft war schon Ende der 90er Jahre wegen des Verkaufs von extrem rechten Lifestyle Ziel einer antifaschistischen Kampagne. Während sich der American Store heute als »Hip-Hop-Mekka« anpreist, bietet Spickas neueste Klamottenmarke – Dogfighter – explizit die Belieferung von Kameradschaften an.

Der Reutlinger Nevada-Laden pflegte bis zum Mai 2004 geschäftl che Verbindungen zu einem gleichnamigen Laden im schweizer schen Niederrohrdorf. Auch dort kann man ein großes Sortiment vo Thor-Steinar-Klamotten kaufen. Inhaber des Ladens ist Rafae Hernandez, dessen Name nicht nur im Telefonbuch des Revisioniste Bernhard Schaub stand, sondern er ist auch Anmelder der Schweize Thor-Steinar-Internetseite.

Inzwischen versucht Axel Kopelke, der die Rechte an der Markennamen Thor Steinar hat, gegen AntifaschistInnen, denen e die Erstellung der Internetseite »Stop – Thor Steinar« zurechnet, juri stisch vorzugehen. In juristisch wertlosen E-Mails an AntifaschistIn nen werden deswegen drakonische Strafen angedroht. Als Anwal agiert in dieser Sache der Berliner Rechtsanwalt Markus Roscher. De gehörte Anfang der 90er Jahre dem rechten Flügel der FDP an unc wechselte Ende der 90er Jahre zum extrem rechten Bund freie Bürger. ■

Nazi-Konzert in Berlin

Am 5. Juni 2004 fand in Berlin ein als »Freiheitstreffen europäischer Nationalisten« deklariertes Konzert der Berliner Nazi-Band »Spreegeschwader« und dem »Landser«-Sänger Michael Regener (»Lunikoff«) statt. Unter dem Motto »Die Freiheit steht auf in Europa und morgen gehört ihr die Welt!« wollten hier der Berliner Eckart Bräuniger über »Die Europaidee in Vergangenheit und Gegenwart« und der Thüringer Thorsten Heise über »Das Syndikat der EU-Bürokraten und die Folgen für Europa« referieren. Illes Szoldt (»Elek«) aus Ungarn wurde mit einer Rede zum Thema »Internationalistische Machenschaften und nationaler Widerstand in Ungarn« angekündigt. Für Platzreservierungen wurde im Aufruf der NPD-Funktionär Stefan Lux und die Berliner NPD-Zentrale genannt. Die rund 60 TeilnehmerInnen versammelten sich auf dem Auto-Werkstattgelände des ehemaligen NPD-Kreisvorsitzenden Albrecht Reither in der Joseph-Orlopp-Straße. Nachdem die Reden und das Konzert beendet waren und in der Umgebung anreisende Nazis in direkte Auseinandersetzungen mit AntifaschistInnen verwickelt wurden, registrierte auch die Berliner Polizei das Konzert und überprüfte die Personalien der Anwesenden. Vier Anzeigen wurden gefertigt, unter anderem wegen des Zeigens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und wegen Beleidigung. Über 400 Euro in einer Geldkassette, ein Schlagzeug, eine Gitarre, ein Hocker, ein Baseballschläger und ein Fass mit Altöl wurden beschlagnahmt. Zwei Personen, die Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen trugen, nahm die Polizei zur erkennungsdienstlichen Behandlung mit.


[1]

[1] Eckart Bräuniger bei einem NPD-Infotisch in Berlin

Die engen Verbindungen zwischen »Spreegeschwader« und Michael Regener sind offensichtlich. So ist die Internetseite von »Lunikoff« auf den Nazi-Laden »On the Streets« in Hennigsdorf registriert. Dieser Laden, in welchen die Band »Spreegeschwader« um Alexander Gast involviert ist, wurde auch als Ansprechpartner für »Lunikoff«-Merchandise genannt. ■

Rechtsruck im Brandenburger Journalistenverband

Auf dem jüngsten Verbandstag des Brandenburger Journalistenverbands (DJV) wurde der Berliner Torsten Witt zum Vize-Landesvorsitzenden gewählt. Torsten Witt war in den vergangenen Jahren in diversen rechten bis rechtsextremen Gruppierungen tätig. Er vertrat u.a. den nationalkonservativen Flügel der FDP, war »freier Mitarbeiter« der Jungen Freiheit, war Funktionär des zeitweilig als rechtsextrem eingestuften Bundes Freier Bürger (BFB) und engagierte sich gegen den Bau des Holocaust-Denkmals. (Siehe AIB Nr. 59 »Verkrachte Existenzen«). Der DJV zählt im Land Brandenburg rund 1000 Mitglieder. Die Begleitumstände der Wahl von Torsten Witt werden als recht ungewöhnlich beschrieben, es ist sogar von einer «feindlichen Übernahme» die Rede. 45 neue Mitglieder sind erst kurz vor der Wahl dem Brandenburger Ableger des Deutschen Journalistenverbandes beigetreten. In den DJV-Vorstand wurden neben Witt auch seine Berliner Firmenpartner Thomas Müller und Sören Patz gewählt, beide wie er geschäftsführende Gesellschafter der Berliner Media Verlags- und Medienproduktionsgesellschaft oHG (MKM). Alle 45 »neuen« Brandenburger DJV-Mitglieder kamen vom Verband Junger Journalisten (VJJ) aus Berlin, dessen früherer Chef Witt war. Nachdem die Hintergründe zu Witt und den Umständen der Wahl bekannt wurden, kam es zu erheblicher Empörung in den Reihen der DJV-Basis. Der neue DJV-Landesvorsitzenden Bernd Martin erklärte hingegen zu den Vorwürfen lapidar: »Gegen das Holocaust-Mahnmal waren auch andere.« Der frühere Vorstand will nun über ein



[1] Seit Jahren am rechten Rand unterwegs. Torsten Witt (Mitte) bei einer Republikaner-Aktion am 14. Juli 1987 in Berlin

Mitgliederbegehren einen außerordentlichen Verbandstag und vorzeitige Neuwahlen erzwingen. Mehrere der Brandenburger Neu-Mitglieder aus den Reihen des VJJ kehrten nach dem Brandenburger Wahlakt schnell in den Berliner Verband zurück und kandidierten dort für Vorstandsposten. Hier kam es zu einem Eklat, als zahlreiche Teilnehmer den Gewerkschaftstag unter Protest verließen, weil nach ihrem Empfinden die Wahl auch hier unter dubiosen Umständen und möglicherweise unrechtmäßig zustande kam. Bereits 1981 kam es zu ähnlichen Auseinandersetzungen. Der damalige Ehrenvorsitzende des Bayerischen DJV, Franz Schönhuber, sorgte durch die Veröffentlichung seines Buchs »Ich war dabei« für Wirbel. Der Landesverband hatte den späteren Republikaner-Chef aufgefordert, den Ehrenvorsitz abzugeben. ■

Nazi-Mitarbeiter bei S-Bahn unerwünscht

Wie die stellvertretende Pressesprecherin der S-Bahn Berlin GmbH, Sandra Kinzinger, im April 2004 auf Nachfrage mitteilte wurde der Berliner Funktionär der Neonazigruppe Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) Michael Koth aufgrund seines Auftretens von seinem Dienst bei der S-Bahn entbunden. Koth habe gegen eine entsprechende Betriebsvereinbarung verstoßen. Diese beinhaltet u.a. das Prinzip der Förderung der Chancengleichheit und das Auftreten gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Frau Kinzinger erklärte hierzu: »Für das Auftreten der Mitarbeiter gegen rechte und politische Gewalt bezieht die S-Bahn Berlin GmbH klar Stellung: Rechtsradikalen, Rassisten, Antisemiten und allen, die menschenverachtende Gewalt gegen andere anwenden, darf keine Chance gegeben werden. Dies gilt innerhalb der eigenen Reihen, gegenüber den Fahrgästen und für das Verhalten außerhalb der Arbeitszeit.« ■



[1] Michael Koth und Manfred Roeder (v.l.n.r.) bei einer NPD-Demonstration in Neustrelitz



Antifa 2004

Zwischen Beißreflex und Leinenzwang

AA/BO und BAT sind längst Geschichte, die Antifaschistische Aktion Berlin gespalten. Vor einigen Monaten verkündete die Antifa K (Köln) ihre Auflösung. In ihrer Auflösungserklärung machte diese gar einen bundesweiten Trend zum Auflösen von Antifa-Gruppen aus. Dass es sich wirklich um einen Trend handeln könnte, untermauerte auch die wenige Wochen später erfolgte Auflösung der Antifa M (Göttingen). Handelt es sich bei diesen Spaltungen und Auflösungen um die letzte Konsequenz aus den immer noch andauernden Streitigkeiten zwischen Antifa und Antideutschen oder findet ein Generationswechsel in der Bewegung statt?

Für eine Ablösung der 90er Jahre Antifa-Generation sprechen die Gemeinsamkeiten der beiden Auflösungserklärungen der »M« und der »K«. Die Hauptgemeinsamkeit ist ihr Inhalt, oder besser das Fehlen eines selbigen. Brachten Spaltungen oder Auflösungen vor wenigen Jahren noch seitenlange Papiere und kontroverse Diskussionen in Szene-Zeitschriften mit sich, beschränkt es sich diesmal auf kurze Erklärungen auf den jeweiligen Homepages. Die Erklärung der Antifa M referiert in kurzen Stichpunkten die absolute Minimalbegründung für eine Trennung: »In den letzten Monaten mussten wir feststellen, dass auf Grund der verschiedenen Ansätze und Einschätzungen eine gemeinsame von der gesamten Gruppe getragene Politik kaum bis gar nicht mehr möglich war«. Das war's. Ähnlich sieht es auch bei der Antifa K aus. Neben der Erkenntnis, dass die meisten Mitglieder lieber im beruflichen Leben vorankommen wollen, erkennt die »K« noch das Scheitern des »revolutionären Antifaschismus«. So heißt es in der Erklärung: »Wenn das Konzept des »revolutionären Antifaschismus« (Antifa ist der Kampf ums Ganze etc.) der 90er jemals richtig war, so kann es auf die derzeitige politische Lage schon längst keine Antworten mehr geben«. So richtig diese Erkenntnis auch sein mag, bleibt dennoch nur Kopfschütteln und Ratlosigkeit zurück. Warum folgte die Gruppe mindestens fünf Jahre nach dem Ende der 90er Jahre einer Politik, die sich nicht mehr an den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen orientierte? Warum wurde das politische Konzept nicht verändert, sondern die Gruppe aufgelöst? Warum betreibt eine Gruppe keine Nachwuchsarbeit, wenn sich abzeichnet, dass die Mehrheit ihrer Mitglieder ins Berufsleben entschwinden wird?

Sollte es sich wirklich um einen Generationswechsel handeln, müsste es aber auch neu entstehende Jugendantifagruppen geben, die motiviert und mit neuen Ansätzen antreten, die entstandenen Lücken (wenn es denn welche gibt) zu füllen. Auch wenn wir diese Frage in dem hier vorliegenden Schwerpunkt nicht näher untersuchen wollen, können wir die Antwort trotzdem vorwegnehmen: Es gibt diese neu entstehenden Gruppen.

Entwarnung? – Keinesfalls. Der Unterschied zu früheren Generationswechseln liegt auf der Hand. Es gibt keinen fließenden Übergang von ausscheidenden Antifas und neuen Gruppen in einer bestehenden Struktur mehr. Denn ist es genau diese wie auch immer geformte Struktur, die fehlt. Würden wir diese Struktur »Organisierung« nennen, wäre es genau dieser Mangel an Organisierung, den wir »beklagen« würden. Organisierung bedeutet für uns das gemeinsame Diskutieren von Konzepten und deren strategische sowie taktische Umsetzung. Egal, ob regional oder überregional.



Wir wollen natürlich nicht leugnen, dass es in einigen Regionen vielversprechende Ansätze gibt, doch haben diese regionalen Bündnisse oft das Manko, an dem auch ihre »grossen« Vorbilder litten – es sind meist kurzfristige Zweckbündnisse, in denen die inhaltliche Diskussion, genauer das Erarbeiten einer gemeinsamen Perspektive, zu kurz kommt. Man mag erwidern, dass der Zeitpunkt für eine inhaltliche Neubestimmung denkbar schlecht gewählt ist und in Zeiten von wachsendem Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Repression, derartige Zweckbündnisse im Vordergrund stehen müssten. Eine Atempause haben AntifaschistInnen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen allerdings noch nie gegönnt, meistens ging es kontinuierlich abwärts. In diesem Sinne: Wann, wenn nicht jetzt?! ■

Foto: Juelich/attenzione

Antifa – just do it?

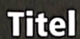
Im Frühjahr 2000 erschien im AIB ein Beitrag unter dem Titel »Antifa, wie weiter?«, der grundsätzliche Thesen zum Stand der Bewegung aufstellte. Aufgrund der Entwicklungsprozesse der antifaschistischen Bewegung ist es jedoch wichtig, wieder einmal grundsätzliche Thesen zu Konzepten antifaschistischer Praxis zu beschreiben und so Diskussionen zu den Perspektiven antifaschistischer Praxis anzuregen und Organisierungsprozesse zu fördern.

Unerlässlich für Konzepte antifaschistischer Praxis ist die Reflexion dieser mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Mit der Veränderung gesellschaftlicher und politischer Ausgangsbedingungen muss antifaschistische Praxis gegebenenfalls flexibel genug sein, auf diese zu reagieren und neue Perspektiven zu finden. Unter einem solchen Vorzeichen wurden Anfang der 90er Jahre die bundesweiten Bündnisse AA/BO und im Jahr darauf mit einem anderen Ansatz das BAT gegründet. Doch fielen hier Anspruch und Wirklichkeit auseinander. Ende der 90er Jahre änderten sich die Bedingungen antifaschistischer Praxis unter anderem durch die Zunahme an Naziaufmärschen im gesamten Bundesgebiet. Verstärkt machten es Nazis seitdem zum Bestandteil ihrer Politik, öffentlichen Raum für sich einzunehmen und meldeten zunehmend Aufmärsche an. Um darauf zu reagieren, richteten sich die Mobilisierungen autonomer AntifaschistInnen nun verstärkt gegen Naziaufmärsche, bei denen die erfolgreiche Verhinderung nur zu oft davon abhängig war, welches Ziel von staatlicher Seite verfolgt wurde. Diskussionen, wie mit einer solchen Entwicklung umzugehen sei, folgten nicht. Einhergehend mit der Zunahme von Naziaufmärschen ließ die antifaschistische Mobilisierungsstärke nach. Um noch Leute auf die Straße zu kriegen, wurden die antifaschistischen Proteste wie Pop-Events inszeniert. Ausschlaggebend für die Anwesenheit bei Aktionen waren nun weniger inhaltliche Gesichtspunkte, sondern der zu erwartende Ereignischarakter der Proteste. Der Ansatz antifaschistischer Arbeit verkürzte sich vielerorts auf einfache Forderungen. Auseinandersetzungen mit gesellschaftlichen Verhältnissen wurden marginal, langdiskutierte bundesweite Kampagnenarbeit wich zunehmend punktueller Interventionspolitik. Das Ausbleiben von Diskussion und Reflexion hatte auch Auswirkung auf die bundesweiten Bündnisse. Im September 2001 löste sich zunächst der bundesweite Zusammenhang AA/BO auf, das BAT folgte ein Jahr später.

Regionale Einblicke

Mit dem Wegfall dieser bundesweiten Strukturen schwand die Möglichkeit, überregionale und längere Diskussionen zu führen und Ansätze regionaler antifaschistischer Praxis in größerem Rahmen zu reflektieren. Analysen basieren nun oft auf einer Auswertung regionaler Sachverhalte und können nicht mehr im bundesweiten Kontext betrachtet werden. Das Setzen bundesweiter Impulse ist nicht mehr möglich. Im folgenden werden nun einige aktuelle Konzepte regionaler Praxis beschrieben, bei denen es gelungen ist, die Ziele antifaschistischer Arbeit umzusetzen. Handlungsoptionen sollen dadurch aufgezeigt und Thesen zu antifaschistischen Konzepten erläutert werden.

Um ein Konzept, das auf Bildungsarbeit durch Information und Vernetzung von Jugendarbeit setzt, handelt es sich bei einer Info-Kampagne in Brandenburg. Diese Kampagne hat zum Ziel, durch lokale Einmischung Nazis aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen und ihnen die Akzeptanz, mit der sie vielerorts behandelt werden, zu entziehen. Thematisiert wurden diese Forderungen im Rahmen einer Infotour über den Märkischen Heimatschutz (MHS) in verschiedenen regionalen Jugendclubs und öffentlichen Einrichtungen, wodurch eine Sensibilisierung für Neuerungen in der Naziszene geschaffen wurde. Hierbei wird das Thema der akzeptierenden Jugendarbeit aufgegriffen und problematisiert, dass so Neonazis Freiräume geschaffen werden. Diese Kampagne baut auf Langzeiterfolge. Sie greift einerseits die Forderung nach Schaffung von alternativen Freiräumen auf und versucht zum anderen, antifaschistische Inhalte zu vermitteln. Das Konzept stellt eine gute Verbindung zwischen notwendiger antifaschistischer Intervention und einer auf Kontinuität angelegten Bildungsarbeit, die emanzipatorische Inhalte in einen öffentlichen Diskurs trägt, dar. Eine ähnliche Strategie verfolgte auch eine Kampagne aus dem Raum Nordrhein-Westfalen gegen Rechtsrock unter dem Motto »We will rock you Tour 2003. Kein Raum der





Nazimusik«. Veranlasst durch die Zunahme an Nazi-Konzerten in NRW wollte das Bündnis intervenieren. In NRW existierten etwa 20 mehr oder weniger aktive rechte Bands. Mit steigendem Konzertangebot war es den Nazis möglich, öfter an identitätsstiftenden Events teilzunehmen. Die Kampagne erfolgte in dem Bewusstsein, dass dem Problem nur durch eine breit angelegte öffentliche Debatte um die Wirkungsweisen und Strukturen von Rechtsrock beizukommen sei sowie durch gezielte Interventionen im politischen wie kulturellen Bereich. Für die Sensibilisierung der Öffentlichkeit wurde Aufklärungsarbeit geleistet. Um auf kultureller Ebene zu intervenieren, wurden alternative Ansätze in den Regionen gestärkt, wo rechte Lifestyles dominierten. Kulturschaffende wurden in Auseinandersetzungen gezwungen und gegenkulturelle Events organisiert. Direkte Erfolge knüpften sich der Kampagne an. Neben der Schaffung von Öffentlichkeit verloren dadurch Rechtsrock-Projekte vor Ort an Mitgliedern und gegen verschiedene Mitglieder der Naziband »Weisse Wölfe« wurden Strafverfahren eingeleitet. Die Schwierigkeit bei einer solchen Kampagne liegt in dem weit verbreiteten bürgerlichen Verständnis, dass »Kultur nicht weh tue« und sich über »Geschmack nicht streiten lasse und das mit Politik nichts zu tun habe«. Es war zunächst wichtig, bestimmte Inhalte zu vermitteln, um eine Basis zu schaffen und darauf aufbauend gezielt gegen Nazistrukturen vorgehen zu können. Der Erfolg dieses Projektes lag in der Vielfalt der Aktionsformen und erzielte so auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen Erfolge.

Bewusst auf die Bildung breiter Bündnisse und damit ein anderer Schwerpunkt wurde bei der Kampagne Ende 2002 in Dresden gesetzt, die die Schließung des Neonazi-Clubs Thor zum Ziel hatte. In dem dazu geschaffenen Bündnis sollte allen ermöglicht werden, gegen Neonazis vorzugehen. Das Bündnis setzte sich aus einem breiten Spektrum diverser Organisationen wie antirassistischen Vereinen, Jugendorganisationen, Recherchegruppen und autonomen Antifagruppen zusammen. Für die Schließung des Club Thor betrieb das Bündnis Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Noch im Jahr seiner Eröffnung musste der Club wieder schließen. Das Konzept eines breiten Bündnisses hatte sich als erfolgreich erwiesen. Doch einen maßgeblichen Beitrag zur Schließung leisteten auch die direkten antifaschistischen Aktionen, durch die Druck auf Vermieter und Clubbesitzer ausgeübt wurde. Damit ging der in Dresden geführten Bündnispolitik eine gute Analyse voraus, welche Aufgaben ein solches Bündnis für die Initiatoren zu erfüllen habe.

Ebenfalls die Schließung eines Naziclubs hatte die Kampagne gegen den Club 88 in Neumünster zum Ziel. Im April 2000 wurde von einem Bündnis gegen Rechts, das zunächst nur aus lokalen Antifagruppen bestand, eine Kampagne gegen den Club 88 gestartet. In dem Bündnis wurde nun darauf gesetzt, eine Schließungsverfügung zu erwirken und dadurch das endgültige Aus des Clubs durchzusetzen. Nach massivem politischem Druck kam es im September 2000 dann zu einer Schließungsverfügung durch die Stadt. Durch eine Gegenklage der Betreiberin des Club 88 wurde diese jedoch für rechtswidrig erklärt. Die Kampagne wurde als gescheitert erklärt und ein Disput zwischen regionalen Antifagruppen begann. Bei der hier betriebenen Bündnispolitik verließen sich die agierenden antifaschistischen Gruppen vor Ort darauf, dass von staatlicher Seite entsprechende Schritte zur Beseitigung des Clubs unternommen würden und sich der Erfolg einstelle, wenn man sich nur möglichst konform verhalte. Durch direkte antifaschistische Aktionen wie in Dresden hätte den Forderungen noch viel mehr Nachdruck verliehen werden können. So hätte der Vermieter des Clubs stärker zur Verantwortung gezogen werden oder in der Nachbarschaft des Clubs mehr Aufklärungsarbeit betrieben werden können. Nachdem die Schliessungsverfügung gescheitert war, hatte man keine Perspektive mehr und stieß mit dieser Form der Bündnispolitik an seine Grenzen. Es war den linken AntifaschistInnen nicht mehr möglich, ihr politisches Profil zu bewahren und selbstbewusst kritische Inhalte in das Bündnis einzubringen. Es wurde versäumt, dies zu



reflektieren. Bündnisarbeit kann nur erfolgreich sein, wenn es AntifaschistInnen noch möglich ist, selbstbewusst und authentisch ihre Inhalte zu vermitteln. Die Schmerzgrenze war bei dieser Kampagne bereits überschritten.

Ausblicke

Ziel antifaschistischer Arbeit ist es, direkt gegen neonazistische Strukturen vorzugehen und darüber hinaus die gesellschaftlichen Verhältnisse zu beleuchten und Machtverhältnisse und Momente der Unterdrückung aufzuzeigen. Antifaschistische Arbeit muss auf die Gesellschaft einwirken und auf sie Bezug nehmen. Das AIB hält aus diesem Grund an dem Konzept von breiten gesellschaftlichen Bündnissen fest und plädiert dafür, alle sich bietenden gesellschaftlichen Räume zu nutzen. Dazu gehört nicht nur die Straße, auch die Schule und Jugendclubs müssen als öffentliche Räume begriffen werden. Durch den Wegfall einer bundesweiten Struktur der Antifabewegung gibt es keine Möglichkeiten mehr, Auseinandersetzungen über eine Neuausrichtung antifaschistischer Politik und der Bewegung zu diskutieren. Dadurch ist auch ein allgemeines Defizit feststellbar, dass inhaltliche Auseinandersetzungen innerhalb der einzelnen Antifagruppen häufig nicht mehr stattfinden. Internetforen wie Indymedia können solche Strukturen nicht ersetzen. Einhergehend mit dem Wegfall der Strukturen hat sich auch die Form der Informationspolitik geändert. Ist eine Gruppe mit ihren regionalen Aktionen nicht im Internet präsent, durch eine Internetseite oder gutplatzierte Postings, ist sie nicht wahrnehmbar. Selbst bei Vorliegen der Internetpräsenz ist aber für AntifaschistInnen im gesamten Bundesgebiet die Situation der Mobilisierenden vor Ort schwer einschätzbar und eine Bewertung, warum man Anfahrtswege für Aktionen auf sich nehmen soll oder gerade diese Demo überregionaler Unterstützung bedarf, kaum vorzunehmen. Um perspektivisch eine bundesweite Vernetzung zu bewirken, ist es zunächst wichtig, dass sich Gruppen vor Ort organisieren und regional vernetzen. Als Organisierung ist die Reflexion von antifaschistischen Strategien zu verstehen und darüber mit anderen Gruppen in einen Diskurs zu treten. Bündnisarbeit sollte eine Analyse früherer Bündnisse vorausgehen. Ferner muss die Frage beantwortet werden, wie es Bündnissen gelingen kann, nicht eine bestimmte Form der Politik zu diktieren, sondern Impulse zu setzen und Debatten zwischen den Bündnisteilnehmern in Gang zu bringen. Für eine antifaschistische Bewegung ist die Bildung breiter Bündnisse wichtig, die punktuell intervenieren können aber auch langfristig gesellschaftliche Impulse setzen.

Zur Vermittlung antifaschistischer Inhalte ist Bildungsarbeit mit allen möglichen gesellschaftlichen Gruppen unerlässlich. Ziel von Bildungsarbeit sollte Weiterbildung und Schulung von Interessierten sein. Erfolge sind hierbei zwar nicht sofort sichtbar, Bildungsarbeit trägt jedoch nachhaltig zur Stärkung der antifaschistischen Bewegung bei.

Antifaschistischer Widerstand, der auch grundlegende Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen formulieren will, muss breit gefächert sein. Konzepte antifaschistischer Praxis sollten deshalb in Reflexion der gesellschaftlichen Verhältnisse entwickelt werden, um auf Veränderungen reagieren zu können und sich den Herausforderungen auf allen Ebenen stellen zu können. Es lässt sich beobachten, dass viele der Ansätze antifaschistischer Praxis durch die Jahrzehnte als Dreh- und Angelpunkt die Mobilisierungsstärke hatten. Maßgebliche Spuren hinterließ ein Nachlassen der Mobilisierungsfähigkeit beim autonomen Antifaschismus. Ein Konzept, das nur darauf basiert, punktuell Nazis zurückzudrängen und das wesentlich davon abhängt, wie viele Leute zu mobilisieren sind, kann nicht kontinuierlich wirkungsvoll sein. In Zeiten, in denen durch Repression, Umbrüche oder Neuorientierung der Szene es an Mobilisierungspotential mangelt, muss antifaschistischer Widerstand weiterhin machbar bleiben und seine Erfolge anders definieren. ■



Neuer Rasen, gleiches Spiel

Antifa-Arbeit war schon immer durch verschiedenste gesellschaftspolitische Ansätze geprägt, die sich zum Teil gegenüberstanden oder in der Praxis ergänzten. Neben den ProtagonistInnen eines klassischen autonomen oder »revolutionären« Antifaschismus, gab es immer auch einen bürgerlichen Antifaschismus. Selbst von einem staatlichen Antifaschismus war während des rot-grünen »Antifasommers« die Rede. Haben wir uns schon oft und ausführlich mit den meisten Facetten des linksradikalen Antifaschismus auseinandergesetzt, wollen wir uns diesmal dem Wandel und Problemen eines zumeist humanistisch begründeten Antifaschismus widmen.

Als im Sommer 2000 eine Bombe, vermeintlich gezündet von Neonazis, mehrere jüdische Aussiedler erheblich verletzte, platzte Kanzler Gerhard Schröder der Kragen. »Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen«. Denkwürdige Worte, deren Ernsthaftigkeit AntifaschistInnen jedoch schnell bezweifelten. Was auch immer ein »Aufstand der Anständigen« auch sein sollte, er war so plötzlich beendet, wie er ausgerufen wurde. Jedoch mit teils fatalen Folgen. Auf der einen Seite interessierte sich auf Regierungsebene nach einiger Zeit kaum noch einer der Aufständigen für die Thematik der rechten Agitation auf deutschen Strassen. Vielmehr stand der staatliche Antifaschismus von Anfang an gleichberechtigt neben rassistisch und nationalistisch motivierten Einwanderungs- und Standortdebatten.

Auf der anderen Seite standen die Leute, die bereits vor dem Sommer 2000 »anständig« waren, in einem fahlen Lichte da. Von einem Großteil der sie umgebenden Gesellschaft wurden sie als unverbesserliche Zeigefingererheber und von Teilen der autonomen Antifa-Szene als staatstragende Moralapostel gesehen. So hat Schröders Aufstand den Kreis derer, die schon immer aus humanistischen Beweggründen gegen Neonazis agierten, kräftig dezimiert.

Die Gründe hierfür sind vielschichtig. So sehen viele keinen Sinn mehr in Eigeninitiativen gegen Neonazis, da der Kampf gegen Rechts inzwischen als eine Staatsaufgabe angesehen wird. Auch der Faktor, dass sich schwerlich Erfolge einstellten – das NPD-Verbot als medienwirksamstes Projekt scheiterte sogar – führten sicherlich zu einem hohen Grad an Frustration und Verunsicherung. Schon ab dem Jahr 2002 trat aber auch ein gewisser Gewöhnungseffekt ein. Man schien vielerorts einfach des Empörens überdrüssig geworden zu sein. Gerade diese Empörung war es aber oft, die ausgereicht hat, Menschen gegen Faschisten auf die Strasse zu bringen. Ziemlich schnell reichte das bloße Auftreten nicht mehr aus und es musste schon Gewalt mit im Spiel sein, um sich überhaupt noch empören zu können. Da Gewalt – egal von wem – aber als grundlegendes gesellschaftliches Problem begriffen wurde und wird, stellen die gängigen Gleichsetzungen von Rechts und Links inzwischen das Hauptproblem für AntifaschistInnen dar. Aus Projekten gegen Rechts wurden Projekte



gegen Extremismus und Gewalt.

Die Senkung der gesellschaftlichen Hemmschwelle gegenüber staatlicher Repression fällt demzufolge auch auf autonome AntifaschistInnen zurück. Denn der staatliche Antifaschismus bezeichnet nicht mehr als die aktionistischen Maßnahmen von Regierung, Gerichten und Polizei gegen rechtsextreme Straftaten. Doch hierdurch wurden schon immer nur die illegalen Ausdrucksformen einer Ideologie und nicht deren Inhalte angegangen. Auch wenn das konsequente staatliche Vorgehen gegen Neonazis für Antifaschisten auf den ersten Blick eine Arbeitsentlastung zu sein schien, überwiegen inzwischen die Nachteile.

Eine Strategie des »anständigen Sommers« zielte darauf ab, sich mit seinen Inhalten und seiner politischen Praxis an eine Zivilgesellschaft zu richten. Da diese imaginäre Zivilgesellschaft aber in großen Teilen des Landes nicht vorhanden war, sollten BürgerInnen motiviert werden, die Gesellschaft aktiv zu gestalten. Im Zuge dessen wurden staatliche Fördertöpfe eingerichtet, die Initiativen und Organisationen unterstützen sollten, die sich »gegen Rechts« engagierten. Auf diese Weise sollte die Entwicklung und Festigung einer demokratischen Kultur erreicht werden.

Das Ergebnis davon waren nachhaltige Veränderungen in vielen Strukturen. In der Überzeugung, dass auch staatliche Gelder im Kampf für die gute Sache eingesetzt werden können, ließen sich antifaschistische Gruppen ins Vereinsregister eintragen, um so Geldmittel beantragen zu können. Antifaschistisches Engagement und Lohnerwerb schienen nun kompatibel. Die sich anschließende Entwicklung war, dass sich die Projekte zunehmend den verordneten Politikformen der Zivilgesellschaft anpassten und sich personell wie inhaltlich immer mehr von ursprünglichen Ansätzen entfernten. Staatliche Finanzierungsprogramme hatten und haben aber nie im Sinn, ihre schärfsten KritikerInnen auch noch finanziell zu fördern. Dies wurde schnell deutlich, nachdem das Engagement gegen Rechts etwa zwei Jahre nach dem »Aufstand« nachließ und das öffentliche Interesse zurückging. Projekte, die sich als »antifaschistisch« bezeichneten, bekamen nun keine Gelder mehr bewilligt.

Eine Reihe von Projekten tappte daraufhin in die zivilgesellschaftliche Falle und korrigierten ihre Ansätze im Sinne der gesellschaftlichen Förderprogramme. Der Erhalt der eigenen Existenzsicherung verleitete viele dazu, keine öffentliche Kritik an Fördermittelrestriktionen zu üben. Hinzu kamen Distanzierungen von aktiven AntifaschistInnen. Ein Ende dieser Entwicklung ist auch nicht in Sicht. Vielmehr wird auch in Zukunft die Tendenz zunehmen, dass nur noch Projekte gefördert werden, die keine weitergehenden Analysen zu Ursachen und für die Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus haben.

Doch nicht nur mit Geldmitteln konnte man zivilgesellschaftliche Ansätze staatlich einfangen. Verlockend war auch die Anerkennung als (regionaler) gesellschaftlicher Akteur, da nur so der zivilgesellschaftliche Zeigefinger öffentlich wahrgenommen wurde. Neonazistische Aktivitäten wurden thematisiert und man begrüßte jede Form der staatlichen Intervention. Das Beispiel Sächsische Schweiz, wo die »Aktion Zivilcourage« in Pirna zu den jüngsten Kommunalwahlen antrat, zeigt hingegen, dass die regionale Präsenz oft wenig tiefgehende Änderungen in braunen Regionen bewirkt. Denn die NPD erhielt in Pirna über 1000 Stimmen mehr als die »Aktion Zivilcourage« und in der gesamten Sächsischen Schweiz konnte die NPD gegenüber 1999 ihre absoluten Stimmen nahezu verdreifachen.

Derartige Irrwege eines bürgerlichen Antifaschismus allein auf staatliche Programme zu schieben, würde zu kurz greifen. Schließlich haben auch die einzelnen Akteure und Organisationen des bürgerlichen Antifaschismus mit erheblichen Problemen und veränderten Rahmenbedingungen zu kämpfen.

Traditionell waren und sind Gewerkschaften ein zuverlässiger Partner für antifaschistische Bündnisse, jedoch sind sie heute weitaus weniger in diesem Politikfeld aktiv. Einerseits hat das sicherlich mit der Verschärfung sozialer Kämpfe und der allgemeinen Krise der Gewerkschaften zu tun. Gegenwärtig müssen sie sich mehr auf die Primärinteressen ihrer Mitglieder, die Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten, konzentrieren, weswegen andere gesellschaftliche Kämpfe in den Hintergrund rücken.

Andererseits werden gerade bei den Themen Antifaschismus und Antirassismus häufig Unterschiede zwischen den Mitgliedern und den Gewerkschaftsfunktionären deutlich. Verfügen viele Funktionäre noch über ein antifaschistisches/antirassistisches Bewusstsein, so ist dieses an der Basis seltener ausgeprägt. Es ist ja sattsam bekannt, dass rassistische Einstellungen innerhalb der Gewerkschaft über dem gesellschaftlichen Durchschnitt liegen. Unterstützung bekamen diese extrem rechten Ein-



stellungen durch manchen Gewerkschaftsfunktionär. Wenn in Kämpfen um den Erhalt von Arbeitsplätzen keine internationalistischen Antworten propagiert werden, sind extrem rechten Positionen Tür und Tor geöffnet. Nicht zuletzt steckt mancher DGB-Gewerkschafter in der Zwickmühle, dass der langjährige politischer Partner, die SPD, die Regierung stellt. Gerade eine antirassistische Intervention findet ihre Gegner aber in der staatlichen Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik.

Ähnlich den Entwicklungen bei den Gewerkschaften ist auch die Entwicklung der Parteien und ihrer Organisationen in Bezug auf diesen Komplex einzuschätzen. Die rot-grüne Regierungsverantwortung treibt deren regionale Gliederungen und Jugendorganisationen nicht nur bei den Themen Antifaschismus und Antirassismus in massive Rechtfertigungsprobleme. Wenn die Bundesregierung, von den Oppositionsparteien ganz zu schweigen, ihr Modell einer »Zukunftsgerechtigkeit« mit Nationalismus, Rassismus und unsozialer Verwertungslogik rechtfertigt, bleibt für antifaschistische Positionen abseits von populistischem Aktionismus kein Platz mehr.

Auch bei der PDS gibt es eine politische Diskrepanz zwischen der inhaltlichen Ausrichtung von Parteigliederungen und deren Wählerschaft, was bei antifaschistischen Aktionen immer wieder sichtbar wird. Obwohl sich die PDS auf Bundesebene offen antifaschistisch positioniert, fehlt ein solches Bewusstsein häufig an der Basis und bei der Wählerschaft. Gerade an den Orten, wo die PDS die Regierungsverantwortung mitträgt, können sich AntifaschistInnen nicht immer auf eine aktive Unterstützung verlassen. In einer Krise steckt auch ein anderer Bündnispartner, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA). Hier haben sich zwar nicht die politischen Gewichtungen verschoben, wohl aber die gesellschaftliche Relevanz und Mobilisierungsfähigkeit. War das größte Aktionsfeld der Vorläuferorganisationen des VVN-BdA traditionell die Erinnerungsarbeit und die Arbeit mit ZeitzeugInnen, stellt sich heute das Problem, dass es immer weniger dieser Zeitzeugen gibt. Das Wegbrechen dieser Erlebnisgeneration hat aber nicht nur direkte Einflüsse auf die eigene Arbeit, sondern auch eine erhebliche gesellschaftliche Relevanz. So waren besonders die politisch aktiven Mitglieder dieser Erlebnisgeneration als Mahner und Einhaltsgebieter gegen Geschichtsumschreibungen von Rechts erfolgreich. Mit dem voranschreitenden Wegfall dieser Mitgliedergruppe wird die VVN-BdA also doppelt geschwächt. Auf der einen Seite verliert sie besonders aktive und politisch gewichtige Mitglieder, andererseits erhalten gerade die politischen Strömungen Aufwind, gegen die die VVN sich primär wendet.

Ausblick

Trotz oder gerade wegen dieser oben beschriebenen Entwicklungen stellt sich die Frage, wie und ob eine Zusammenarbeit zwischen den genannten Strömungen und autonomen AntifaschistInnen sinnvoll erscheint. Die Unterschiede zwischen denen, die nationalistische, rassistische und antisemitische Positionen auf Neonazis reduzieren, und denen, die diese Einstellungsmuster als eine Radikalisierung gesellschaftlicher Grundstimmungen verstehen, scheinen unüberbrückbar. Mag jenes auf der ideologischen Ebene zutreffen, haben diese Widersprüche in der antifaschistischen Praxis eines Abwehrkampfes nicht das Gewicht, eine Zusammenarbeit prinzipiell zu unterbinden. Gerade hier bestehen die Chancen, an Widersprüchen im Denken anzusetzen, eigene Inhalte zu vermitteln und neue Mitstreiter zu gewinnen. So ist das Verhältnis von Zugewinn und Zugeständnissen entscheidend. Will man in einem staatlich geförderten Rahmen antifaschistische Politik treiben, muss kontinuierlich reflektiert werden, wie weit man eigene Inhalte zurücksteckt und sein politisches Profil dehnt, um gesellschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden. Die Schmerzgrenze ist überschritten, wenn Initiativen und Projekte nicht mehr in der Lage sind, selbstbewusst ihre antifaschistischen Analysen zu vertreten.

Antifaschismus, der auch die Mitte der Gesellschaft im Blick hat, ist und bleibt eine Minderheitenposition. Auch wenn sie unpopulär ist, bleibt etwa die Forderung nach offenen Grenzen für Flüchtlinge trotzdem richtig. An solchen Punkten hilft es nicht, sich schmollend als eingeschworene Glaubensgemeinschaft in seine politisch-korrekte Ecke zu verkriechen. Vielmehr macht auch in Bündnissen das offensive Propagieren derartiger Positionen Sinn. Mühselige Überzeugungsarbeit und Einflussnahme in die Gesellschaft hinein bleibt auch aus einer gesellschaftlich marginalen Position wichtig und ist eine politische Verantwortung. Die Alternative wäre, »seinen Antifaschismus« als Diskussions-, Dienstleistungs- oder Expertenthema eines kleiner werdenden Teilbereiches einer kleiner werdenden Linken zu pflegen und als einziges Artikulationsmittel in selbstgerechte Besserwisserei zu verfallen. Wichtig bleibt eine antifaschistische Organisierung, die Nazis auch direkt bekämpft und die darüber hinaus eigene Inhalte transportieren kann. Sie muss wahrnehmbar und – bei Bedarf – auch ansprechbar sein. ■



Nach dem Aufmarsch ist vor dem Aufmarsch

Antifa-Mobilisierungen zwischen Zwang und Taktik

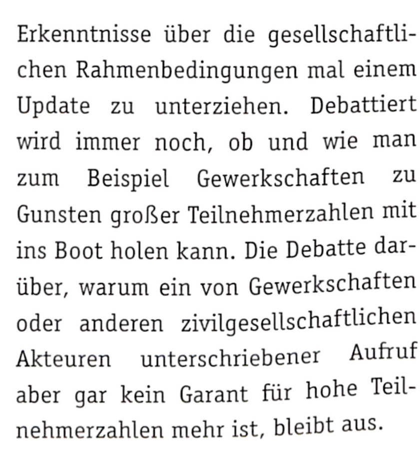
Es ist ein schwer zu leugnender Fakt, dass die allermeisten Mobilisierungen von antifaschistischer Seite heutzutage meist eine direkte Reaktion auf Aktionen der Neonazis sind. Der überwiegende Teil dieser Mobilisierungen betrifft direkt Aufmärsche und Kundgebungen, gefolgt von Protestäußerungen gegen Infrastruktureinrichtungen der Faschisten und Anprangerungen faschistischer Übergriffe. Gedenkdemonstrationen und Demonstrationen gegen reaktionäre und rassistische Auswüchse in der Gesellschaft fristen rein zahlenmäßig ein Randdasein. Wann und wie oft es also zu antifaschistischen Mobilisierungen kommt, wird also fast immer nur mittelbar von antifaschistischer Seite bestimmt. Vielmehr diktieren die Neofaschisten selber durch ihr eigenes Auftreten die Taktfolge antifaschistischer Demonstrationen. Dieser simple Zusammenhang (wenn Nazidemonstration, dann Antifa-Gegenaktion) hat sich in den letzten zehn Jahren nur wenig verändert. Verändert hat sich jedoch die Anzahl faschistischer Mobilisierungen. Waren es Anfang der neunziger Jahre einige wenige Großaufmärsche, finden heute beinahe jedes Wochenende Nazidemonstrationen irgendwo in Deutschland statt, oft sind es mehrere gleichzeitig. Beschränkten sich faschistische Aufmärsche früher eher auf Großstädte oder einige wenige Hochburgen, so ist diese Konzentration beinahe völlig verschwunden und Nazi-Aufmärsche finden gleichmäßig über die gesamte Republik verteilt statt. Auch die Themenauswahl dieser Aufmärsche hat sich stark regionalisiert. In aller erster Linie beschränken sich antifaschistische Interventionen auf das Anmelden einer Gegendemonstration, möglichst in unmittelbarer Nähe des Aufmarsches. Auch dieses Konzept ist keineswegs neu und wurde bereits die gesamten neunziger Jahre praktiziert. Verändert hat sich in den letzten Jahren hauptsächlich die Anzahl der TeilnehmerInnen, die auf einer Gegendemonstration zu erwarten sind. War früher die TeilnehmerInnen-Anzahl noch relativ proportional zum Mobilisierungsaufwand, scheint sich dieses massiv verändert zu haben. Es ist keineswegs mehr sicher, ob überhaupt mehr GegendemonstrantInnen als Faschisten erscheinen. Und noch etwas hat sich stark verändert: Der Umgang der Polizei mit diesen Gegendemonstrationen. Vor nicht allzu langer Zeit war es ziemlich wahrscheinlich, dass eine große Anzahl von GegendemonstrantInnen in nähe der Naziroute zu einer Be- oder gar Verhinderung des Naziaufmarsches geführt haben. Heute ist die Polizei im Umgang mit derartigen Situationen viel geübter und kann auch eine größere Anzahl von AntifaschistInnen davon abhalten einen Aufmarsch zu stören. Ein weiterer Fakt ist auch die öffentliche Reaktion auf diese veränderte Situation. War es noch vor wenigen Jahren sehr wahrscheinlich nach einem durch die Polizei durchgeprügeltem Naziaufmarsch ein relativ kritisches Presseecho zu erhalten, nimmt die Presse heute von Gegenaktivitäten kaum noch Notiz. Auch die Art zu mobilisieren seitens der Antifa hat sich stark gewandelt. Nicht mehr Flugblätter, Plakate und Infoveranstaltungen bestimmen das Ausmaß der Mobilisierungen, sondern immer häufiger wird auf das Internet als hauptsächlichen Infomultiplikator gesetzt. So ist jede Mobilisierung erst mal eine »weltweite«, zumindest aber eine bundesweite. Da aber über das Internet nur schwer zu kontrollieren ist, wen diese Mobilisierung überhaupt erreicht



oder anspricht, ist die Teilnehmeranzahl zu einem großen Unsicherheitsfaktor geworden. Denn auch andersherum lässt sich einer »bundesweiten« Homepage, anders als bundesweiten Infoveranstaltungen und Plakaten nicht ansehen, wie ernst es den Mobilisierenden überhaupt ist und wie viel Energie in die Vorbereitung gesteckt wird. Durch den Wegfall überregionaler Strukturen ist es also meist eine komplett individuelle Entscheidung zu einer Antifademonstration zu fahren oder nicht. Diese »unorganisierten Entscheidungen« werden oft in einer »erlebnisorientierten Erwartung« getroffen und steigern somit den Erwartungsdruck in eine ganz bestimmte Richtung.

Lokale Organisierung – Lokale Diskussionen

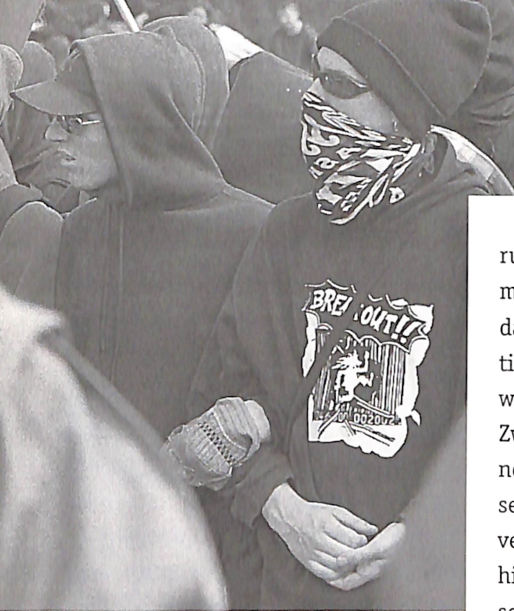
Letztlich bleiben die meisten überregional angereisten TeilnehmerInnen auch mit einer Auswertung der jeweiligen Aktion alleine, da es kaum noch bewegungsöffentliche Nachbereitungen mehr gibt und auch die Ergebnisse der internen Nachbereitung selten veröffentlicht werden. So hängt der Erfolg oder Misserfolg einer Demonstration hauptsächlich vom Grad der direkten Auseinandersetzung mit Nazis und vielleicht noch der Polizei ab. Schließlich misst sich Erfolg nur noch im Durchschnitt der individuellen Erfolgserlebnisse von einzelnen, nicht mehr am Grad des politisch Erreichten im Sinne der Aufrufenden. Selbst eine große Menge individueller Erfolgserlebnisse lässt sich nur selten unmittelbar auf die eigentliche Mobilisierung zurückführen, vielmehr spielen oft Fehler im Polizeiansatz oder die schlichte Dummheit einzelner Nazis die Hauptrolle bei derartigen Erfolgen. Doch nicht nur die Art der meisten Mobilisierungen, sondern auch und vielleicht vor allem ihre Inhalte dürften für die jetzige Situation zwischen Demomüdigkeit und Perspektivlosigkeit verantwortlich sein. Viele Aufrufe können kaum vermitteln, warum auch 2004 der Kampf gegen organisierte Faschisten sinnvoll und notwendig ist. Es wird lieber mit neunziger Jahre Parolen wie »Antifa heißt Angriff« versucht, wenigstens den aktionistisch ausgerichteten Teil der Bewegung zu mobilisieren. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit faschistischer Ideologie und Logik findet kaum noch statt. So wird zwar unter der Antifa-Aktionsfahne gegen Nazis mobilisiert, aber unter Inkaufnahme des Umstandes, dass ein nicht gerade kleiner Teil der TeilnehmerInnen überhaupt kein tieferes Verständnis von Faschismus und dessen Funktionieren mehr hat. Es mutet daher fast schon skurril an, wenn in vielen Aufrufen reflexartig und textbausteinartig auf das Zusammenwirken von gesellschaftlichem Rassismus und faschistischer Agitation hingewiesen wird, aber auf Mobilisierungsveranstaltungen oder in der sonstigen politischen Arbeit der entsprechenden Gruppen diese Ansätze nicht zu Ende gedacht oder vertieft werden. Ähnlich sieht es bei der Frage der Bündnispolitik aus. Es stehen sich immer noch die beiden politischen Ansätze der neunziger Jahre gegenüber. Wir finden also das gesamte Spektrum zwischen »taktischen Zweckbündnissen um jeden Preis« und »kein Bündnis mit deutschen Nationalisten und Rassisten«. Auch werden beim Beharren auf dem jeweiligen Standpunkt meistens noch die Argumente der neunziger Jahre bemüht, ohne die



Erkenntnisse über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mal einem Update zu unterziehen. Debattiert wird immer noch, ob und wie man zum Beispiel Gewerkschaften zu Gunsten großer Teilnehmerzahlen mit ins Boot holen kann. Die Debatte darüber, warum ein von Gewerkschaften oder anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren unterschriebener Aufruf aber gar kein Garant für hohe Teilnehmerzahlen mehr ist, bleibt aus.

Antifa als Teil der Bewegung?

In den letzten Jahren hat sich ein Großteil der Linken vom antifaschistischen Kampf abgewendet und macht mittlerweile (erfolgreich) gegen andere Missstände mobil. Das hatte eine weitere Isolation antifaschistischer (Jugend)-Gruppen von anderen linken Debatten zufolge und ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz ist oft nicht mehr vorhanden. Eine linksradikale Einstellung wurde vielerorts durch ein reines »gegen Nazis« sein ersetzt. Wenn dieses »gegen Nazis« sein aber in der Regel nicht mehr den Einstieg in eine politische Struktur und Bewegung zur Folge hat, ist eine Debatte über Erfolge und Ausrichtung von Mobilisierungen mangels Basis kaum noch zu führen. Einen großen Beitrag dazu hat sicher auch der Antifa-Sommer geleistet, der diese Trennung von Antifa und restlinker Bewegung noch weiter forciert hat und den bürgerlichen Antifaschismus als einzigen Lösungsansatz präsentierte. Gleichzeitig hat der sog. Aufstand der Anständigen auch den Fokus weiter auf



öffentlich militant agierende Faschisten und weiter weg von Alltagsrassismus oder Antisemitismus gelegt, was die Klassifizierung von Antifa als Spartenpolitik erleichtert hat. Doch nicht nur ein Teil der Linken hat sich vom Antifaschismus abgewandt, sondern auch der Anteil von DemonstrationsteilnehmerInnen aus dem bürgerlichen Lager ist kontinuierlich zurückgegangen. Dies mag daran liegen, dass der Moment der Empörung über offen auftretende Faschisten nach und nach immer mehr zurückgegangen ist. Gerade dieser Moment der (ehrlichen) Empörung war es aber, der oftmals, entsprechende Mobilisierung vorausgesetzt, auch Teile der örtlichen Zivilgesellschaft auf die Strasse trieb. Das Fehlen dieses Faktors ist sicherlich auf mehre Gründe zurückzuführen. Einerseits haben Politiker und Gerichte jahrelang fast gebetsmühlenartig wiederholt, dass Naziaufmärsche mit rechtstaatlichen Methoden nicht zu verbieten seien und Protest alleine deshalb völlig sinnlos wäre oder im Gegenteil den Nazis noch eine erhöhte Aufmerksamkeit zukommen lassen würde. Andererseits war es natürlich auch die Ausweitung der direkten Repression auf bürgerliche TeilnehmerInnen, die diese letztendlich wegbleiben ließ. Doch auch die kurze Periode rein bürgerlicher Mobilisierungen während des »Antifa-Sommers«, als es oft zu der Situation kam, dass sich zwei getrennte Demonstrationen gegen denselben Aufmarsch wandten, war nur von kurzer Dauer. Zwar konnten sich die TeilnehmerInnenzahlen dieser Proteste oft sehen lassen, aber ohne originär eigene Inhalte vermitteln zu können, stellte sich auch hier schnell die Frage nach der politischen Relevanz dieser Demonstrationen. Nach dem Verschwinden der Nazidemonstrationen aus der öffentlichen und medialen Wahrnehmung, verschwanden auch fast überall die rein bürgerlichen Mobilisierungen. Leider hatte dies zur Folge, dass nur ein Teil dieser DemonstrantInnen wieder zurück in die Bündnisse früherer Zeiten fand. Gerade auf Seiten der Gewerkschaften wurde dies besonders deutlich.

Ausblick nach Vorne

Um eine Mobilisierungsfähigkeit jenseits von »Pflichtgefühl« und »Frustrierung« langfristig wiederherzustellen, ist es dringend notwendig, eine Debatte über die politische Notwendigkeit und Zielsetzungen antifaschistischer Mobilisierungen zu führen. Das Führen einer solchen Debatte wird momentan allerdings durch das Fehlen von überregionalen Vernetzungen und Strukturen erheblich erschwert. Indymedia und Co können niemals ein Ersatz für die Diskussion von Zusammenhängen untereinander werden. Ziel einer solchen Debatte kann es nur sein, eine neue Definition für »Erfolg« bei Mobilisierungen zu erarbeiten, die auch den veränderten Rahmenbedingungen angepasst ist. So scheint es uns häufig sinnvoller, eine Thematisierung der Anlässe für faschistische Mobilisierungen zu forcieren, als sich auf eine bloße Verhinderung zu konzentrieren. Dieses ist jedoch leichter gesagt als getan. Oft sind es gerade in Kleinstädten keine Antifa-Bündnisse, sondern einzelne Gruppen, die gegen einen Naziaufmarsch mobil machen. Diese sehen sich dann oft dem »Druck der Gewohnheit« ausgesetzt nach Schema F zu verfahren und erst mal eine Gegendemo anzumelden, die dann schnell zum Selbstläufer wird. Gerade bei den Nazi-Events, die sich offen auf den historischen Nationalsozialismus beziehen, sollte es jedoch durch eine gute Antifakampagne möglich sein, auf die politischen Hintergründe eines solchen Aufmarsches hinzuweisen und nicht nur auf die Tatsache, dass hier eben Nazis demonstrieren. Weiter ist es unser Meinung nach notwendig, sich wieder ins Gedächtnis zu rufen, dass es eine wichtige Aufgabe der Antifa ist, Freiräume und Rahmenbedingungen für gesellschaftskritische Diskussionsansätze und alternative Lebensmodelle gegen eine faschistische Mobilisierung zu verteidigen. Antifa ist der ständige Abwehrkampf gegen reaktionäre und totalitäre Tendenzen in dieser Gesellschaft auf allen Ebenen, nicht nur auf Naziaufmärschen. Dieser Aufgabe gerecht zu werden, setzt allerdings ein Verständnis um die Wirkung und Entstehung dieser Tendenzen voraus. So kann es auch bei Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche ein guter Anknüpfungspunkt sein, der Gesellschaft hier einen Spiegel vorzuhalten. Dieses setzt aber ein auf die politische Zielvorstellung der gesamten Mobilisierung ausgerichtetes Agieren in Bezug auf Bündnisbildung voraus. Dazu sind aber eine Abkehr von der bloßen Identitätspolitik der letzten Jahre und eine Diskussion über den Stellenwert der jeweiligen Naziaufmärsche dringend notwendig. ■



Rote Fahnen auf einer Neonazi-Demonstration in Berlin. Teilnehmer erklären, dass noch zwei Elemente auf den Fahnen fehlen würden.

Alles nur geklaut?

Die Übernahme linker Symbolik durch Nazis

»Damals Symbol der radikalen Linken. Zeichen für Militanz, radikalen Widerstand gegen das herrschende System und gegen nationale Strukturen jeglicher Art. Autonome Gruppen. Unabhängig, selbstständig, eigengesetzlich. Im BB [Schwarzer Block (englisch: Black Block)] sammelten sich jene, die schon durch ihr auftreten eine gewisse Militanz zeigen wollten. [...] Es ist an der Zeit, dass wir die neuen Möglichkeiten voll ausschöpfen und damit beginnen uns neu zu organisieren. Der gewaltfreie, friedliche Kampf hat fast 60 Jahre stattgefunden und wir haben nichts erreicht. Es ist unverantwortlich, wenn heute noch Kameraden davon reden, absolut und situationsunabhängig, gewaltfrei zu bleiben.«

Diese Forderung nach Schaffung eines rechten Schwarzen Blocks, gestellt in einem Nazi-Internetforum und hauptsächlich unterstützt durch Nazis aus den Umfeldern der Kameradschaft Tor und des Märkischen Heimatschutz (MHS), begleitete die eher unspektakuläre und träge Nazimobilisierung zum 1. Mai in Berlin. Deutlich wird an diesen paar Zeilen die romantische Hoffnung der Nazis, durch Schaffung eines rechten schwarzen Blocks von oben könnte schlagartig ein Agieren auf Demonstrationen erreicht werden, wie es bei der autonomen Linken in den 80er Jahren der Fall war. Völlig übersehen wird von Nazi-Seite aber augenscheinlich, dass der schwarze Block bei den Autonomen immer nur ein Mittel zum Zweck war. Oben zitierte Eigenschaften wie Unabhängigkeit und Selbständigkeit fehlen in der Naziszene völlig und laufen ihr ideell zuwider. Sie lassen sich auch durch einen schwarzen Block nicht realisieren und waren in der autonomen Linken bereits vor Aufkommen eines solchen vorhanden. Der schwarze Block stellte ein reines Zweckmittel dar, um diese Eigenschaften auf Demonstrationen gegen die staatlichen Organe verteidigen zu können. Dass Teile der Naziszene nun versuchen, über ein gemeinsames Auftreten in schwarz diese Eigenschaften mit ins Boot zu holen, zeugt also eher von absoluter Unkenntnis linker Geschichte. Gerade die Endphase des schwarzen Blocks bei den Autonomen, als Teile der AA/BO den schwarzen Block zum identitären Programmmerkmal erkoren hatten und gleichzeitig die Polizeistrategen einen »militärischen« Umgang mit ihm gefunden hatten, zeigt deutlich, dass dieses Konzept schon Mitte der 90er Jahre von der Realität eingeholt wurde.

So stößt dieses »Konzept« auch in großen Teilen der Nazi-Szene auf Ablehnung. Einer der ersten, die auf diese Thesen reagierten, war Christian Worch, der seine Stellungnahme dazu nutzte, noch weiter zwischen den geplanten Mai-Aufmärschen in Berlin und Leipzig zu spalten. So äußert Worch in seinen »Leipziger Leitlinien«: »Wir brauchen in Leipzig kei-





[1]

[1] Berliner Kameradschaftsaktivisten im autonomen Look auf einer Neonazi-Demonstration in Neubrandenburg.

nen schwarzen Block in unserem Zug, denn unser Zug ist EIN Block.« In den folgenden Wochen entbrannte zwischen Worch und den Organisatoren des schwarzen Blocks ein Streit um die Ausrichtung nationalsozialistischer Politik, in dem es vor allem darum ging, sich zwischen Bürgernähe und Abgrenzung zu entscheiden. In einem Diskussionsbeitrag heißt es: »Das problem ist, ich sehe in agitation und propaganda keinen bezug zum deutschem volk und heimat bei euch 'autonomen nationalisten'«. Auch wenn dieser Streit ohne gemeinsame Position beendet wurde, so machte er für AntifaschistInnen eines ziemlich schnell deutlich: Einen modernen oder gar fortschrittlichen Nationalsozialismus kann es nicht geben.

Doch nicht nur der zur eigenen Demonstration nach Leipzig mobilisierende Worch, sondern auch die wichtigsten Unterstützer für die Berliner Demonstration, das Aktionsbüro Norddeutschland, distanzierten sich sofort von der Idee eines schwarzen Blocks. So wird von Seiten des Aktionsbüros kritisiert: »Was für eine 'konsequente Haltung' mit einem 'schwarzen Block' ausgedrückt werden soll, ist nicht nachvollziehbar.« So werden auch hier die Grenzen der völkischen Ideologie schnell sichtbar. Eine nationalsozialistische Bewegung muss sich immer für das Volk einsetzen und kann nicht wie die autonomen Linken unabhängig vom Volk oder gar gegen dieses agieren. Konsequent warnt das Aktionsbüro davor, mit einem schwarzen Block »Angst im Volk zu erzeugen« und stellt später fest, »wer unsere politischen Zusammenhänge mit einem Abenteuerspielplatz verwechselt, sollte lieber ganz schnell aus unseren Reihen verschwinden.« Auch in der bürgerlichen Presse blieb die Forderung nach einem schwarzen Block natürlich nicht unbemerkt und es wurde plötzlich allerorts bemerkt, dass Nazis nicht mehr nur in Bomberjacke und Springerstiefeln rumlaufen, sondern man sie ja sowieso schon nicht mehr von »normalen« Jugendlichen unterscheiden könne.

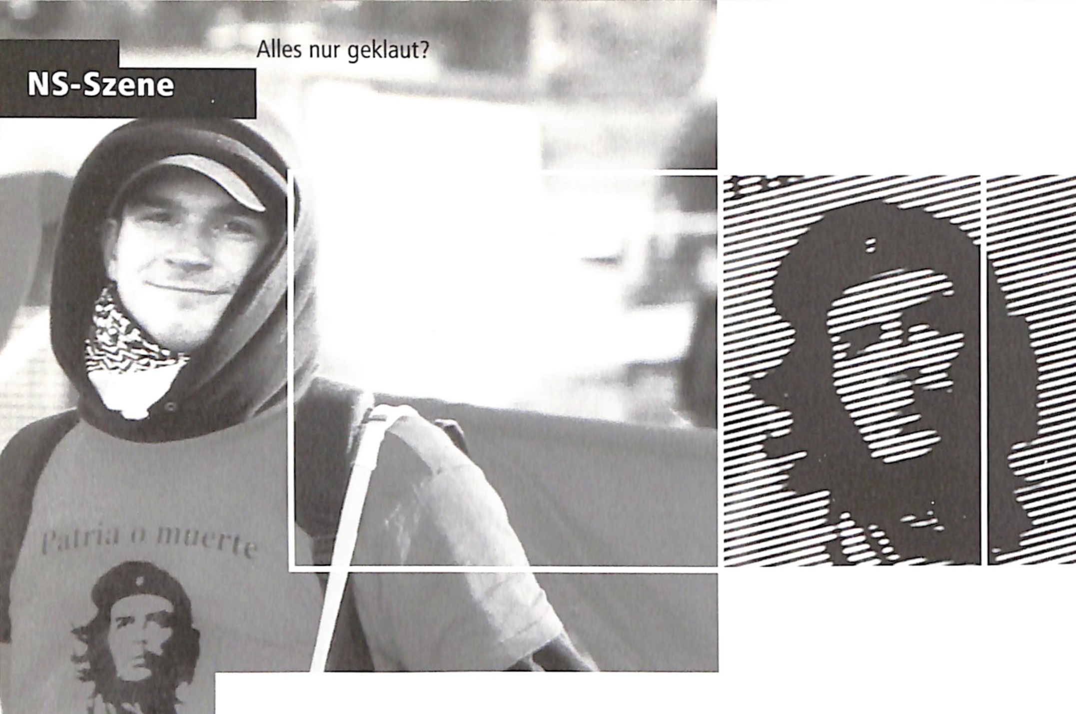
Erste Praxisversuche für einen schwarzen Block gab es bereits Ende letzten Jahres auf einem Nazi-Aufmarsch in Berlin. Damals liefen ca. 30 jugendliche Nazis weitgehend in schwarz gekleidet und mit roten Fahnen bestückt an der Spitze der Demo. Dieser Versuch scheiterte jedoch fast an der verwirrten Berliner Polizei, die wahrscheinlich auch wegen der mitgeführten Transparente mit Antifa-Aktionszeichen, von einem antifaschistischen Störmanöver ausging und erst einmal versuchte, den gesamten Block aus der Demonstration zu entfernen.

Am 1. Mai selbst fand sich dann eine größere Anzahl von schwarz gekleideten Nazis auf dem Aufmarsch ein, die sich dann zu einem (ca. 150 Personen starken) schwarzen Block formierten. Diese fast ausschließlich aus Berlin und Brandenburg stammenden Nazis waren zum Teil mit Tüchern und Sonnenbrillen vermummt. Nur mit der geforderten Radikalität haperte es noch ein wenig; als die Polizei dazu aufforderte, die Vermummung zu unterlassen, leistete ein Großteil Folge. Auch als einzelne Teilnehmer aus den Reihen des schwarzen Blocks in Gewahrsam genommen wurden, gab es keinen nennenswerten Widerstand. Bis auf einige vereinzelt geworfene Plastikflaschen und ein bisschen Drängeln an einer Polizeiabsperrung waren diese Vorkommnisse auch schon alles, was diesen Block in seinem Agieren vom Rest des Aufmarsches unterschied. Damit konnte der Schwarze Block keine seiner seitens der Naziszene definierten Funktionen erfüllen. Somit bleibt der Schwarze Block lediglich ein Versuch unter vielen, den Anteil jugendlicher Erlebniswelten auf Aufmärschen weiter zu steigern.

So ähnlich sehen es auch Teile der Organisatoren selber, die den schwarzen Block zwar als lustig und aufregend empfanden, aber über die Wirksamkeit und die Umsetzung der Ursprungsforderungen doch eher enttäuscht waren. Der Rest der Nazi-Szene hat anscheinend gar nicht erst Notiz vom schwarzen Block genommen und so wird dieser auch in keiner der uns vorliegenden Nachbetrachtungen näher erwähnt.

Von Kuba bis nach Palästina

Auch wenn diese Bemühungen um einen schwarzen Block auf dem 1. Mai-Aufmarsch gerade nach dem großen Vorfeldgetöse eher lächerlich und aufgesetzt anmuten, reiht sich diese Adaption linker bzw. antifaschistischer Symbolik in eine ganze Reihe derartiger Versuche ein. So ist es längst nichts besonderes mehr, Nazis mit Palästinenser-Tüchern oder Che-Guevara-T-Shirts auf Aufmärschen zu sehen. Es stellt sich natürlich sofort die Frage nach der Motivation der Nazis, Symboliken ihrer politischen Widersacher zu übernehmen. Meist funktionieren die Argumentationsmuster in der Nazi-Szene hier nach einem ähnlichen Schema. Die Symboliken werden aus ihrem (linken) politischen Kontext gerissen und so auf einige wenige Punkte reduziert,



[1] Der Berlin/Brandenburger Nazi-Aktivist Sebastian Schmidtke mit Palästinenser-Tuch und Che-Guevera-T-Shirt auf einer Neonazi-Demonstration in Berlin.

dass die Nazi-Szene politisch an diese anknüpfen kann und sie von rechts neu besetzt. Das Palästinenser-Tuch wird so ausschließlich als das Symbol eines unterdrückten Volkes gesehen, welches militant für seine Befreiung gegen die Juden kämpft. Diese Reduktion passt natürlich in das Weltbild der Nazis, die ihre Identität ganz ähnlich konstruieren und sich selbst als Freiheitskämpfer für ein unterdrücktes (deutsches) Volk sehen, das gegen eine konstruierte jüdische Weltverschwörung kämpft. Ähnlich funktioniert es auch bei Che Guevara und anderen Symbolen wie Liedern von »Ton Steine Scherben« oder »Slime«, die mitunter auf Aufmärschen abgespielt oder von Nazi-Bands gecovert werden. Besonders gut funktioniert dieses natürlich bei Symboliken, deren politischer Gehalt eher platt oder fragwürdig ist. Nachdem das Konterfei von Che durch die Band Rage against the Machine quasi zum Pop-Symbol erkoren wurde, ist es natürlich nicht mehr besonders schwer, es aus dem eigentlichen Kontext zu entreißen. Auch ein in heutiger Betrachtung platt antiamerikanisch erscheinendes Lied wie »Yankees raus« von Slime braucht nicht mehr besonders weit entkontextualisiert zu werden, um auch von Nazis benutzt zu werden. Die meisten Teilnehmer von Nazi-Aufmärschen scheinen dieser Argumentation aber trotzdem nicht ganz oder nur widerwillig Folge leisten zu wollen. Dieses äußert sich darin, dass besagte Symboliken zwar auf Aufmärschen relativ weit verbreitet sind, aber auf der Straße vom »Nazi-Fußvolk« kaum benutzt werden. Mitunter kommt es auch zu recht skurrilen Szenen, wie zum Beispiel beim zweiten Nazi-Aufmarsch in Gladenbach, als der Organisator des Aufmarsches, Manuel Mann, einen Tag vorher in einem linken Infoladen eine stattliche Anzahl Palästinensertücher kaufte, um sie an die Teilnehmer zu verteilen. Denen wird es aber auch nicht allzu schwer gemacht, da sie sich trotz dieser ungewohnten Kleidungsstücke nicht von ihrer bisherigen rassistischen Ideologie und Praxis trennen müssen. Bedeuten diese Solidaritätsbekundungen doch auf keinen Fall eine Solidarität mit in Deutschland lebenden MigrantInnen, sondern getreu der »Blut-und-Boden-Ideologie« der Nazis erstreckt sich die Solidarität nur auf Befreiungskämpfer, die auf »eigenem« Boden für ihre Freiheit kämpfen. An dieser Stelle ist dann auch das Weltbild der »Fußtruppen« vollständig wiederhergestellt, und sie können nach dem Aufmarsch – das Palästinenser-Tuch wurde längst wieder vom Führungskameraden eingesammelt und im Autoradio läuft wieder Landser – trotzdem Hetzjagden auf Südamerikaner machen oder beim arabischen Imbiß einen Brandsatz durch die Scheibe werfen.

Neue Entwicklung oder alter Hut

Für AntifaschistInnen zeigt sich in diesem Phänomen nur ein weiteres Indiz für einen Wandel der Nazi-Szene in eine Jugendbewegung. So ist nur noch ein relativ diffuses »Nazi sein« das einende Moment für diese Bewegung und innerhalb dieser sind fast alle kulturellen Ausprägungen der deutschen Gesellschaft erlaubt, mit denen sich irgendwie (auf Biegen und Brechen) Übereinstimmungen konstruieren lassen. Es ist schon seit Jahren zu beobachten, dass auf Aufmärschen nicht mehr rechte Skinheads die Mehrzahl der Teilnehmenden stellen, sondern ein Mix aus Anhängern verschiedener Jugendkulturen. Diese Entwicklung hat den faschistischen Kadern in den letzten Jahren vielfältige neue Agitationsfelder eröffnet und die jugendlich geprägte Kameradschaftsszene sah sich einem starken Zulauf ausgesetzt. Mancherorts wurde diese neue Entwicklung fast euphorisch kommentiert. Hinzu kam, dass durch das gewandelte äußere Erscheinungsbild sich die Nazis nicht mehr durch ihr Aussehen gleich als solche zu erkennen geben und sich somit die Ablehnung durch die Gesellschaft auf ein Minimum reduzierte. Denn wegen der durch sie vertretenen Werte z.B. in Bezug auf Nation, Leistung und Arbeit sind und waren Nazis von weiten Teilen der Gesellschaft nie ausgegrenzt, sondern nur wegen ihres »Nazi seins«. Gerade dieses »Nazi sein« war es, was durch einen Großteil der Medien eben jahrelang als identisch mit dem »Skinhead sein« dargestellt wurde. Diese neuere Entwicklung stellt daher weniger Antifa-

schistInnen als die Zivilgesellschaft vor das Problem, dass zum Beispiel auf politischen Veranstaltungen immer wieder auch Nazis versuchen mitzudiskutieren, ohne dass eine entsprechende Handhabe gefunden wird. Meistens ist sich kaum jemand sicher, ob es sich überhaupt wirklich um Nazis handelt. Auf Veranstaltungen rund um den Irak-Krieg war dies besonders häufig der Fall, gerade wenn auf Seiten der Zivilgesellschaft antiamerikanische Ressentiments und eine verkürzte Kapitalismuskritik vorherrschten, an welche die Faschisten mit Leichtigkeit anknüpfen können.

Zwischen Subkultur und Beliebigkeit

Trotz verbesserter Agitationsmöglichkeiten und einem breiteren Aktionsfeld in der Gesellschaft hat diese Entwicklung, weg von der Szene, hin zur Bewegung, den Nazis nicht nur Vorteile verschafft. Durch die Verankerung in den verschiedenen Jugendkulturen und den Wegfall des abgrenzenden Skinheadoutfits ist die Identifikation mit der Nazi-Ideologie stark gesunken. Es fällt viel leichter, nach einigen Jahren der politischen Betätigung die Szene wieder zu verlassen und einem scheinbar bürgerlichen Leben nachzugehen. Dieses hat mitlerweile massive Auswirkungen auf die Struktur so mancher Kameradschaften genommen, in denen sich, durch die extreme Kurzlebigkeit bedingt, oft keine erfahrenen Aktivisten mehr befinden. Das früher zentral durch Parteien und Organisationen »verwaltete« nationalsozialistische Weltbild ist oft einem diffusen Mix aus Rassismus und Erlebnishunger gewichen. So beschwert sich Christian Worch nach der Demonstration in Leipzig über das Auftreten der Teilnehmer: »Solange Befindlichkeitsmode und teilweise grobe Entstellungen von Gesicht und Körper mithilfe von Formen primitiver Stammeskulturen das Bild einer Versammlung zumindest deutlich sichtbar ausmachen, wird sich niemals auch nur eine erkennbare Gruppe seither abseits stehender Deutscher in unserer Mitte einfinden.« (Gemeint waren Piercings und Tattoos. Der Verfasser). Dieses »neue« Lebensgefühl macht sich auf der einen Seite oft in einer gesteigerten Militanz, gepaart mit einem totalen Realitätsverlust gegenüber staatlicher Repression bemerkbar. Auf der anderen Seite sind Konzerte und »autonome Aktionen« interessanter geworden als langweilige Schulungsveranstaltungen und politische Inhalte. Dieser Entwicklung wollten auch die Berliner »Erfinder« des schwarzen Blocks in nichts nachstehen und die ohnehin nur durch ihren extremen Drang zur Selbstdarstellung auffallende Kameradschaft Tor konnte sich so erneut vom Rest der Szene absetzen.

Antifaschistische Praxis?!

Die antifaschistische Bewegung hat diese Entwicklung eine ganze Zeit lang verschlafen und sich nicht ausreichend mit dem Wandel in der Naziszene auseinandergesetzt. So wird lieber darüber gestritten, ob das Benutzen von teilweiser gleicher Symbolik auf Überschneidungen in der Ideologie hindeutet oder nicht, anstatt darüber zu diskutieren, was diese Entwicklung für eine antifaschistische Intervention bedeuten muss. Gerade was die Frage der Verwendung linker Symbole angeht, muss hier aber eindeutig gesagt werden, dass diese Entwicklung keine neue ist! So haben sich Nazis auch schon vor zehn Jahren in Palästinasolidarität versucht und auch linke Symbole wurden schon Anfang der 90er Jahre von der ersten Anti-Antifa-Kampagne aufgegriffen. Überhaupt wurde schon bei der ursprünglichen Konstruktion des Nationalsozialismus auf linke Symboliken und Phrasen zurückgegriffen. Die Entwicklung, dass Nazis einerseits in vielen Jugendkulturen Fuß gefasst haben und diese Kulturen auf der anderen Seite in eine sich neu formierende Nazibewegung mit einbringen, ist jedoch sehr wohl relativ neu und verlangt nach einem offensiven Umgang.

Antifaschistische Strategie sollte somit nicht mehr nur noch an den offen auftretenden Nazis ansetzen, sondern auch an den Anknüpfungspunkten, die die entsprechenden Jugendkulturen überhaupt interessant für Nazis machen. Ebenso kann es die Aufgabe von AntifaschistInnen sein, das Bild, das die Medien jahrelang von Nazis gezeichnet haben, zu korrigieren und für ein neues Problembewusstsein in der Öffentlichkeit zu werben. Ansonsten besteht die Gefahr, dass das Problem Neonazis in der Öffentlichkeit weiter an Stellenwert verliert, da kaum noch jemand die Existenz von Nazis im öffentlichen Raum wahrnehmen wird.

Letztenendes sollte sich eine antifaschistische Linke aber auch über eigene Symboliken und Parolen Gedanken machen, da auch hier, wie beschrieben, genug Einfallstore für faschistische Argumentationen vorhanden sein können. ■


[1] Horst Mahler versucht sich als Märtyrer der Revisionisten-Szene aufzubauen.

Das Gericht als Bühne

Horst Mahlers Revisionismus-Kampagne

»Obwohl das auf der Straße nicht so unmittelbar erkennbar war, hatte zu dem Aufschwung bis zu einem gewissen Maße auch beigetragen, daß der Revisionismus eine kurze Blüte in Deutschland erlebte. Nachdem durch einen Geniestreich von Ernst Zündel der berühmte Autor David Irving ins revisionistische Lager umgeschwenkt war, galt innerhalb des 'Nationalen Lagers' der Revisionismus für eine gewisse Weile als 'der Königsweg' zur Einflussnahme auf politische Ereignisse.«[1]

Mit diesen Worten beschreibt der Nazikader Christian Worch in einem Internetforum die letzte größere bundesdeutsche Revisionismuskampagne Ende der 80er Jahre. Aktuell erlebt der Revisionismus innerhalb der bundesdeutschen Nazi-Szene erneut eine Blüte, ohne dass dies auf der Strasse unmittelbar erkennbar ist. Dieses Mal ist Horst Mahler ins revisionistische Lager gewechselt und steuert gezielt auf eine Märtyrer-Rolle im Gefängnis zu. Ob dies der »Königsweg« ist oder einen Aufschwung für die Neonazi-Szene zur Folge haben wird, ist zweifelhaft. Eine Betrachtung der neuen revisionistischen Kampagne ist jedoch in jedem Fall geboten, da in den nächsten Monaten bundesweit mit Prozessen zu rechnen ist, die als öffentlichkeitswirksame Bühne für Revisionismus und Antisemitismus genutzt werden sollen.

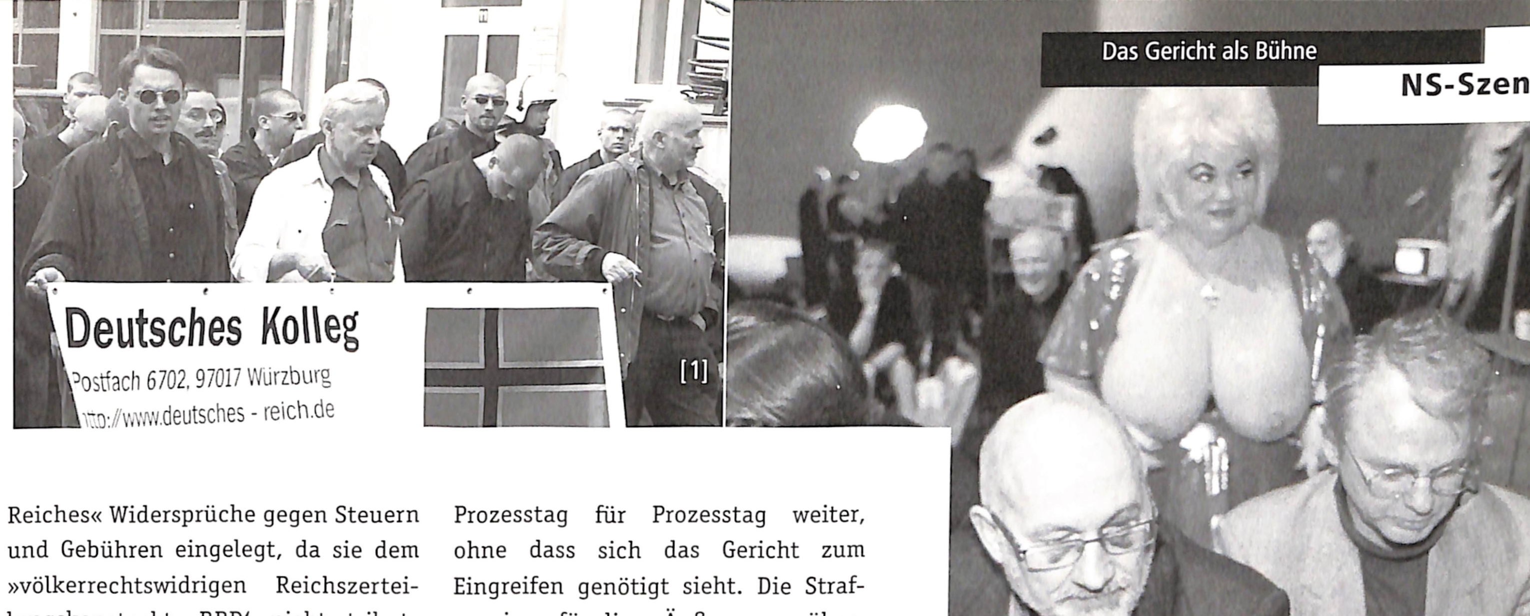
Der Berliner Prozess

Seit Anfang Februar 2004 stehen in Berlin die Neonazi-Strategen Horst Mahler, Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen wegen Volksverhetzung vor dem Landgericht. Ihnen wird vorgeworfen, im Oktober 2000 auf der Internetseite des »Deutschen Kolleg« einen »Aufstand der Anständigen« ausgerufen zu haben, in dem u.a. die »Entausländerung der Wohnbevölkerung« gefordert wurde. An sich kein außergewöhnlicher Vorgang, doch die drei Angeklagten versuchen die Prozessöffentlichkeit zu nutzen, um ihre kaum beachteten politischen Ansichten zu propagieren. Der Prozess wird von allen Dreien dazu genutzt, das »Deutsche Reich« auszurufen. Horst Mahler nutzt den Prozess zusätzlich als »ideale Auftaktveranstaltung«, um seine neue Revisionismus-Kampagne öffentlichkeitswirksam zu forcieren. Ein Ende des Prozesses ist aufgrund dieser Strategie nicht abzusehen.

Die Reichsbürger-Bewegung

Bereits am ersten Prozesstag nutzten die Angeklagten den Presserummel, um eine »Erklärung zum politischen Schauprozeß« zu verteilen. In dieser kündigte das »Deutsche Kolleg« gnädig an, es werde »eine Einstellung des Verfahrens durch das Gericht als strafbefreiende tätige Reue würdigen und darauf verzichten, bei der Reichsermittlungsstelle Anzeige wegen Rechtsbeugung zu erstatten.« Weil dies nicht geschah, verkündete Mahler später: »Die daran beteiligten Juristen werden sich demnächst vor Gerichten des Deutschen Reiches wegen dieser Verbrechen verantworten müssen.«[2] Hinter diesem Anflug von Größenwahn steht die sog. Reichsbürgerbewegung von Horst Mahler. Diese geht davon aus, dass das Deutsche Reich fortbesteht und die BRD kein Staat, sondern lediglich eine »Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft«, kurz OMF, ist. Die Folgen sind günstig für die Neonazis: So sind z.B. die Kriegsverbrecher-Urteile von Nürnberg ungültig und alle Ausländer im »Reichsgebiet« müssen das »Deutsche Reich« verlassen, da ihre OMF-Pässe und Staatsangehörigkeiten ungültig sind. Es kommt jedoch noch besser: »Die Behörden der OMF-BRD sind gegenüber Reichsbürgern bar jeglicher Legitimation, insbesondere sind sie nicht berechtigt, von Reichsbürgern Steuern zu erheben, gegen Reichsbürger Urteile zu sprechen und zu vollstrecken...«[3] Wie für jede wirre Idee finden sich auch hier überzeugte AnhängerInnen. In Kamenz gelang es Christian J. mit dieser Argumentation erfolgreich, die Bezahlung eines Bußgeldes in Höhe von 38,12 Euro wegen Geschwindigkeitsüberschreitung zu verhindern.[4] In Zeitz landete Christel K. vor dem Amtsgericht, da ihr zu ihrer Unterstützung ein Betreuer bestellt werden sollte. Zuvor hatte sie als »Staatsbürgerin des Deutschen

1| Worch (Routinier), NPD-Story Teil II, 29.05.2004, 11:14 http://www.freier-widerstand.net/forum/thread.php?threadid=1651&boardid=36&styleid=4&sid=eaeb328025878 1a6c9002bfb13a133df
2| Solidaritätsaufruf von Mahler vom 9.1.2004, Amtsgericht Tiergarten Beschluss 351 Gs 745/04
3| Verkündigung der Reichsburgerbewegung, http://www.reichsbuergerbrief.net
4| Veröffentlichte Dokumente der »Kommisarischen Regierung des Deutschen Reiches«, Landratsamt Kamenz Aktz. 32.3.-RC-BG-02.11011.5, AG Kamenz Beschluss 3 Owi 140 Js 6734/02



Reiches« Widersprüche gegen Steuern und Gebühren eingelegt, da sie dem »völkerrechtswidrigen Reichszerteilungskonstrukt ‚BRD' nicht tributpflichtig« sei.[5] In den Publikationen der Reichsbürgerbewegung wimmelt es von antisemitischen Verschwörungstheorien: Das Bundesverfassungsgericht sei eine »Fremdherrschafts⁄agentur« der »US-Ostküste« und der »Jahwe-Kult« sei mit der »Reichstheologie« unvereinbar und würde daher verboten werden. Doch wie üblich kommt es auch gleich zum Streit mit anderen Nazi-Gruppen, die sich für die legitime Reichsregierung halten. So greifen die »Reichsbürger« die bisherige konkurrierende »Kommissarische Reichsregierung« um Wolfgang Ebel aus Berlin an, denn diese »dient sich den Feinden des Reiches als ‚Verhandlungspartner' an, um mit diesen gemeinsam zu lasten des Deutschen Reiches Vereinbarungen zu treffen (z.B. einen ‚Friedensvertrag' zu schließen)...« Dieser Reichsbürger-Aspekt erscheint im Vergleich zu dem Revisionismus-Aspekt in der Ideologie von Mahler und Co. jedoch eher als belustigende Begleiterscheinung.

Der Prozess als Bühne

Die öffentliche Hauptverhandlung wurde von Beginn an von Mahler dominiert, der in seinen stundenlangen Einlassungen vor Gericht reinsten Antisemitismus verbreitete, revisionistische Thesen zum Besten gab und offen den Holocaust leugnete. So erklärte er: »In der Vernichtung der Juden waltet Vernunft, davon gehe ich aus (...) Milliarden Menschen wären bereit, Hitler zu verzeihen, wenn er nur den Judenmord begangen hätte.«[6] In diesem Stil geht es Prozesstag für Prozesstag weiter, ohne dass sich das Gericht zum Eingreifen genötigt sieht. Die Strafanzeigen für diese Äußerungen überreicht der Staatsanwalt Horst Mahler postwendend beim Folgetermin, ohne dass dies an dessen Dauerpropagandashow etwas ändern würde.

Die Struktur dahinter

Die Prozessführung Mahlers steht in Zusammenhang mit dem »Verein zur Rehabilitierung der wegen des Bestreiten des Holocaust Verfolgten« (VRBHV). Dieser wurde am 9. November 2003 in Vlotho gegründet.[7] Vorsitzender wurde der Schweizer Bernhard Schaub. Seine Stellvertreterin wurde die Leiterin des Collegium Humanum Ursula Haverbeck-Wetzel und Schatzmeister wurde der Berliner Rainer J. Link. Unterstützt wird der Verein von internationalen Revisionisten wie Ernst Zündel (Kanada), Germar Rudolf und Frederick Töben (Adelaide Institute, Australien).

Zwischen dem VRBHV und dem Deutschen Kolleg kam es, wie in diesem Milieu üblich, zu einer Spaltung. Diese erklärt das uneinheitliche Auftreten der Angeklagten an einigen Punkten. Meenen und Oberlercher hatten bei der VRBHV-Gründung in Vlotho für einen »Reichsbund der Systemopfer« plädiert. Denn »die Privilegierung der Holokaustleugner unter den Systemopfern spalte letztere (...) Das Regime der BRD hat nichts zu rehabilitieren und es kann selber nicht rehabilitiert werden.«[8] Mahler stellte dazu klar: »Für beide Seiten ist es ein Kampf auf Leben und Tod – endlich! Es wäre mir nicht im Traume eingefallen, in diesem Kampf Oberlercher und Meenen auf der anderen Seite zu sehen (...) Der Bruch mit MO (Abkürzung: Meenen, Oberlercher) ist also nicht eine aus der Enttäuschung geborene Überreaktion, sondern eine notwendige Umgruppierung, damit wir dem Feind nicht länger den Rücken zukehren.«[9]

Die Strategie dahinter

Die Strategie Mahlers beinhaltet den Versuch, erneut eine Revisionismus-Kampagne zu initieren. In einem offenen Brief an Bernhard Schaub und Ursula Haverbeck erläutert er sein Ziel, den »Auschwitz-Prozess« wieder aufzurollen. Im Dezember 2003 fand hierfür eine »erste Arbeitssitzung« mit Robert Faurisson (Frankreich) und Ahmed Rami, dem Chef von »Radio Islam«, in Frankreich statt. Faurisson soll dafür sorgen, dass die »internationale Gemeinde« der Revisionisten für Mahler und den VRBHV »Gewehr bei Fuß« steht. Ahmed Rami hat eine intensive Berichterstattung für die »islamischen Länder« zugesagt.

Mahler plant durch seine Einlassungen vor Gericht eine neue Anklage wegen Leugnung des Holocaust. Dieser Prozess ist laut Mahler Teil der VRBHV-Strategie: »Wird dann auch noch das Hauptverfahren eröffnet, haben wir erreicht, was wir mit der Vereinsgründung angestrebt haben: es wird gegen ‚eine weltbekannte Person der Zeitgeschichte' eine öffentliche Hauptverhandlung wegen ‚Leug-

[1] Das Transparent tragen sie selber. (v.l.n.r.) Uwe Meenen, Reinhold Oberlercher, Horst Mahle[r]

[2] Jede Bühne ist ihm Recht – Horst Mahler (vorne links) und Prof. Michael Nier (vorne rechts) beim »2. Grossen Kameradschaftsabend m[it] Gästen aus Politik und Kultur«. In dem von Christoph Schlingensief 1999 an der Berliner Volksbühne inszenierten Stück diskutierten sie mit, laut Eigenbezeichnung, Berlin[s] dickster Hure, Molly Luft.

5| Solidaritätsaufruf von Manfred Petzold und R. Arnold vom 27.11.2003
6| Amtsgericht Tiergarten Beschluss 351 Gs 745/04
7| siehe AIB Nr. 61 1/2004 Seite 54
8| »Stellungnahme zum Holokaustleugner-Rehabilitierungsverein« von Meenen und Oberlercher vom 22.12.2003
9| Veröffentlichte E-Mail von Mahler an Dr. Gunther Kumel vom 23.12.2003



[1] Der Berliner »Reichsbürger« Rainer J. Link (links) ist Schatzmeister des VRBHV.

[2] Meenen (links) und Oberlercher (rechts) stehen für Mahler mittlerweile »auf der anderen Seite«.

nung des Holocausts' geben. Damit ergibt sich zum ersten Mal in der Geschichte die Gelegenheit, den ‚Auschwitz-Prozess' wiederaufzurollen und die erst nach dem Nürnberger Militärtribunal und nach dem Frankfurter Auschwitz-Prozess erarbeitenden Beweise zur Widerlegung der offiziellen Geschichtsschreibung mit einem weltweiten Echo ‚gerichtsnotorisch' zu machen (...) Ich bin glücklich, dass dieses Schicksal mich ausersehen hat, diesen Schlag gegen unsere Feinde zu führen.«[10]

Der Wahn dahinter

Mahler geht fest davon aus: »Das Projekt Israel ist gescheitert. Die ganze Welt kehrt sich jetzt gegen diesen Störenfried. In spätestens fünf Jahren wird es (vermutlich nach einem von Sharon ausgelösten Atomkrieg) von der Landkarte verschwunden sein. Die Juden sehen das voraus – und sie planen voraus. Ist der Gedanke so abwegig, daß sie Deutschland als ihren Fluchtpunkt ausersehen haben?« Daher planen, laut Mahler, »die klügeren Juden und die klügeren Elemente der politischen Klasse« eine Art eigene Revisionismus-Kampagne, da die »Holokaustreligion vor dem Aus steht«: »Bestimmten jüdischen Kreisen könnte bewußt geworden sein, daß sich die Judenfrage gegenwärtig in ungeahnter Weise zuspitzt und ihre Lösung nur die Endlösung sein kann, wie ich sie skizziert habe. Vermutlich sind es die gleichen Kreise, die in der Frage der Holocaust-Religion gegenwärtig den Kurs ändern.«[11] Jüdische Wissenschaftler drohen laut dieser Theorie gar die Führung im Lager der Revisionisten zu übernehmen. Demnach scheinen Mahler und Co. zusammengefasst also in etwa daran zu glauben, dass sie als echte Revisionisten die »Holocaust-Religion« kippen müssen, bevor es die »jüdischen Wissenschaftler« tun, um Deutschland als Fluchtpunkt für JüdInnen nach dem Ende Israels zu ermöglichen.

Die Unterstützer

Die Prozesse gegen Mahler sind regelmäßig überfüllt. Bis zu hundert SympathisantInnen streiten sich um die Zuschauerplätze. Sie verbreiten dabei eine Stimmung, als würden sie Teil eines bewegenden historischen Umbruchs sein. Einige der emotional aufgebrachten Mahler-Getreuen ließen sich am ersten Prozesstag gar zu Tumulten hinreißen, da sie keinen Zuschauerplatz mehr abbekamen. Erst nachdem der Prozessbesucher Frank Reitemeyer[12] deswegen abgeführt wurde, beruhigten sich die Gemüter wieder. Andere Prozess-Besucher meinten mittels Zwischenrufen gleich persönlich eingreifen zu müssen. Nachdem der Vorsitzende Richter dem Zuhörer Karl Klebig[13] deshalb mit Maßnahmen drohte, erhob Gernot Schäffner Dienstaufsichtsbeschwerde gegen ihn. Diese begründete er u.a. damit, dass »sich im Zuhörerraum nicht nur Menschen befinden, die sich vom demokratischen Rechtsstaat bereits innerlich abgewandt haben und überall das Walten dunkler Kräfte vermuten (...)«[14] Prozessbeobachter hatten diesbezüglich allerdings einen anderen Eindruck. Unter den Mahler-Unterstützern befanden sich Berliner Rechtsextremisten aller Fraktionen: Sascha Kari von der DVU, der ehem. FAP-Aktivist Mirko Tambach, der Neonazikader Rene Bethage und Imke Barnstedt von der Deutschland-Bewegung. Auch auswärtige Besucher verfassten bewegte Erlebnisberichte von den Prozesstagen. So schwärmte der Hamburger Klaus Kaping,[15] wie »das Gericht als Bühne, als Forum« genutzt wird, »um dem Deutschen Volk und der Welt die Verlogenheit (...) vor Augen zu führen.«[16] Die Berliner Peter Töpfer (Nationale Anarchisten, Antideutsches Kolleg) und Bernhard Heldt (ALSO-Attac, Deutsche Nationalversammlung) gingen einen Schritt weiter und gründeten das »Komitee Freiheit für Horst Mahler«, das auf das gleichnamige Komitee von 1977 um Otto Schily anspielt. Für das »neue« Komitee steckten hinter den Verurteilungen Mahlers aus RAF-Zeiten »die Alliierten Siegermächte und ihre zionistische Lobby« und auch heute würde noch die Demokratie »von den zionistischen Kapitalinteressen beherrscht«.[17]

Ein Märtyrer baut sich auf

Anfang April 2004 wurde Horst Mahler wegen des laufenden Ermittlungsverfahrens wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Staates die Ausübung des Berufes des Rechtsanwaltes vorläufig verboten. Für den 68jährigen keine neue Situation. Nachdem er 1974 in Zusammenhang mit seiner Unterstützung für den Aufbau der Roten Armee Fraktion (RAF) wegen Beihilfe zum gemeinschaftlichen versuchten Mord und zur gemeinschaftlichen Gefangenenbefreiung in Verbindung mit einer Verurteilung wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes in Tateinheit mit Gründung einer kriminellen Vereinigung zu insgesamt 14 Jahren Haft verurteilt worden war, musste er seinen Rechtsanwaltsberuf schon einmal aufgeben. Erst 1988 erhielt er dank seines damaligen Rechtsanwaltes Ger-

10| Brief von Mahler an den VRBHV vom 15.3.2004. Amtsgericht Tiergarten Beschluss 351 Gs 745/04
11| Brief von Mahler an das Landgericht Berlin vom 27.1.2004
12| Dieser betreibt die »German Theosophical Central Archives of Berlin«
13| Dieser unterstützte eine Petition für den Revisionisten Ernst Zündel
14| Gründungsinitiative Deutsche Nationalversammlung, Rundschreiben vom 15 April 2004
15| Dieser war Organisationsleiter der Aktionsgemeinschaft der Deutschland Liebenden (ADL)
16| Bericht 5 Verhandlungstag von Klaus Kaping vom 11.3.2004
17| Gründungsinitiative Deutsche Nationalversammlung, Rundschreiben vom 11 April 2004
18| Brief von Mahler an den VRBHV vom 15.3.2004



[1] Ahmed Rami vom »Radio Islam« unterstützt Mahlers Revisionismus-Kampagne

hard Schröder seine Wiederzulassung. Mahler steuert klar in Richtung Revisionismus-Märtyrer. Eine neue Haftstrafe scheint nach seinen Aussagen bereits fest eingeplant und ein weiterer Schritt in seiner Revisionismus-Kampagne zu sein: »Eine bisher nicht gekannte Entschlossenheit greift um sich: Am 5. Dezember 2003 schrieb Faurisson an mich: ,Mark my last words: Zusammen ins Gefängnis!'«[18]

Fazit

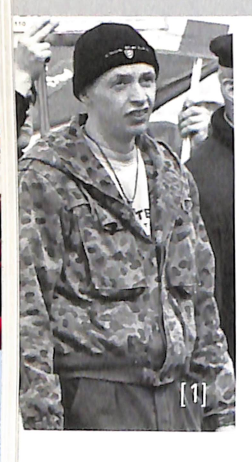
Ob die neue Revisionismus-Kampagne von Mahler und Co. über die eigene Szene hinaus wahrgenommen wird, bleibt abzuwarten. AntifaschistInnen sollten jedoch noch intensiver den Kontakt zu den nur noch wenigen verbliebenen Überlebenden der Shoah, antifaschistischen WiderstandskämpferInnen und ZeitzeugInnen des NS suchen. Denn diese wichtigen ZeugInnen der Verbrechen Nazi-Deutschlands werden immer weniger. Eine Situation, derer sich die antifaschistische Bewegung bewusst werden sollte. Denn dies ist ein Umstand, den sich die internationale Revisionisten-Szene zukünftig zu Nutze machen wird. ■

Revisionismus bezeichnet alle Versuche, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu verharmlosen, zu beschönigen, zu rechtfertigen, zu entkriminalisieren oder zu leugnen. Die Bemühungen, die Geschichte des NS für politische Zwecke umzuschreiben oder durch Aufrechnung mit anderen historischen Grausamkeiten zu relativieren sind mit dem Ziel extrem rechter Kreise verbunden, die Verbreitung nationalsozialistischer Ideen zu entstigmatisieren und zu erleichtern. Bei der Leugnung der Verfolgung und Ermordung der europäischen JüdInnen spielen antisemitische Verschwörungstheorien eine Rolle. Da es Tausende von Dokumenten und Zeugenaussagen für die Tatsächlichkeit dieser Verbrechen gibt, setzen die Revisionisten (implizit) voraus, dass eine »Jüdische Weltverschwörung« existiert, die die Macht hat, diese zu fälschen und die Geschichtsforschung zu beherrschen. Diese Pseudogeschichtsschreibung bedient sich spezieller Methoden. So werden die revisionistischen Publikationen mit einer Fülle von (z.T. irrelevanten) Fußnoten, Quellen und Anmerkungen versehen, um ihnen den Anschein seriöser Wissenschaft zu geben. Hierbei werden einzelne Zitate anerkannter Historiker mit zahlreichen Zitaten anderer Revisionisten gemischt. Die revisionistischen Autoren betreiben hierbei eine Art internationales »Zitierkartell«. Ein weiteres Merkmal ist die Fixierung der Revisionisten auf »Sachbeweise« und »Gutachten« für die Ermordung von JüdInnen in deutschen Vernichtungslagern, als ob es sich hierbei um einen Indizienprozess ohne Mörder und Ermordete handeln würde. Den revisionistischen Publikationen liegt meist eine selektive, tendenziöse und manipulative Auswertung und Interpretation historischer Quellen zu Grunde. Gängige revisionistische Strategie ist es, ein unklares oder angeblich falsches Detail der Geschichtsforschung herauszusuchen, anhand dessen gesamte Bereiche der Geschichtsforschung angezweifelt werden. Alle weiteren seriösen und belegbaren Details zum selben Themenkomplex werden hierbei weggelassen, um den Eindruck zu erwecken, die gesamte Geschichtsforschung wäre schlagartig zusammengebrochen. In Deutschland treten Revisionisten regelmäßig mit Kampagnen der öffentlichkeitssuchenden Wortergreifung auf. Nach ersten Veröffentlichungen in Westdeutschland wie »Die Auschwitz-Lüge« (Thies Christophersen) und »Der Auschwitz-Mythos« (Wilhelm Stäglich), folgten öffentlichkeitswirksamere Aktionen. Der »Kampfbund Deutscher Soldaten« (KDS) um Erwin Schönborn bot in einem Flugblatt 10.000 DM für eine »nachgewiesene Vergasung« an. In Hamburg führten Neonazis bereits 1978 eine »Eselsmaskenaktion« durch. Bei einer Flugblattaktion wurden Eselsmasken und Schilder mit der Aufschrift »Ich Esel glaube an die Vergasungslüge« getragen. Im Herbst 1989 nahmen Revisionisten den »Leuchter-Report« zum Anlass für eine Veranstaltungs-Offensive in Deutschland, zu der die »Wahrheit macht frei«-Veranstaltung im Münchner Löwenbräukeller mit 800 Teilnehmern zählte. Fred Leuchter wollte in einem Gerichtsverfahren gegen den Revisionisten Ernst Zündel mit einem technischen Gutachten nachweisen, dass keine Menschen in Gaskammern ermordet wurden. Die Revisionisten-Strategie, bei eigenen Gerichtsprozessen andere Revisionisten als »Gutachter« der Verteidigung zu benennen, um diesen ein öffentlichkeitswirksames Forum zu bieten, kann auch bei Mahlers Prozessen erwartet werden. ■

Alter Wein in neuen Schläuchen

Die Mecklenburgische Aktionsfront vernetzt bestehende neonazistische Strukturen.

Einen Adler haben die Anhänger der Mecklenburgischen Aktionsfront (MAF) sorgfältig auf ihr Transparent gemalt. In seinen Fängen eine Schlange. Bedenkt man das Nazi-Faible für nordische Mythologie, ist es vielleicht Aar, der Nidhögg besiegt. Vermutlich soll es aber nur ein irgendwie arisch-stolz-deutsches Federvieh im Kampf mit einem irgendwie jüdisch-schlängelndem-weltbeherrschenden Kriechtier sein.



[1] Mathias Wirth, Abgeordneter des Wittstocker Stadtparlamentes, auf einem Neonazi-Aufmarsch in Neubrandenburg.

MAF, PAF, FAF

...was auch immer – seit Ende 2002 tritt die MAF öffentlich auf, ist aber nicht die erste »Aktionsfront«. Im Januar 2004 wurde die Fränkische Aktionsfront vom bayrischen Innenminister wegen ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verboten. Diese Gruppierung aus dem Nürnberger Raum inspirierte auch vorpommersche Neonazis. Diese interviewten die westdeutschen »Kameraden« in der Wolgaster NS-Postille »Der Fahnenträger«, und wenig später wurde just die Pommersche Aktionsfront vorgestellt. Die Konzepte und Selbstdarstellungen ähneln sich teilweise wortwörtlich. Die MAF teilt sich die Webpräsenz mit der Pommerschen Aktionsfront. Auch inhaltlich und organisatorisch eifern die Mecklenburger Kameraden der weiter östlich angesiedelten PAF nach und treten gemeinsam mit ihr auf. Unter dem Modell der Aktionsfront verstehen die Neonazis dabei ein regionales Bündnis aus Gruppen und Einzelpersonen, »keine starre Organisation, mit Mitgliedsausweisen, Mitgliedsbeiträgen, periodischen Sitzungen und sonstigem üblichen Popanz«. Von diesem Konzept versprechen sich die Rechten eine »kontinuierliche schlagkräftige und schwer einzuschätzende Aktionsgemeinschaft« und Schutz vor staatlichem Zugriff. In Vorpommern ist klar, dass Kameradschaften etwa aus Wolgast, Anklam, Ueckermünde, von der Insel Usedom und einige NPD-Kreisverbände in dem braunen Bündnis mitwirken. Die MAF hingegen kann nicht auf einen derartig verzweigten Pool aus festen Organisationen zurückgreifen. Zwar schaffte es deren »Propaganda« auch bis nach Friedland, Bützow oder Waren, die Basis konzentriert sich aber eher auf Neustrelitz und Umgebung. Zudem ist das Label MAF auch nur der neue Name für alte Strukturen.

Neustrelitzer und Brandenburger Altlasten

Da wäre zum einen der Unabhängige Freundeskreis (UFK), der sich nach dem Unfalltod seines Neustrelitzer Führers Ronny Klein im Jahr 1998 vor allem mit Wald-und-Wiesen-Aktivitäten wie »Wanderungen, Sonnenwenden und Zeltlagern« beschäftigte: ein Aktionsfeld, das der MAF ebenso liegt. Auch auf der UFK-Internetseite kämpft ein Adler – diesmal gar gegen mehrere Schlangen.

Im selben regionalen Zusammenhang ist »Der Weisse Wolf« zu nennen. Vor acht Jahren startete Maik Fischer dieses Nazi-Blatt in einem Brandenburger Knast. Mittlerweile ist die 19. Ausgabe für drei Euro über ein Neustrelitzer Postfach zu erwerben, oder unter der Rubrik »Schriftgut« beim Neustrelitzer »Hünengrab-Vertrieb« zu beziehen. Ansonsten bietet dessen Betreiber Martin Ebeling dort allerlei braunen Black-Metal an und verschickt aus der elterlichen Wohnung auch eigene Produktionen mit den Bands »Branstock« und »Asatru«. Seit 1999 ist der »Weisse Wolf« mit einem separaten Internet-Auftritt online, für den der Neustrelitzer David Petereit verantwortlich zeichnete.

Petereit gilt als einer der Initiatoren der Mecklenburgischen Aktionsfront. Mehr schlecht als recht versucht er zur Zeit in Neubrandenburg »neues Potential« zu gewinnen. Erster Schritt sollte wohl die Verlagerung des Postfachs der MAF in die »rote Hochburg« sein. Am 19. März versuchte er zudem mit zwanzig Gesinnungsbrüdern erfolglos in einen Vortrag über Nazi-Kameradschaften zu kommen. Auch bei dem blockierten Neubrandenburger Gemeinschaftsaufmarsch im April blieb ihm nicht viel mehr zu tun, als bei den »Kameraden« um Geld für die Demokosten zu betteln.

Flugblätter und Aufkleber der Mecklenburgischen Aktionsfront unterzeichnet neuerdings aber der brandenburgische Neonazi Mathias Wirth. Wirth ist als NPD-Funktionär ins Wittstocker Stadtparlament eingezogen. Anfang des Jahres verließ der 24jährige die NPD, weil diese einen Bosnier für die Europa-Wahl aufstellte. Zu undeutsch für Mathias Wirth – dieser bleibt Abgeordneter und tritt

nun für einen »Bund Nationaler Sozialisten« bzw. die »Bewegung Neue Ordnung« auf. Gegenwärtig muss er sich allerdings wegen Landfriedensbruch und versuchter gefährlicher Körperverletzung verantworten. Im Oktober 2001 hatte sich Wirth in Wittstock mit über 60 weiteren Neonazis bei einer »Geburtstagsfeier« eine Saalschlacht mit einer Polizei-Hundertschaft geliefert. Diese Mischung aus Parlament und Gewalt könnte dem MAF Konzept entlehnt sein, dort heißt es: »Als legitim gelten alle Formen des Widerstandes«.

Generationsübergreifende Gemeinschaft

Als einzig neue Gruppierung in der MAF könnte der Stargarder Freundeskreis angesehen werden. Dieser tritt in Burg Stargard, einer Klein-Stadt bei Neubrandenburg, verstärkt auf. Allerdings dürften auch hier einige schon länger aktive Neonazis ihrem Treiben einen neuen Namen gegeben haben. Schon 1999 sorgte der örtliche Jugendclub des Fokus-Vereins für Unruhe, deren MitarbeiterInnen offensichtlicher Nazipropaganda in den Räumlichkeiten nicht entgegentreten konnten. Hinzu kamen alljährliche Aktionen zum Todestag von Rudolf Heß. Neu dürfte allerdings die Krabbelgruppe dieses Freundeskreises sein. Der jugendlichere Teil der Nazi-Gruppierung gab sich den Titel »Jungsturm« und bezieht sich damit offenbar auf die Vorgängerorganisation der Hitlerjugend. Kinderkram ist der Stargarder Freundeskreis aber mitnichten – unterstützt und getragen wird die Gruppe auch von älteren Kameraden, Eltern und ewig gestrigen »Zeitzeugen«. Als Treffpunkte gelten in Burg Stargard ein Garagenkomplex, Privatgärten und nicht zuletzt der öffentliche Raum. So war der Tierparkvorplatz in der Walpurgisnacht im April diesen Jahres für nichtrechte Gäste tabu, dort feierten etliche Naziskins etwas abseits der offiziellen Burg-Feierlichkeit.

»Unseren gefallenen Helden«

Die Mitglieder der MAF eint ihre nationalsozialistische Gesinnung: antisemitische Schmierereien, Hetze gegen die Anne-Frank Ausstellung und in Neustrelitz soll es im letzten Jahr gar ein »Bücherverbrennungs-Revival« gegeben haben. Fragt man sich auf der Startseite der Aktionsfront noch, wessen Augen die Besucher begrüßen, gibt spätestens Hitlers Signum auf einem MAF-Banner die Antwort. Die Verehrung von NS-Verbrechern und Wehrmacht spielt sich nicht nur im virtuellen Raum ab. Im Oktober letzten Jahres trotteten 50 Neonazis mit Fackeln und Fahnen auf den Burg Stargarder Denkmalsberg, um dem Wehrmachtsgeneral Otto Ernst Remer zu gedenken. Der gebürtige Neubrandenburger wirkte an der Niederschlagung des Militäraufstandes vom 20. Juli 1944 mit und blieb bis in den Tod ein Nazi, der den Holocaust leugnete. Dessen Enkel im Geiste gaben sich richtig Mühe – offenbar putzten sie das Denkmal zuvor und beeindruckten abends mit einem »Laienspiel« und dem »Absingen des Liedes 'Ein junges Volk steht auf!'«. Dass der Stein an den 1. Weltkrieg erinnert, störte MAF-AnhängerInnen dabei nicht. Die Inschrift »Unseren gefallenen Helden« reichte dem rechten Huldigungsdrang. In Teterow lockte am 22. November 2003 zusätzlich Freibier und Gratis-Glühwein zum Heldengedenken. Wiederum im Fackelschein schmückten hier etwa 50 Neonazis die Krypta des dortigen Ehrenmals mit ihren Flaggen. Am 25. April diesen Jahres versammelte sich die rechte Gemeinschaft erneut auf dem Denkmalsberg – allerdings diesmal als ungeplante Ersatzhandlung. Kurz zuvor hatten hundert Alt- und Neonazis versucht, bei Carpin ein Gräberfeld zu Ehren der Waffen-SS zu errichten, die vor 59 Jahren hier noch kurz vor Kriegsende gegen die Rote Armee kämpfte. Die Polizei beseitigte den Runenwald, den Mecklenburgische und Pommersche Aktionsfront offenbar gemeinsam geplant hatten. Gemeinsam protestierten die beiden Nazi-Bündnisse auch gegen die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« in Peenemünde.

Deutsche als Opfer

Mit der Kampagne »Opa war in Ordnung« stellten sich die Nazis von heute nicht nur klar auf die Seite der Täter von gestern – sie konstruieren gar eine deutsche Opferrolle. So propagierte die MAF am 8. Mai diesen Jahres eine »Befreiungslüge«. Auf Flugblättern, Plakaten, Transparenten werden die Millionen Toten der NS-Herrschaft verschwiegen und die Deutschen, die das System mehrheitlich stützten, zu den Leidtragenden stilisiert. Dafür werden Verbrechen einiger Sowjetsoldaten und Angriffe der Alliierten als Beleg angeführt. Den Angriff der Allierten auf Dresden bezeichneten die MAF'ler bei einem Aufmarsch als »Bombenholocaust«. Auf einem anderen Transparent mit der Aufschrift »Es ist kein Verbrechen, Volk und Vaterland zu schützen« verwandeln sie gar den mörderischen Aggressor zu einen Beschützer.

Kein Vergessen!

Die zunehmende Vernetzung und Organisierung der Neonazis wird in Burg Stargard, Neustrelitz und andernorts offenbar nicht ernstgenommen. Der revisionistischen Agitation und der Verankerung lokaler rechter Strukturen kann nicht nachhaltig begegnet werden, wenn es bei ein paar Polizeieinsätzen bleibt. In der Pflicht sind hierbei auch Verwaltung, Politik und die EinwohnerInnen der betreffenden Orte. Dabei muss nicht nur das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus wachgehalten werden. Gleichzeitig müssen kriegsverherrlichende Denkmäler entfernt oder als Überbleibsel einer unmenschlichen Zeit gekennzeichnet werden. Und nicht zuletzt muss den Nazi-Propagandisten und ihrer Anhängerschaft offensiv entgegengetreten werden. ■

Informationen über Nazistrukturen und antifaschistische Aktivitäten in Mecklenburg Vorpommern: ***www.links-lang.de***



[1] Der MAF-Aktivist David Petereit aus Neustrelitz am 2.8.2003 bei einer Demo gegen die Wehrmachtsausstellung in Peenemünde

[2] Eine Nazi-Todesrune am Straßenrand, aufgestellt für den verunglückten Kameradschaftsführer Ronny Klein.

Das neurechte Institut für Staatspolitik

Im Mai 2000 wurde im hessischen Bad Vilbel das »Institut für Staatspolitik« gegründet. Zielgruppen des inzwischen auf das Rittergut Schnellroda (Sachsen-Anhalt) verzogenen Instituts sind der konservative und rechte akademische Nachwuchs, aber auch Teile der politischen Elite. Mittels Seminaren, Veröffentlichungen und der Förderung von Forschungsarbeiten sollen die Strategiediskussion der sog. »Neuen Rechten« vorangetrieben und intellektuelle Netzwerke geknüpft werden. Grund genug, einen genaueren Blick auf Inhalte, Strategie und Praxis dieses Instituts zu werfen.

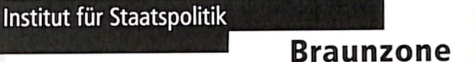
Denkfabriken, politische Stiftungen: Strategische Politikberatung jenseits der Nachrichtenlage

In der Bundesrepublik gibt es eine Reihe von außeruniversitären, geisteswissenschaftlichen Institutionen, welche zumeist als Stiftungen verfasst, im direkten Umfeld von Parteien angesiedelt sind. Diese stellen für die Parteien eine mehrfach funktionale Vorfeldstruktur dar. Zum einen dient ihre Tätigkeit der Meinungsbildung und Stabilisierung des jeweiligen Mitglieder- und Wählermilieus, zum anderen sind die Stiftungen Instrument der akademischen Nachwuchsförderung, welche nicht nur auf den unmittelbaren Bereich der Parteipolitik zielt, sondern indirekte politische Multiplikatoren u.a. in Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Verwaltung zu platzieren sucht. Mit thematisch breitangelegten publizistischen Aktivitäten sollen zudem die Öffentlichkeit, insbesondere die meinungsführenden Medien erreicht werden.

Eine weitere wichtige Funktion der Stiftungen ist die Politikberatung. Diese agiert in einem Spannungsfeld zwischen Öffentlichkeit, Lobbyisten und parteipolitischen Interessen. Hierbei stellen die Stiftungen die Schnittstelle zwischen den Akteuren der Tagespolitik und einer politischen Philosophie her, die einen alle gesellschaftliche Sphären umfassenden weltanschaulichen Interpretationsrahmen darstellt. Hier soll der praktischen Politik moralisch-politische Legitimität verliehen werden. Die Stiftungen sind der soziale Ort, an dem die Leitlinien für zukünftige gesellschaftspolitische Konzepte und die Strategien ihrer Durchsetzung entwickelt, vorgedacht und kommuniziert werden. Die Annahme jedoch, die hier entwickelten Politikplanungen würden eine deckungsgleiche Umsetzung finden, hieße die Rolle derartiger Institutionen zu überschätzen. Denn letztlich nehmen Think Tanks im Konstitutionsprozess von Politik die Rolle ein, ohnehin wirkungsmächtige Strömungen zu verstärken. Doch es sind nicht nur parteinahe Stiftungen, welche die genannten Funktionen erfüllen. Über diese hinaus gibt es eine Vielzahl von Institutionen, die nicht im direkten Vorfeld einer Partei agieren, sondern eine wissenschaftliche Akzentsetzung mit dem Ziel gesellschaftlicher Intervention verbinden. Die bekannteste dieser Einrichtungen dürfte das Hamburger Institut für Sozialforschung von Jan Phillip Reemtsma sein. Für die extreme Rechte war über Jahrzehnte die von Armin Mohler geleitete Carl-Friedrich von Siemens-Stiftung von Bedeutung, seit einiger Zeit auch das Institut für Staatspolitik.

»Reemtsma-Institut von rechts«

Eben das »Hamburger Institut für Sozialforschung« und seine diskursive Interventionsfähigkeit gilt dem »Institut für Staatspolitik« als Vorbild. So war denn im Vorfeld der Gründung des Instituts auch vom Aufbau eines »Reemtsma-Instituts von rechts« (Ostpreußenblatt; 5.02.00) die Rede. Vor allem die von »neurechten« Publizisten aus dem Umfeld der JF hämisch bis neidisch kommentierte Kampagnenfähigkeit des HIS am Beispiel der Wehrmachtsausstellung gilt den Akteuren des Instituts als beispielhaft für die eigene Strategie, Themen zu besetzen. Ziel des IfS ist es, die extreme Rechte langfristig zunächst intellektuell aus der diskursiven Isolation zu führen, um sich damit die Chance auf einen nachhaltigen Einfluss als legitime politische Strömung zu sichern. Mithin verfolgt das Institut eben jene politische





Strategie, die für die »Neue Rechte« insgesamt prägend ist: Metapolitik. Deren Gegenstand ist nicht in erster Linie die beschriebene zeitnahe theoretische Reflexion tagespolitischer Probleme unter dem Blickwinkel der Parteitaktik. Vielmehr sind es die eher langfristig meinungsbildenden Themen wie Geschichtspolitik, Nationbegriff und Staatsverständnis, welche auch den Bezugspunkt des Instituts darstellen. So ist denn der Gegenpart im politischen Weltbild des Instituts nicht durch eine Partei oder ein politisches Konzept besetzt. Als Gegner werden vielmehr die Verfasstheit der politischen Kultur der Bundesrepublik und ihre postnazistischen Konstitutionsbedingungen begriffen. Diese gelte es exemplarisch zu dekonstruieren und durch gezielte Tabubrüche in Frage zu stellen. Dem Ansatz liegt einerseits die Erfahrung der wahlpolitisch begrenzten Reichweite rechtsextremer Parteipolitik in Deutschland, andererseits ein an Antonio Gramsci geschulter Begriff von kultureller Hegemonie zugrunde. Knapp umrissen wird mit Gramsci davon ausgegangen, dass eine potentielle Machtübernahme nicht im Handstreich am Tag X erfolgt, sondern diese politisch-kulturell innerhalb der vorpolitischen Sphäre der normativ soziokulturellen Lebenswelt durchgesetzt und abgesichert werden muss.

Das ideologische Umfeld des Instituts: Konsolidierung und Strategiewechsel

Die epochalen Umbrüche der Jahre nach 1989 erlebten die Akteure der Neuen Rechten in Deutschland wie im Rausch. Vieles von dem, was sie in den 80er Jahren in Bezug auf eine Renaissance rechtsextremer Politiken, frei vom Schatten des Nationalsozialismus, vorgedacht hatten, schien in greifbare Nähe gerückt. Insbesondere die Re-Nationalisierung des öffentlichen Selbstverständigungsdiskurses am Beginn der 90er Jahre des wiedervereinigten Deutschlands, ließ neurechte Autoren wie Karlheinz Weißmann zeitweise an einen Durchmarsch ihrer Positionen glauben. Der temporäre Einfluss, den dieses neurechte Netzwerk auf Teile der konservativen Tagespresse und einzelne Verlage ausübte, verstärkte diesen Eindruck: erlangten zeitweise neurechte Meinungen ein Maß an Publizität, das weit über das Schattenreich rechter Kleinstzeitschriften wie Criticon hinaus ging. Einen Katalysator für diese Entwicklung stellt ohne Zweifel die seit 1994 wöchentlich erscheinende Zeitung »Junge Freiheit« dar.

Indes haben sich die sehr weitgehenden Hoffnungen der »Neuen Rechten« von einer sukzessiven Umgestaltung der politischen Kultur in der Bundesrepublik als überzogen erwiesen. Es gelang den Neuen Rechten weder, einflussreiche Positionen in Politik und Medien zu erlangen, noch dominieren sie erkennbar einen politischen Diskurs. Bis Mitte der 90er Jahre zielte die Arbeit dieser Netzwerke auf eine Graswurzelrevolution von rechts, die »ein vielfältiges politisches, kulturelles und publizistisches ›Kapillarsystem‹ (entwickelt), durch das konservative Vorstellungen in breite Schichten sickern können.« (Stein, Dieter: Niederwerfung der Konservativen. In: Junge Freiheit, Nr. 4, April 1992, S. 2) Im Mittelpunkt der Bemühungen standen kulturelle Strömungen, zu denen der ideologische Brückenschlag gesucht wurde. Nachdem dieses Konzept schnell an seine Grenzen stieß, gerieten nun erst die Republikaner, dann die CDU wieder ins Visier der ideologischen Strategiearbeit.

Das Institut

Seminare, Tagungen, Veröffentlichungen und die Förderung von Forschungsarbeiten gehören zum selbstgewählten »Aufgabenbereich« des Instituts. Im Rahmen dieser Vorgabe veranstaltet es seit 2000 jeweils eine Sommer- und eine Winterakademie, 2001 kam das »Berliner Kolleg« hinzu. Omnipräsent bei diesen verschiedenen Treffen und Tagungen sind die Gründungsmitglieder Dr. Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek.

[1]



Gründung im Mai

mit Götz Kubitschek über das geplante „Institut für Staatspolitik"

Götz Kubitschek: „Wir wollen weg von Beliebigkeit und Zufall"

[2]



Das Ostpreußenblatt

Dr. Karlheinz Weißmann, Jahrgang 1959, studierte Geschichte und Evangelische Theologie in Göttingen und promovierte 1989 zum Dr. phil. mit einer Arbeit über die politische Symbolik der deutschen Rechten 1890-1945. Zuletzt veröffentlichte er die Bücher „De[r] Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler 1933–45" (Herbig, 1995) und „Der Nationale Sozialismus. Ideologie und Bewegung 1890–1933" (Herbig, 1998). Seit 1983 unterrichtet Karlheinz Weißmann als Gymnasiallehrer. Das Gespräch führte Götz Kubitschek.

[1] Götz Kubitschek – Faksimile aus der Jungen Freiheit

[2] Karlheinz Weißmann – Faksimile aus dem Ostpreußenblatt

Darüber hinaus ließ man Personen aus der extremen Rechten wie den Anti-Antifa-Schreiber der Jungen Freiheit Manuel Ochsenreiter, den ehemaligen Mitarbeiter der Republikaner Michael Wiesberg oder den französischen Rechtsintellektuellen Alain de Benoist ihre Thesen präsentieren. Für den Brückenschlag in den Konservatismus sollte schon 2001 Martin Hohmann sorgen, der im Rahmen der Sommerakademie 2001 einen Redebeitrag unter dem bezeichnenden Titel »Strategie im Parlamentarismus« hielt. Neben solchen Tagungen, auf denen neben der Verbreitung von inhaltlicher Position und Strategie auch die Kontaktaufnahme für das Netzwerk eine wichtige Rolle spielten, ist es die Publizistik, über die das IfS wirken will. Hierzu erscheint eine Zeitschrift, eine Buchreihe und eine Reihe von Themenheften.

Grundlegende »Perspektiven«

»Das IfS fördert Publikationen, die inhaltlich zu seiner Arbeit passen«, heißt es beim Institut. Gefördert wird die Reihe »Perspektiven« des eng mit dem IFS verbundenen Verlages »Edition Antaios«. Dieser Verlag, der unter der gleichen Adresse wie das IfS zu erreichen ist, kann als der Hausverlag des IfS bezeichnet werden, da der IfS-Gründer Kubitschek für den Verlag verantwortlich zeichnet. In der Reihe Perspektiven bereiten die Autoren, fast allesamt auch Referenten des IfS, ihre zentralen Ideologen auf. Beschrieben wurden Leben, Werk und Ideologie von Georges Sorel, Arnold Gehlen, Gerhard Nebel und Nicolas Gomey Davila. Michael Wiesberger trug einen Band über Botho Strauss zur Reihe bei, Bernd Rabehl einen solchen über Rudi Dutschke. Auch aktuelle Debatten und Strategiediskussionen finden Eingang in die Reihe.

»Wissenschaftliche Reihe« und »Berliner Kolleg«

Diese Publikationen werden flankiert von zwei Heftreihen, dem »Berliner Kolleg« und der »Wissenschaftlichen Reihe«. In ersterer werden Tagungsbeiträge der gleichnamigen Tagung veröffentlicht, die zweite behandelt eher zeitnahe, tagespolitische Themen und Kampagnenfelder des Instituts, so das Heft »Politische Kampagnen – Erfolg und Mißerfolg in der ‚Leitkulturdebatte' und im ‚Antisemitismusstreit'.«

Debatten- und Theorieorgan – Sezession

Seit April 2003 erscheint vierteljährlich in einer Auflage von 3500 Exemplaren das Theorieorgan »Sezession«, in welchem angeblich »realpolitisch, nicht gesinnungspolitisch gedacht wird«. Dieses soll das Vakuum füllen, welches die neoliberale Wendung des langjährigen Theorieorgans dieser Strömung »Criticon« hinterlassen hat. Dabei legt die Redaktion darauf Wert, dass es nicht um ein »intellektuelles Spiel« geht. Neben grundlegenden Beiträgen werden auch aktuelle Debatten aufgegriffen, so in der Debütausgabe das Thema »Krieg«. Wichtigstes Themenfeld stellt derzeit die Selbst- und Feindbestimmung da, die in Heft 3 »Rechts« und Heft 4 »Links« zu finden ist.

Themen des Instituts

Unterhalb des von Weißmann, Kubitschek und Wimbauer geleiteten Institutskollegiums existieren fünf Arbeitsgruppen, welche sich mit folgenden Themen beschäftigen: 1. Die Rolle des Staates im 21. Jahrhundert, 2. Die politische Linke, 3. Zuwanderung und Integration, 4. Kriegs- und Konfliktforschung und 5. Erzie-

Sezession





IfS INTERN

Nr. 3 · Juni 2003

Mitteilungen des Instituts für Staatspolitik

Inhalt

Seite 1
Defensiver Nationalismus

Seite 2 und 3
Loslösungen

Seite 4 und 5

Defensiver Nationalismus

Von Götz Kubitschek

Die Dinge sind in Bewegung. Die Tatsachen verengen den Handlungsspielraum: Selbst ein so mächtiger Verlag wie Eichborn kann es sich auf Dauer nicht leisten, das Buch seines Autors Udo Ulfkotte *(Der Krieg in unseren Städten)* über gewonnene, aber dennoch teure Prozesse auf dem Markt zu halten. Der Fall Ulfkotte ist in seiner Struktur kein Präzedenzfall, aber in seiner Bedeutung und Dimension ein Markstein: Die von Ulfkotte beschrie-

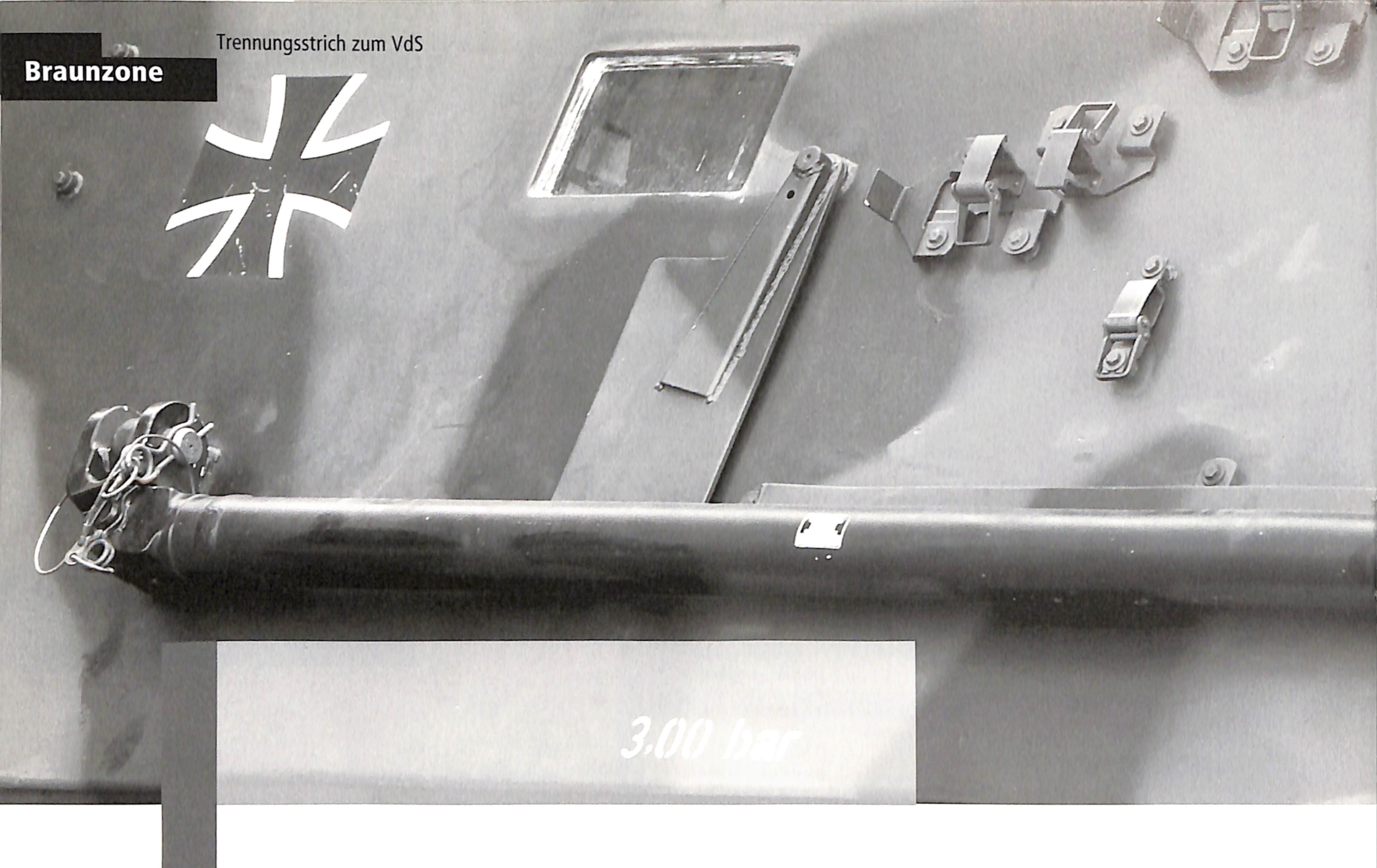
hung und Bildung. Es fällt auf, dass der Staat an erster Stelle steht. Das ist kein Zufall. Wie der Name »Institut für Staatspolitik« schon sagt, wird Politik hier nicht vom Bürger, sondern vom autoritären Machtstaat her gedacht. Bezugspunkt ist hierbei die politische Philosophie des Staatsrechtlers Carl Schmitt, der an die Stelle einer pluralen Demokratie eine identitäre setzen wollte. Dabei wird der Begriff Volk als metaphysische, übergeschichtliche Konstante verstanden, in deren Namen staatliche Politik zu agieren habe. Demnach stehen im Mittelpunkt denn auch die klassischen Denkfiguren Schmitts, wie die Schaffung einer gesellschaftlichen Formierung nach innen und eine klare Feindbestimmung. Außenpolitisch favorisiert Schmitt das Konzept einer großraumorientierten Machtpolitik.

Grenzen und Kritik des Institutskonzepts

Die Institutsgründung ist nach der Euphorie der Neuen Rechten zu Beginn der 90er Jahre als organisatorisch-politischer Konsolidierungsversuch einer politischen Strömung zu verstehen, deren angestrebter Marsch durch die Institutionen vorerst gescheitert ist. Konzeptionell schwanken die politischen Optionen der Akteure dabei zwischen einer isolationistischen Selbststilisierung als intellektuelle Avantgarde, einer politischen Umwälzung von rechts, jenseits des so verachteten Mainstreamdiskurses und dem Versuch diskurspolitischer Interventionen. Letzteres soll mit dem Mittel des gezielten Tabubruchs erreicht werden, um die angeblich geschlossene Phalanx der linksliberalen Political Correctness zu durchbrechen.

Das Verhältnis zum etablierten Konservatismus der Union ist instrumenteller Natur. Durch die bewusste Ausweitung des Begriffs »konservativ« auf klar rechtsextreme Positionen, Personen und Strukturen sucht man das Stigma des Rechtsextremismus los zu werden und sich dem rechten Flügel des Konservatismus als politische Heimat anzudienen, ohne rechtsextreme Bündnispartner zurücklassen zu müssen. All diese Mechanismen zeigt der Fall Hohmann exemplarisch. Er führt jedoch auch die Grenzen dieses Konzepts vor Augen. So gelang es dem Netzwerk aus JF, Institut für Staatspolitik und einem Teil des rechtskonservativen Flügel der CDU trotz erheblichen publizistischen Aufwandes nicht, Hohmanns Positionen in der Mitte des politischen Konservatismus Akzeptanz oder gar Mehrheiten zu verschaffen. Dies scheiterte vor allem an der auch von der JF immer wieder beklagten Hegemonie der »Atlantiker«, also jener der Westbindung verpflichteter Politiker wie Friedbert Pflüger in der Union. Die Ausstrahlungskraft des Instituts ist ganz offenbar trotz der genannten Bemühungen um Multiplikatoren im konservativen Lager auf die eigene rechtsintellektuelle Szenerie begrenzt.

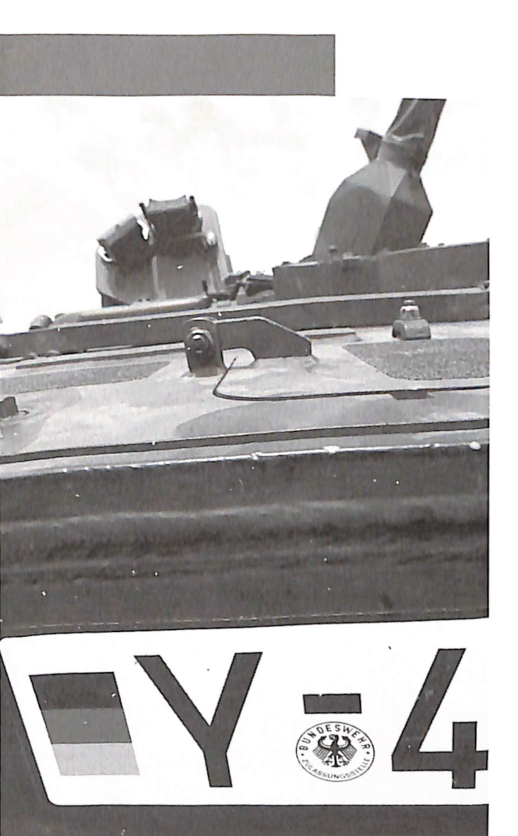
An der sich in den vergangenen rund 14 Jahren vollziehenden Verschiebung wesentlicher Elemente des politischen Diskurses nach rechts hatten die »neurechten« Netzwerke einen vergleichsweise geringen Anteil. Nachhaltige Impulse für eine weitere Verschiebung der politischen Debatte nach rechts geht demnach nicht vom Institut und seinem Umfeld, sondern nach wie vor von den Themen der politischen Mitte aus. ■



Bundeswehr zieht Trennungsstrich zum VdS

Da war der Schreck groß beim Bundesvorstand des Verbands deutscher Soldaten (VdS). Mitte März erreichte ihn ein Schreiben des Führungsstabes der Bundeswehr, in dem der VdS davon in Kenntnis gesetzt wurde, dass »mit sofortiger Wirkung alle dienstlichen Kontakte der Bundeswehr zum VdS und seinen Unterorganisationen eingestellt« werden. Hintergrund der Entscheidung ist die Veröffentlichung von Beiträgen von Richard Tedor im Verbandsblatt »Soldat im Volk«. Tedor ist stellvertretender Vorsitzender der Nationalsozialistischen Partei Amerikas (NSPA).

Der Verband deutscher Soldaten (VdS) ist einer der seit über 50 Jahren bestehenden bundesweit organisierten Traditionsverbände von Wehrmachtssoldaten. In der ursprünglichen Satzung bezeichnete sich der VdS als »Organisation zur Wahrung und Förderung kameradschaftlicher, rechtlicher und ideeller Anliegen aller Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht einschließlich der Waffen-SS, der deutschen Bundeswehr und ihrer Hinterbliebenen. In der aktuellen Satzung ist vom »Eintreten für Recht und Freiheit in Treue zum deutschen Vaterland«, der »Pflege der soldatischen Wertbegriffe«, der »Förderung des Wehrgedankens« und der »Bekämpfung jeder Diffamierung des deutschen Soldatentums« die Rede. Wurde der Posten des VdS-Bundesvor-



sitzenden zwischen 1951 und 1962 immer von Generalsdienstgraden besetzt, die in Reichswehr und Wehrmacht aufgestiegen waren, so hatten ihre Nachfolger diese Dienstrangstufe alle in der Bundeswehr erworben. Dem langjährigen VdS-Bundesvorsitzenden Generalmajor a.D. Schreiber folgte im April 2001 mit Oberstleutnant Horst-Erich Hoppe erstmals ein Soldat, der seine gesamte Laufbahn in der Bundeswehr absolviert hatte. Hoppe war u.a. als Stabsoffizier der Gebirgsjägerbrigade 23 in Bad Reichenhall tätig, verstarb jedoch im August 2003.

Der VdS ist föderalistisch in Landesverbänden organisiert; darunter gibt es zum Teil Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände. Auf verschiedenen Ebenen sind dem VdS Traditionsgemeinschaften kooperativ angeschlossen, so dass für Ende der 90er Jahre von etwa 75.000 Mitgliedern ausgegangen werden kann. Der VdS wiederum ist größter Verband im Ring deutscher Soldatenverbände (RDS), dem Schreiber ebenfalls lange als Präsident vorstand. Die Zahl der Einzelmitglieder im RDS betrug Ende der 90er Jahre nach eigenen Aussagen etwa 380.000. Zu den im RDS zusammengeschlossenen Verbänden gehören u.a. der Kyffhäuserbund e.V., der Deutsche Marinebund e.V., die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger e.V., der Stahlhelm – Kampfbund für Europa, die Gemeinschaft ehem. Heeresrichter oder die Fördergemeinschaft für Soldatenverbände im Landkreis Marburg-Biedenkopf e.V., die sich an den rechten Aktionen gegen die Ausstellung ‚Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944' beteiligt hatte.

Zwar hatte das für die Bundeswehr zuständige Ministerium mit Wirkung vom 5. März 1999 entschieden, die Zusammenarbeit mit der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger einzustellen, ansonsten jedoch, so hieß es offiziell, hätten »Aktivitäten von Traditionsverbänden keinen Grund gegeben, auf Ministeriumsebene gegen sie vorzugehen«. Nun soll es also eine Abgrenzung gegenüber dem VdS geben.

Besonders empört zeigte sich nun ein Jochen Arp in der extrem rechten Jungen Freiheit und unterstellte den verantwortlichen Redakteuren Naivität im Umgang mit den Autoren, denn jene hätten von der Existenz einer Organisation namens NSPA schlicht nichts gewußt, aber vielleicht doch die Identität des Autors Richard Tedor prüfen sollen. Dabei hatte der VdS-Bundesvorsitzende Hoppe im Sommer 2001 die Umstellung von »Soldat im Volk« auf eine zweimonatige Erscheinungsweise doch gerade damit begründet, um »für wichtige Berichte besser recherchieren zu können«. Da stimmt wohl eher die ebenfalls von Hoppe gemachte Ansage, dass im Blatt auch weiterhin »Dinge angesprochen [werden], die woanders nicht zu lesen sein werden, weil sie unter Umständen dem herrschenden Zeitgeist nicht entsprechen«. Der nun für Schlagzeilen sorgende Artikel war in Soldat im Volk mit der redaktionellen Vorbemerkung versehen worden, der Autor sei »freier Journalist und gilt in den USA als Experte für die Geschichte des II. Weltkriegs«, auch arbeite er »eng mit den amerikanischen Veteranenverbänden zusammen.« Der Beitrag aus »einer US-amerikanischen Zeitschrift« (Arp) sei von einem VdS-Mitglied in deutscher Übersetzung angeboten worden.

Bei diesem Blatt, das verschweigt die Junge Freiheit, handelt es sich um The Barnes Review (TBR), die von Willis A. Carto seit 1994 herausgegeben wird. Zuvor war Carto an führender Stelle am Institute for Historical Review (IHR) tätig gewesen, der bedeutendsten nordamerikanischen Organisation von Holocaustleugnern. Bis heute verschafft Carto Auschwitzleugnern ein Forum und verbreitet Lobpreisungen der Mörder von der Waffen-SS, etwa in Gestalt eines Videobandes des belgischen Faschisten und späteren Generals der Waffen-SS, Leon Degrelle. Diese Aktivitäten entsprechen der redaktionelle Leitlinie seines Blattes, derzufolge – so Carto – die zur Veröffentlichung kommenden Titel »wahr und interessant« sein müssten.

Die Bundeswehr handelt spät

Das VdS-Blatt Soldat im Volk hätte für eine Bundeswehrführung, der es um eine konsequente Abgrenzung zu extrem rechten und geschichtsrevisionistischen bzw. das ‚deutsche Soldatentum' verherrlichenden Positionen und Akteuren geht, bereits viel früher Anlass sein müssen, einen klaren Trennungsstrich zum VdS zu ziehen. Denn in dem VdS-Blatt waren laufend Beiträge erschienen, die von ähnlichen Artikeln in Publikationen

der extremen Rechten kaum oder gar nicht zu unterscheiden waren. Auf eine Kleine Anfrage der PDS-Fraktion im Bundestag hatte das Bundesinnenministerium im Oktober 2000 immerhin davon gesprochen, dass verschiedene Ausgaben von Soldat im Volk »tatsächliche Anhaltspunkte für einen rechtsextremistischen Hintergrund« gehabt hätten. Von Seiten der Bundeswehr passierte jedoch nichts Entscheidendes.

In seiner Eigenschaft als Präsident von VdS, RDS und Deutschem Luftwaffenring wurde Generalmajor a.D. (BW) Jürgen Schreiber mehrfach wiedergewählt. Im Verbandsorgan Soldat im Volk verfasste er häufig den Leitartikel. Neben der Verteidigung der »Ehre des deutschen Soldaten« forderte er statt eines Denkmals für die ermordeten Juden eine »schlichte Gedenkstätte mit der Inschrift: Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft«. Solche Versuche der Einebnung der Unterschiede zwischen Tätern und Opfern wurden begleitet von anderen revisionistischen Beiträgen, etwa von Heinz Splittgerber, der sich in Soldat im Volk im Jahr 2000 für die Holocaustleugner stark machte. Mehrfach erschien eine Werbeanzeige für die bedeutendste deutschsprachige Zeitschrift der Auschwitzleugner, die Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung. Schreiber selbst, der regen Anteil an der Hetze gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht nahm, veröffentlichte u.a. in dem extrem rechten Türmer-Verlag.

Immer wieder wurden in der Rubrik ‚Unser Buchangebot' auch Veröffentlichungen aus extrem rechten Verlagen vorgestellt und empfohlen, so etwa das Deutsche Soldatenjahrbuch 1998, das ein Geleitwort des in der extrem rechten Szene noch immer aktiven Oberst a.D. Hajo Herrmann enthält; so das Buch »Wagnis Wahrheit«, herausgegeben von Bundeswehrgeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler anlässlich des 60. Geburtstages des Auschwitz-Leugners David Irving; so ein Band von Klaus Sojka, einem früheren DVU-Funktionär, über die Wehrmacht; so ein Heldenepos auf den SS-Verbrecher Jochen Peiper, usw. usf. Das alles war über lange Jahre kein Grund für die Bundeswehr, den Trennungsstrich zu ziehen.

Ein Beschluss - was nun?

Die aktuelle Entscheidung der Bundeswehrspitze dürfte für den VdS, aber auch etliche Bundeswehrsoldaten ernsthafte Probleme mit sich bringen, denn die Kontakte waren eng und vielseitig, erstreckten sich von der Bereitstellung von Räumlichkeiten über die logistische Unterstützung bis hin zu gemeinsamen Veranstaltungen und der Besetzung von Leitungspositionen im VdS durch Bundeswehrsoldaten. Nun erstreckt sich das Verbot der Unterstützung von VdS-Veranstaltungen auf Truppenbesuche wie auf die Bereitstellung von Räumlichkeiten oder Liegenschaften der Bundeswehr. Bereits zugesagte Besuche seien abzusagen; offizielle VdS-Vertreter sind zu Veranstaltungen der Bundeswehr nicht mehr einzuladen und die Teilnahme von aktiven oder ausgeschiedenen Soldaten in Uniform an VdS-Treffen ist untersagt. Dies dürfte dann auch die erst im Sommer 2003 getroffene Vereinbarung zwischen dem Deutschen Bundeswehrverband und dem VdS, dem RDS und der Stiftung Deutscher Offizier Bund über das Wiederaufleben eines gemeinsamen Ausschusses betreffen, in dem u.a. über Fragen der Traditionspflege der Streitkräfte beraten werden sollte.

Ob es dauerhaft bei einer Abgrenzung der Bundeswehr vom VdS bleibt, ist indes abzuwarten. Angesichts der personellen, persönlichen und formalisierten Beziehungen zwischen Bundeswehr und VdS dürfte eine konsequente Umsetzung der nun verkündeten Linie, zu der auch die Disziplinierung der nicht Folgsamen gehören würde, noch für Unmut in Teilen der Streitkräfte sorgen. Eine Möglichkeit besteht daher darin, dass es an der Spitze des VdS einen personellen Austausch gibt, der aus Sicht des Ministeriums sicherstellt, dass ‚Ausrutscher' wie die Beiträge von Richard Tedor, d.h. Beiträge von nazistischen Autoren, nicht mehr ins Heft kommen. Für die Veröffentlichung der nun skandalisierten Beitäge hat der Nachfolger Hoppes, Günter Pautke, die Verantwortung übernommen und für die nächste Sitzung des VdS-Bundesvorstandes seinen Rücktritt angekündigt. Gleichsam zur Demonstration der Linientreue druckte das VdS-Blatt mehrere Beiträge über die jüngste NATO-Konferenz in München ab – erst im hinteren Teil fanden sich erneut Nachdrucke aus der extrem rechten Jungen Freiheit. Daran schließlich hatte auf der Hardthöhe bisher niemand Anstoß genommen.

Einzelne Landesverbände des VdS, die – wie etwa in Schleswig-Holstein – bereits eng mit dem Kyffhäuser-Verband kooperieren, schlüpfen zudem vielleicht vollständig unter diesen weithin unverdächtigen Namen. Unlösbar bleibt aber bis auf weiteres, dass die Bundeswehr sich nicht tatsächlich von jenen an den verbrecherischen NS-Kriegen beteiligten Soldaten abgrenzen kann, die später die Bundeswehr mit aufgebaut, sie lange Zeit geprägt haben und die noch immer positive Bezugspunkte in ihrer Traditionspflege bilden. ■

»Die Mörder sind unter uns«*

Proteste gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger in Mittenwald



Im bayrischen Voralpengebiet, eingebettet zwischen Karwendel- und Wettersteingebirge, liegt die Stadt Mittenwald, die mit einem ausgeprägtem Traditionsbewusstsein auf ihrer Homepage wirbt: »Brauchtum wird in Mittenwald groß geschrieben. Anlässe dies zu erleben gibt es reichlich... Erhalt von Brauchtum, Pflege von Traditionen sind Zeugen von einer noch heilen Umwelt«. Neben Geigenbau und Trachtenpracht haben die Gebirgsjäger eine lange und ungebrochene Tradition.

Seit den 30ern ist Mittenwald Ausbildungs- und Stationierungsort der 1. Gebirgsjägerdivision. Dort wurden u.a. die Truppen ausgebildet, die als Eliteeinheit der Wehrmacht u.a. durch Finnland, die Sowjetunion, Polen, Albanien, Frankreich und Griechenland marschierten und eine Blutspur hinterließen.

Eine enge Verflechtung zwischen Zivilgesellschaft und Militär scheint den Aderlauf in diesem Ort zu bestimmen. Fast jede Familie in Mittenwald hat mindestens ein männliches Mitglied, das bei den Gebirgsjägern in Mittenwald gedient hat. Die Pflege der militaristischen Tradition der Gebirgsjäger und das Leugnen der NS-Kriegsverbrechen gehört jährlich am Pfingstfest zum Brauchtum. Seit 1958 veranstaltet der »Kameradenkreis der Gebirgstruppe« alljährlich das Pfingsttreffen in Mittenwald auf dem Hohen Brendten. Es ist die größte Soldatenfeier in Deutschland, bei der Wehrmachtsveteranen aus Deutschland und Österreich im Schulterschluß mit Soldaten der Bundeswehr am Ehrenmal stehen, jahrzehntelang pilgerten bis zu 8.000 Teilnehmer den Berghang hinauf. Das Gelände inmitten eines Bundeswehr-Übungsplatzes auf dem Hohen Brendten hat der Traditionsverband von der Bundeswehr gepachtet.

Bereits 1951, vor der offiziellen Geburtsstunde der Bundeswehr, gründeten Angehörige der Gebirgstruppen von Österreich, Südtirol und Deutschland den Traditionsverband Kameradenkreis der Gebirgstruppe (KdG), um der gefallenen Kameraden zu gedenken und die Werte und Traditionen der Gebirgsjäger zu pflegen. Es ist die Pflege soldatischer Tugenden wie Pflichterfüllung und Vaterlandsliebe, mit denen deutsche Soldaten Europa in Schutt und Asche legten. In der Deutung ihrer Taten als notwendige Kriegshandlungen nährten sie diskursiv die Reinwaschung des Vernichtungskrieges zu einem »Normalkrieg«. Der Verband, dem heute Veteranen und aktive Bundeswehrsoldaten angehören, zählt derzeit rund 6400 Mitglieder, prominentestes Mitglied ist Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU).

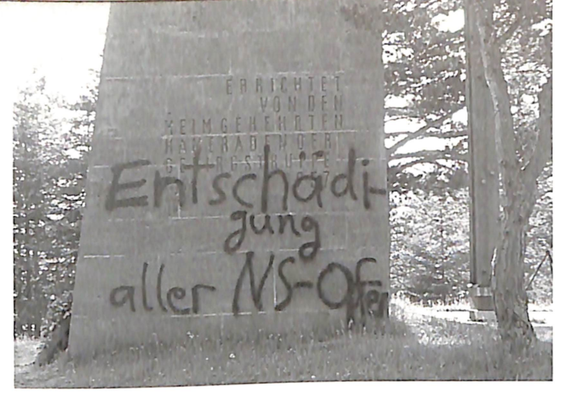
Über Jahrzehnte waren auch einschlägige NS-Verbrecher, z.B. der 1948 durch den amerikanischen Gerichtshof verurteilte Wehrmachtsgeneral Hubert Lanz Mitglied und zuletzt Ehrenvorsitzender.

Der bis kürzlich oberste Gebirgsjäger Generalmajor a.D. Rainer Jung hat den Kameradenkreis als »die Verbindung zwischen den aktiven und nichtaktiven Angehörigen der Gebirgstruppe« bezeichnet. In seiner Rede vor der Gebirgstruppe und dem Kameradenkreis im Mai 1997 beim

* »Die Mörder sind unter uns« ist der Titel eines Films, den Wolfgang Staudte 1946 bei der DEFA produzierte. Der Film erzählt von dem ungebrochenen Fortleben der NS-Täter in der Nachkriegsgesellschaft. Das Jerusalemer Simon-Wiesenthal-Zentrums hat diesen Titel als Motto über eine Kampagne gestellt, mit der sie die letzten lebenden NS-Täter verfolgen wollen. Mit einer Summe von 10.000 Euro sollen die Hinweise belohnt werden, die zur Erfassung von Nazi-Verbrechern führen.
Die diesjährigen Proteste in Mittenwald wurden ebenfalls unter diesem Motto veranstaltet

Gebirgsjägertreffen





Pfingsttreffen würdigte General Jung die Gebirgsjäger, die heute »als unsere Truppe« auf dem Balkan »an erster Stelle« ihren Auftrag erfüllen und im Zweiten Weltkrieg sich »für das Vaterland geopfert« hätten.

Auch in der Bundeswehr gehören die Gebirgsjäger zu den Elitetruppen und kommen als Bestandteil der Krisenreaktionskräfte (KRK) und des Kommandos Spezialkräfte (KSK) in Kriegseinsätzen zum Einsatz.

Die TeilnehmerInnen der Feierlichkeiten sind keineswegs Ewiggestrige. Neben den alten Veteranen ist die Bundeswehr durch individuelle und repräsentative Teilnahme anwesend, Vertreter der politischen Klasse und die Zivilbevölkerung sind anwesend. Abordnungen des Verteidigungsministeriums und eine Vielzahl von Gebirgsjägereinheiten der Bundeswehr erweisen mit Kranzniederlegungen ihre Ehrerbietung. Über die zivilen Opfer der deutschen Gebirgsjäger fällt jedoch kein einziges Wort. In diesem Jahr trafen sich, sangen und beteten die Teilnehmer der Feier auf dem Hohen Brendten unter den meterhohen Lettern »MÖRDER!« Einige Wochen zuvor waren diese Buchstaben sowie Orte, an denen die Gebirgstruppen Massaker begangen haben, an die Steinstelen des Ehrenmals geschrieben worden.

Angreifbare Traditionspflege

Nach jahrzehntelanger Ruhe wurde das Pfingsttreffen der Gebirgsjäger erstmalig 2002 gestört. Am Vorabend der großen Feier auf dem Hohen Brendten unterbrachen knapp 60 AntifaschistInnen den traditionellen Kameradschaftsabend, der jährlich in derselben Gaststätte mit Schweinsbraten und Erinnerungen begangen wird. Auf die von den AntifaschistInnen in die Gaststätte getragene Forderung, den Opfern der Gebirgsjäger zu gedenken, reagierten die ausgebildeten Kämpfer mit gezielten Kniestössen und Fausthieben, ältere Männer setzten Krückstöcke als Schlagstock ein.

Die angereisten DemonstrantInnen wurden daraufhin in einer Jugendherberge bis zum darauffolgenden Tag unter Hausarrest gestellt, umstellt und bewacht von Polizeikräften, die damit erneut ein ungestörtes Soldatenfest ermöglichten.

Nach diesem Kurzbesuch mit eingeschränkter Artikulations- und Bewegungsmöglichkeit, initiierte der AK Angreifbare Traditionspflege in Kooperation mit der VVN für das darauffolgende Jahr 2003 zweitägige Protestveranstaltungen. In einem Saal in der Innenstadt Mittenwalds wurde ein internationales Hearing veranstaltet, das über die Kriegsverbrechen der Gebirgstruppe informierte. Überlebende aus Griechenland und Italien sprachen erstmalig in Deutschland über das, was sie erleben mussten. So berichtete z.B. die 74jährige Christina Dimou aus dem griechischen Dorf Kommeno, wie Angehörige der 1. Gebirgsjägerdivision aus Mittenwald am 16. August 1944 ihre Mutter und weitere 316 DorfbewohnerInnen erschossen und die Häuser niedergebrannt hatten.

Die Berichte der ZeitzeugInnen, die die Massaker erlebt und überlebt hatten, standen und stehen als unversöhnlicher Widerspruch zu der jahrzehntelangen Traditionspflege bei der es nur Heldentaten, notwendige Kriegshandlung, aber keine Kriegsverbrechen gibt. Dieser Widerspruch wurde außerdem mit einer Demonstration durch die Gäßchen des malerischen Ortes getragen. Die Reaktionen der Mittenwalder zeigten, wie identitätsstiftend und bedeutsam der Glaube an die Reinheit und den Edelmut der Gebirgstruppe unterm Edelweiß ist und welche Erosionen die Infragestellung auslöst. Die Zivilgesellschaft begegnete den Demonstranten mit Vernichtungs- und Entsorgungsphantasien: »Die Leute, die so etwas machen, gehören entsorgt!«

Pfingstsonntag konnten die Teilnehmer der Feier am Ehrenmal auf dem Hohen Brendten, die in Uniform, Tracht oder zivil den Berg hinauf wanderten, nicht mehr wie im Vorjahr die repressiv hergestellte Stille der Berge genießen. Melodien und Texte französischer und italienischer Partisanenlieder erklangen über den Berghang. Die Forderung nach Entschädigung der Opfer der Gebirgstruppe und die Namen bekannter Kriegsverbrecher der Gebirgstruppen konfrontierten die Teilnehmer mit einer unerwünschten Realität. Während die Traditionalisten ihre Soldatenfeier mit Fahnenabordnungen und Ehrensalut auf dem Berg zelebrierten, wurde im Rahmen der Gegenveranstaltung dem Einsatzleiter der Polizei eine Liste überreicht, um die seit 60 Jahren stockende Ermittlungsarbeit zu den Kriegsverbrechern zu beschleunigen. Die Liste enthielt die Namen von 196 noch lebenden ehemaligen Gebirgsjägern, deren Einheiten an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen waren. Bis heute ist es zu keiner Verurteilung eines Gebirgsjägers durch ein deutsches Gericht gekommen. Die Ermittlungsverfahren, die in den 60ern und 70ern von den Staatsanwaltschaften geführt wurden, endeten alle mit einer Einstellung.

In diesem Jahr wurde die Diskussion um die Strafverfolgung der Täter, die Entschädigungsforderungen und das Traditionsverständnis des Kameradenkreises und der Bundeswehr bereits einige Wochen vor Pfingsten in





[1]

[1] Bei der polizeilichen Ehrenrettung der Gebirgsjäger wird auf bayerische Art etwas härter hingelangt.

das Touristenstädtchen getragen. Ein Ethnographenteam hatte Mittenwald als exemplarisches Konfliktforschungsfeld auserkoren und war in internationaler Besetzung nach Mittenwald gereist, um sich in Gesprächen mit der einheimischen Bevölkerung, ihrem Verhältnis zu den Protesten, der Traditionspflege und den Kriegsverbrechen zu nähern.

Desweiteren fanden viele Mittenwalder Haushalte eine Woche vor Pfingsten den »Mittenwalder Landboten« in ihren Briefkästen stecken. In den Zeitungsartikeln wurden die Leser über nachweisbare Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger informiert, über die Entschädigungsforderungen insbesondere von griechischen Überlebenden und über das Traditionsverständnis der Bundeswehr.

Auch dieses Jahr waren wieder Zeitzeugen aus Frankreich und Griechenland nach Mittenwald gereist, um auf dem Hearing von den Verbrechen der Gebirgsjäger zu berichten.

Dem nachmittäglichen Demonstrationszug schlug dieses Jahr nicht nur die Empörung der Mittenwalder entgegen, auch die bayerische Polizei hatte sich einen repressiveren Einsatz gegen die Benennung von Kriegsverbrechen zur Leitlinie gemacht: So wurde eine Frau festgenommen, weil sie ein Plakat angebracht haben soll, das den Kompanieführer Josef Salminger, u.a. verantwortlich für das Massaker in Kommeno, als Massenmörder bezeichnete. Was für Historiker eine unbestrittene Tatsache ist, stellte für den vor Ort anwesenden Staatsanwalt eine Verunglimpfung Verstorbener da. Dass die Beschuldigte sich im Rahmen der »Erkennungsdienstlichen Behandlung« nackt ausziehen mußte, veranschaulicht die perfiden Methoden der Repression.

Eine ad-hoc-Performance, bei der sich eine Personengruppe durch die Fußgängerzone mit Buchstabentafeln bewegte, die die Parole »Endlich weg damit« zusammensetzten, erregte die gewohnte Feindseligkeit und den Widerwillen bei der Bevölkerung, die eis- und kuchenspeisend in den Straßencafes saß. Mit der Performance hatte man in direkte Kommunikation mit der Bevölkerung treten wollen. Die Parole stand für die Forderung nach einem Ende der militaristischen Traditionsfeier, sie wurde noch verbal um die Forderungen nach Entschädigung der Opfer und Strafverfolgung der Kriegsverbrecher ergänzt. Während diese Forderungen bei der Bevölkerung nur Reaktionen von Lethargie oder Unmutsäußerungen auslösten, wurde die wenig später stattfindende polizeiliche Festnahme eines Teilnehmers der Performance mit regem Beifall bedacht.

Proteste zeigen Wirkung

Mit den Protesten der letzten drei Jahre gelang es, dass militarismus- und traditionskritische Veranstaltungen den öffentlichen Diskurs in Mittenwald bestimmten.

Der Kameradenkreis der Gebirgstruppe (KdG) wurde bei öffentlichen Stellungnahmen genötigt, neue Positionen zu beziehen und Verteidigungsstellung einzunehmen. So sprach der Präsident des KdG Ernst Coqui erstmalig in seiner Rede am Ehrenmal auch von Kriegsverbrechen der Gebirgstruppe. Zwar hängte er gleich hinten dran, dass die Partisanen die wirklichen Verbrecher seien und in einem Gespräch erklärte er, dass es im Kameradenkreis keine Kriegsverbrecher gäbe und verkündete, dass der KdG mit seinen Feiern allen Gefallenen ohne Unterschied gedenken würde. Trotzdem ist diese Verschiebung bzw. das Benennen von Kriegsverbrechen in der öffentlichen Stellungnahme ein Ausdruck dafür, dass sich der KdG aufgrund der öffentlich wirksamen Interventionen der letzten zwei Jahre unter Handlungsdruck gesetzt fühlte.

Auch die Bundeswehr, die seit Jahrzehnten Mitveranstalter ist, zeigte sich in ihren öffentlichen Stellungnahmen zurückhaltender. So hatte z.B. das Gebirgsmusikkorps, das Jahrzehnte am Ehrenmal gespielt hatte, vor dem letzten Pfingstfest eine Beteiligung zunächst abgesagt.

Desweiteren wird die diesjährige Talfahrt der TeilnehmerInnen am Ehrenmal über eine holperige kleine Straße, sozusagen ein Rückzug über eine Art Hinterausgang vom Brendten, die meisten Kameraden nicht sonderlich erfreut haben. Ebenso wenig der rapide Rückgang der TeilnehmerInnenzahl innerhalb der letzten zwei Jahre von ca. 8.000 auf 1.000.

Möglicherweise ahnt mancher Veteran, dass ihm doch noch mal sein Ruhmesblatt und seine Freiheit streitig gemacht werden könnte.

Immerhin wurden vor zweieinhalb Jahren die Ermittlungen wegen der Kriegsverbrechen auf der griechischen Insel Kephallonia von der Zentralstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Dortmund wieder aufgenommen. Auf Kephallonia waren mindestens 5.000 italienische Kriegsgefangene von der 1. Gebirgsjägerdivision aus Mittenwald ermordet worden. Zwei Verfahren seien laut Aussage des Oberstaatsanwalts Maaß abschlussreif. Wann Klage erhoben wird, hängt nun von der zuständigen Staatsanwaltschaft in München ab. ■

Antiislamismus und Islamismus

Gemeinsamkeiten und Unterschiede eines rassistischen Diskurses

Gastbeitrag

von Iman Attia

Das Bedürfnis, sich über »den Islam« zu informieren, ist in den letzten Jahren in Deutschland gestiegen. Politische, gesellschaftliche und soziale Phänomene werden zunehmend durch »die Kultur« und »die Religion« der anderen zu erklären versucht. Damit wird der eigene Anteil an diesen Phänomenen und am problematischen Verhältnis zu einander geleugnet. Die Situation der Anderen wird mit deren »Kultur« begründet, die auf Grund »des Islam« für desolate Zustände verantwortlich sei.

Iman Attia ist Erziehungswissenschaftlerin und arbeitet zur Zeit an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin in der wissenschaftlichen Begleitung/Evaluation von EU-geförderten Maßnahmen zur Demokratieförderung in den Neuen Bundesländern.

Erste These: Die Konstruktion des Islam als wesentliches Merkmal und Problem der MigrantInnen aus »islamischen« Ländern blendet die Bedeutung »westlicher Einflüsse« für die »islamische« Entwicklung und das Verhältnis der beiden zueinander aus. Dies führt zu einer TäterInnen-Entlastung auf Seiten von Mehrheitsangehörigen und zur Selbst-Ermächtigung von Minderheitenangehörigen.

Wenn – aus »westlicher« Sicht – erklärungsbedürftige Erscheinungen der anderen (Kopftuch, Geschlechterverhältnis, Politikverständnis, Terroranschläge usw.) auf dem Hintergrund ihrer kulturellen und religiösen Zugehörigkeit interpretiert werden und diese als in sich abgeschlossenes, statisches Gebilde verstanden werden, spielen »islamisch-westliche« Beziehungen keine Rolle. Indem Entwicklungen in »islamischen« Ländern oder Verhaltensweisen von MigrantInnen in westlichen Gesellschaften als »islamische« definiert werden, kann die »westliche Dominanz« diskursiv geleugnet werden und damit faktisch weiter bestehen. Verstärkt wird diese Strategie durch eine weitere: Der »Islam« wird nicht nur als Erklärungsmuster für Entwicklungen in »islamischen« Ländern herangezogen, sondern auch für das Verhältnis zum »Westen«. Indem er nun auch als Bedrohung nach außen verstanden wird, kann die eigene Aggression als Abwehr umdefiniert werden: Krieg gegen Terror, Türken bedrohen deutsche Frauen, »Nicht ohne meine Tochter«. »Der Islam« dient so der Verleugnung der eigenen Anteile an der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der anderen. Dann wird doch eine Beziehung zu sich selbst hergestellt, aber um sich als im Verhältnis zu den anderen unterlegen zu konstruieren. Mit der Einführung »des Islam« in den Diskurs ist es »dem Westen« gelungen, bestehende Machtverhältnisse zu seinen Gunsten zu festigen.

Zweite These: Die Konstruktion »des Islam« als Bedrohung versucht, die »westliche« Aggression als Abwehr umzudefinieren. Argumentativ werden Machtverhältnisse umgekehrt, Privilegien können also faktisch weiterhin ausgeschöpft werden. Der Versuch, gesellschaftliche Prozesse als »islamische« zu konstruieren, wird allerdings auch von der – je nach Sichtweise – unterentwickelten bzw. ausgebeuteten Seite aus praktiziert. Indem MigrantInnen oder »Moslems« eigene Verhaltensweisen und Einstellungen direkt aus dem Qur'an ableiten, versuchen sie, den eigenen Opferstatus zu überwinden, zumindest die Definitionsmacht über sich selbst wieder zu erlangen. Eine Kopftuch tragende Frau tut dies dann nicht, weil Männer, das Patriarchat oder die Ausgrenzung durch Mehrheitsangehörige sie dazu zwingen, sondern mit Hinweis auf den Qur'an und ihre eigene Entscheidung für das Kopftuch. Indem für das eigene Verhalten selbstbewusst kulturelle Besonderheiten beansprucht werden, wird die Auseinandersetzung über sexistische, rassistische u.a. Dominanz gemieden. Zuschreibungen und Eingrenzungen werden vorweggenommen und als eigene Entscheidung deklariert, denen mit neuen Bedeutungen versehen ihre verletzende Wirkung genommen werden soll. In derartigen Diskursen wird der Wunsch sichtbar, sich selbst als Opfer zu rehabilitieren und in die Position der Macht zu erheben. Dass gerade der Qur'an als Quelle der Selbstermächtigung gute Dienste leistet, hängt eng mit der »islamisch-westlichen« Geschichte zusammen. Für das mittelalterliche Abendland galt der Orient gerade in Bezug auf

Sexualität, das Geschlechterverhältnis, Intellektualität und Wissenschaft als vorbildlich. Und auch heute bietet sich der Rückgriff auf »den Islam« als Gegenort zum Westen an, da nach der Beendigung des »Kalten Krieges« der Platz für Gegenkonzepte zur Weltmacht frei geworden ist.

Dritte These: Sowohl die rassistische als auch die islamistische Argumentation bedienen sich der gleichen Mechanismen und argumentieren auf der gleichen Basis. Ihre Konstruktion »des Islam« ist die gleiche und verhindert eine selbstbestimmte Entwicklung, gerade weil sie gegenwärtige Phänomene als unabhängige zu begründen versucht.

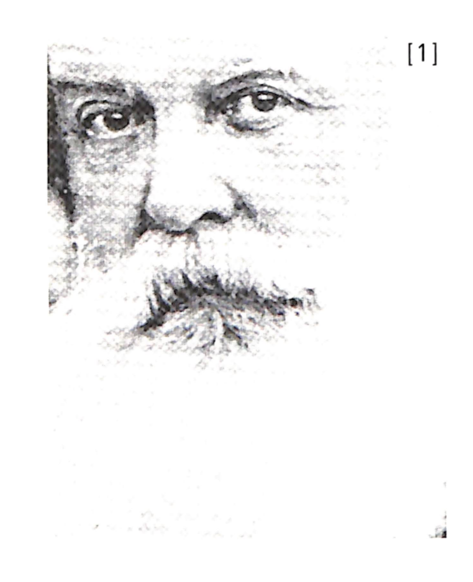
Heißt das nun, dass »der Islam« für die Situation von »Moslems« keine Rolle spielt? Das sicherlich nicht, auch Konstruktionen haben reale Folgen. Hatte »der Islam« für viele MigrantInnen keine Bedeutung oder verstanden sie sich explizit als AtheistInnen, so sind diese Haltungen so nicht mehr aufrecht zu erhalten. Auch AtheistInnen fangen wieder an, sich mit »dem Islam« zu beschäftigen, werden sie doch immer wieder mit diesbezüglichen Stereotypen konfrontiert oder als »ExpertInnen« gefragt. Sich in einem antiislamisch-rassistischen Kontext offen gegen »den Islam« zu äußern, kann missverstanden werden als Bestätigung rassistischer Konstruktionen. Werden diesen Konstruktionen allerdings differenziertere Überlegungen gegenüber gestellt, werden solche MigrantInnen dann schnell wieder zu Moslems stigmatisiert. Auch in »islamischen« Ländern selbst ist es kaum noch möglich, sich säkular zu verhalten. Der offensichtlichen Aggression von außen wird ein Bedeutungszusammenhang gegeben, der mit konkreten materiellen Hilfen verknüpft nur noch eine eigene Zuordnung zu der einen oder der anderen Seite zulässt.

Vierte These: Sowohl Kulturalisierung als auch Ausblendung von Kulturdifferenzen konstruieren den bzw. die Andere und damit auch das Selbst und reproduzieren rassistische Machtverhältnisse.

Nun bemühen sich einige »Islam-KennerInnen« tatsächlich darum, möglichst viele und differenzierte Informationen über »die Anderen«, auch über »den Islam«, zu gewinnen, um nicht in platte Dualismen zu verfallen. Sie ziehen dann nicht das eine Qur'an-Zitat heran, um damit alles zu erklären, sondern versuchen dialektisch und historisch mit Quellen umzugehen. Es bleibt aber die Frage, wozu das gut sein soll. Warum meinen aufgeklärte Mehrheitsangehörige, Andere immer wieder verstehen und einordnen zu müssen und ihnen nur dann eine Daseinsberechtigung einräumen zu können, wenn sie einverstanden sind mit deren Lebenskonzept? Auch in diesen Bemühungen kommt das Interesse nach Kontrolle der Situation zum Vorschein, die auf den Machtaspekt von Rassismus, auch antiislamischen, verweist. Jeder Rassismus beinhaltet nicht nur die Konstruktion des Anderen/des Selbst, sondern auch die Position, aus der heraus konstruiert wird. Auch wenn »Moslems« versuchen, durch die Umkehrung der Bewertung des Islam sich selbst aus der Opferposition herauszudefinieren, bleiben sie dennoch in der unterlegenen Position. Ihre Aussichten auf dem Wohnungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt vergrößern sich nicht, wenn sie statt verschämt zu versuchen, ihre Differenz zu verleugnen, sie nun stolz betonen. Allerdings kann es hilfreich sein, sich nicht als wehrloses Opfer, sondern als handelndes Subjekt zu fühlen. Auch bietet die dann neu gewonnene Schicksalsgemeinschaft jenen Rückhalt, der in der Mainstream-Gesellschaft Minderheiten verwehrt wird. Die Frage nach Identität und Zugehörigkeit ist für Ausgegrenzte keine akademische, sondern bedeutet häufig erst die Basis dafür, aus einer marginalisierten Situation heraus handlungsfähig zu bleiben. Dennoch ist die Gefahr groß, durch die darin liegende Bestätigung von Konstruktionen langfristig bestehende Machtverhältnisse zu zementieren. Während sich Minderheiten im Interesse ihres Überlebens und ihrer Rehabilitierung an der rassistischen Konstruktion beteiligen, geschieht dies bei Mehrheitsangehörigen im Interesse ihres Machterhalts. Das gilt es zu reflektieren und hieran muss antirassistische Arbeit ansetzen. ■

Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung

Die »Protokolle der Weisen von Zion«


[1]

Kaum eine antisemitische Fälschung war so erfolgreich wie »Die Protokolle der Weisen von Zion«. In diesem Machwerk wurde der angebliche Beweis für die Existenz einer jüdischen Weltverschwörung konstruiert. Das Werk wird nun seit einem Jahrhundert quer über die Welt als antisemitisches Standardwerk verbreitet. Allein zwischen den beiden Weltkriegen wurden die Protokolle in Auflagen in Millionenhöhe vertrieben. Dass mittlerweile zahlreiche WissenschaftlerInnen, Fachbücher und Gerichtsprozesse das Werk als plumpe Fälschung enttarnt haben, tut der Erfolgsgeschichte des Pamphlets keinen Abbruch. Elemente dieses Werkes finden sich noch heute in der Nazi-Szene (Kampf gegen »Z.O.G.«), in der Rede des CDU-Politikers Hohmann (Bezug auf Henry Ford) und in Teilen des Islam (Hamas Charta). Grund genug, die Geschichte dieser Fälschung zu beleuchten.

[1] Sergej Nilus verhalf den »Protokollen« 1905 zum ersten grossen Durchbruch

»Die jüdische Weltverschwörung«

Eine der ältesten Formen des Antisemitismus war der dämonologische Antisemitismus christlichen Ursprungs, der die Juden als Verschwörer im Auftrag Satans sah. Aus dieser religiösen Theorie entwickelte sich die moderne, politische Version der »Jüdischen Weltverschwörung«. Nach dieser gibt es eine geheime jüdische Regierung, die mit einem weltweiten Netz getarnter Agenturen Parteien, Regierungen, Medien und Banken kontrolliert, um letztendlich die Welt zu beherrschen. Diese jüdische Regierung handelt dabei in der Phantasie der Antisemiten nach einem geheimen und uralten Plan, der durch »Die Protokolle der Weisen von Zion« aufgedeckt werden konnte.

Die Inhalte der »Protokolle«

Die Fälschung besteht aus 24 Protokollen von angeblichen Reden eines Rabbis, die auf ca. 100 Seiten niedergeschrieben wurden. Der Inhalt ist nur schwer wiederzugeben, da die Schreibweise schwülstig, unstrukturiert, durcheinander und in sich unlogisch ist. Kernthemen der Protokolle sind v.a. die Verhöhnung des Liberalismus, verschiedene Methoden zur Erlangung der Weltherrschaft und die Beschreibung des zukünftigen jüdischen Weltstaates. Die Aussage lautet in etwa: Der Liberalismus soll ins Chaos führen und nur ein Despot kann dann noch die Welt retten und diesen bestimmen natürlich die Weisen von Zion. Um dies zu erreichen, sollen Juden z.B. als Hauslehrer und Gouvernanten getarnt christliche Familien zu Atheismus und Lastern anstacheln. Auch Prostitution und Trinksucht soll hierfür gefördert werden. Für den Fall, dass der Plan auffliegt, sollen Untergrundbahnen gebaut werden, mittels derer dann ganze Hauptstädte gesprengt werden können.

Den Text durchziehen elementare Widersprüche. So halten die »Weisen«

die Macht an einer Stelle bereits in den Händen, an einer anderen dauert es noch ein Jahrhundert. Mal fürchten sich die Regierungen vor den »Weisen«, mal kennen sie ihre Existenz überhaupt nicht. Einige politische Bezüge in den Protokollen deuten auf die politische Lage Frankreichs am Ende des 18. Jahrhunderts hin.





Wie sich die Bilder gleichen – Ausgaben der »Protokolle« aus verschiedenen Ländern

Die Entstehung der »Protokolle«:

Die Entstehung der Protokolle steht mittlerweile eindeutig fest: Die zaristische Geheimpolizei »Ochrana«[1] war verantwortlich für die ursprüngliche Fälschung der »Protokolle«. Die Zentrale des Ochrana-Auslandsdienstes saß zu dieser Zeit (1894 bis 1899) in Paris und ihre vorrangige Aufgabe war die Bekämpfung russischer Revolutionäre im Exil. Die »Protokolle« wurden auf Anweisung von dem Ochrana-Auslandschef Pjotr Iwanowitsch Ratschkowski gefälscht. Dieser war bekannt für politische Intrigen wie falsche revolutionäre Bombenattentate und gefälschte Dokumente. Die Motive der Ochrana und Ratschkowskis waren hierbei recht vielschichtig. Zum einen sollte die politische Opposition gegen die russische Autokratie und die revolutionären Strömungen als das Werk einer jüdischen Weltverschwörung entpolitisiert und diskreditiert werden. Vor allem der anfangs eher liberale Zar Nikolaus II sollte dementsprechend beeinflusst werden. Auch der Förderung eines Polizeibündnis, später Militärbündnis, zwischen Russland und Frankreich sollte durch die Fälschung nachgeholfen werden. Mittels der Protokolle konnte zudem Einfluss auf politische Machtkämpfe am Zarenhof genommen werden, indem unliebsamen Personen unterstellt wurde, Agenten der »Weisen« zu sein. Finanzminister Sergej Witte wurde auf diese Weise durch die »Protokolle« als ein Werkzeug in den Händen der »Weisen« dargestellt.

Die Quellen der »Protokolle«:

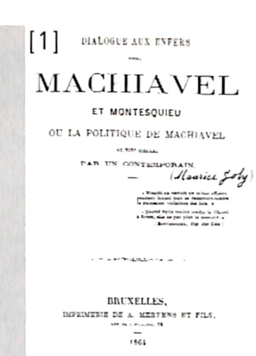
Die gefälschten Protokolle sind im Kern nur ein Plagiat des Buches »Dialogue aux Enfans entre Montesquieu et Machiavel«. Dieses wurde 1864 von dem französischen Rechtsanwalt Maurice Joly als verschleierte Kritik an dem Despotismus von Napoleon III herausgegeben.

Da offene Kritik an Napoleon III verboten war, ersann er 25 fiktive Dialoge zwischen den Herren Montesquieu und Machiavelli.[2] Montesquieu vertritt hierbei den Liberalismus und Machiavelli einen zynischen Despotismus. Das Buch wurde trotz der stilistischen Verschleierung umgehend verboten und Joly zu einer Haftstrafe verurteilt. Die 24 Kapitel der »Protokolle« entsprechen in etwa den 25 Kapiteln des »Dialogue«. Über 160 Stellen der »Protokolle« (ca. 2/5) wurden direkt von Joly abgeschrieben. In neun Kapiteln der »Protokolle« ist mehr als die Hälfte von Joly entlehnt. Das Kapitel VIII der »Protokolle« wurde fast komplett bei Joly entnommen. Dreisterweise enthält das Exemplar von Jolys Buch in der Bibliotheque National sogar noch Anstreichungen, die mit den Fälschungen in den »Protokollen« übereinstimmen. Eine weitere Quelle, die Einfluss auf die Protokolle hatte, ist der Roman »Biarritz«. Diesen veröffentlichte Hermann Goedsche 1868 unter dem Pseudonym Sir John Retcliffe. Goedsche war bereits wegen einer Brieffälschung aus der preußischen Post geflogen. Er wollte einem demokratischen Politiker einen geplanten Königsmord anhängen. In dem Kapitel »Auf dem Judenfriedhof in Prag«[3] beschreibt er eine schaurige Szene: Nachts versammeln sich an dem Grab eines Rabbis die Stammeshäupter der 12 Stämme Israels. Sie berichten über ihre Bemühungen, die Weltherrschaft zu erobern. Dieses Kapitel wurde u.a. in Russland, in Odessa, in Prag und in Frankreich nachgedruckt und verbreitet. Der Werdegang solcher Erzeugnisse vom Roman zum »Dokument« soll hier bei-

1| Geheimpolizei im zaristischen Russland
2| The Times, 16., 17., 18. August 1921
3| Sir John Retcliffe (Pseudonym von Hermann Goedsche), Biarritz. Erste Abtheilung: Gaeta-Warschau-Düppel, Bd. I, Berlin 1868, S. 141 bis 193.

[1] Hier bedienten sich die Fälscher großzügig – Ausgabe der »Dialoque aux Enfans entre Montesquieu et Machiavel«

[2] Ratschkowski – er gehörte zur militanten antisemitischen Organisation »Bund des Russischen Volkes«


[1]

DIALOGUE AUX ENFERS

MACHIAVEL

ET MONTESQUIEU

OU LA POLITIQUE DE MACHIAVEL

PAR UN CONTEMPORAIN.

(Maurice Joly)

BRUXELLES,

IMPRIMERIE DE A. MERTENS ET FILS.

1864


[2]

spielhaft grob nachgezeichnet werden. Im Jahr 1881 verbürgte sich die französische Zeitung »Le Comtemporain« für die Echtheit der Geschichte. Ein »englischer Diplomat« namens John Readclif war ihr Zeuge.[4] 1896 wurde die Geschichte in »Le Juifs, no contemporains« veröffentlicht. Im Vorwort wurde dieses Mal gar ein »Großrabbiner John Readclif« als Quelle genannt. 1933 wurde dieser zum heldenhaften Antisemiten. In Schweden wurde die Geschichte mit der traurigen Vorbemerkung veröffentlicht, der aufrechte John Readclif hätte die Enthüllung des jüdischen Komplotts mit seinem Leben bezahlt. In Nazi-Deutschland wurde schließlich publiziert, dass »der große Seher und Warner« Goedsche von dem jüdischen Sozialisten Lassalle selbst zum Prager Friedhof geführt wurde und die Rede des Rabbis mit eigenen Ohren gehört hat.

Die »Protokolle« in der Öffentlichkeit

1903 wurden die »Protokolle« erstmals in der antisemitischen russischen Zeitung »Snamaja« (Das Banner) veröffentlicht.[5] Der Herausgeber Kruschewan stiftete wenige Monate vor der Erstveröffentlichung in Bessarabien ein antisemitisches Pogrom an. Er berief sich bei der Veröffentlichung auf die Übersetzung eines französischen Dokumentes mit dem Titel »Sitzungsberichte des Weltbundes der Freimaurer und Weisen von Zion«. Die antikommunistische, antiliberale und antisemitische russische Organisation »Bund des Russischen Volkes«, bekannt als »Schwarzhunderter«[6], veröffentlichten 1906 eine Version unter dem Titel: »Die Feinde des Menschengeschlechts - Protokolle aus den Geheimarchiven der Zentralkanzlei von Zion«. Doch erst der mystische Schriftsteller Sergej Nilus brachte den »Protokollen« den ersten Durchbruch. Er veröffentlichte 1905 die Protokolle in der dritten Auflage seines Buches »Das Große im Kleinen – Der Antichrist als nahe politische Möglichkeit«. In allen Kirchen Moskaus wurden daraufhin Zitate aus Nilus Protokollen in den Predigten verlesen. Nilus war ein überzeugter Antirationalist. Er sah überall die Ankunft des Antichristen, so in der Demokratie und in der Wissenschaft.

Die verschiedenen Versionen der »Protokolle«

Dass etwas mit den »Protokollen« nicht stimmen kann, fällt allein jedem auf, der die diversen Varianten vergleicht. Zwischen den meisten Herausgebern der Protokolle bestehen keine Übereinstimmungen, was die Quellen der »Protokolle« angeht. In der Version der russischen Zeitung »Smanja« stammen die Protokolle laut dem Übersetzer aus einer »Zentralkanzlei von Zion in Frankreich«. Wie und wo die Kopien entstanden, war in der Redaktion der Zeitung derweil jedoch unbekannt.[7] In der späteren Version »Die Feinde des Menschengeschlechts« wird berichtet, die Protokolle seien »mit großer Mühe in Form einzelner Seiten« aus dem »Zentralarchiv der Zentralkanzlei von Zion herausgeholt« worden[8].

Nilus hingegen erklärt in einer Vorbemerkung seines Buches, die Protokolle seien »einem der einflussreichsten und höchstgestellten Führer der Freimaurerei nach einer geheimen Sitzung der ‚Eingeweihten' in Frankreich, dieser Brutstätte der Freimaurer-Verschwörung, von einer Frau entwendet worden.«[9] In einer Anmerkung desselben Buches heißt es: »Diese ‚Protokolle' wurden einem ganzen Buch von ‚Protokollen' entnommen. Alles dies wurde von meinem Korrespondenten aus dem Geheimarchiv der Zentralkanzlei von Zion beschafft, die sich gegenwärtig in Frankreich befindet.« Später behauptet Nilus, die Protokolle seien: »(...) ein Plan, der von den Führern des jüdischen Volkes während der vielen Jahrhunderte seiner Zerstreuung ausgearbeitet und schließlich dem Rate der Ältesten durch den Fürsten des Exils, Theodor Herzl, unterbreitet wurde, in der Zeit des ersten Zionistenkongresses, den er nach Basel im August 1897 einberufen hatte«[10] In der ersten deutschen Version der »Protokolle« wird berichtet, die jüdische Regierung hätte einen Späher zum Zionistenkongress nach Basel geschickt. Dieser bestach einen Boten der Frankfurter »Judenloge« und ließ die Protokolle in einer Nacht abschreiben. Eine andere deutsche Version der »Protokolle« behauptete, die »Protokolle« seien von der russischen Polizei in einem jüdischen Haus beschlagnahmt worden. Diese Aufzählung von Widersprüchen zwischen den verschiedenen Fälschungen ließe sich beliebig fortsetzen.

Die politische Wirkung der »Protokolle«

Bereits zwischen 1903 und 1907 dienten die »Protokolle« in Russland zur Vorbereitung und Anstiftung von antisemitischen Pogromen. Sie waren Teil der Propaganda des »Bund des

4| Die Ähnlichkeit zwischen John Readclif und John Retcliffe ist offenbar. Der Text wurde als Teil eines Werkes namens »Annals of the Political and Historical Events of the Last Ten Years.« bezeichnet.

5| »Programm für die Welteroberung durch die Juden«, Snamja, 26. August bis 7. September 1903, St. Petersburg

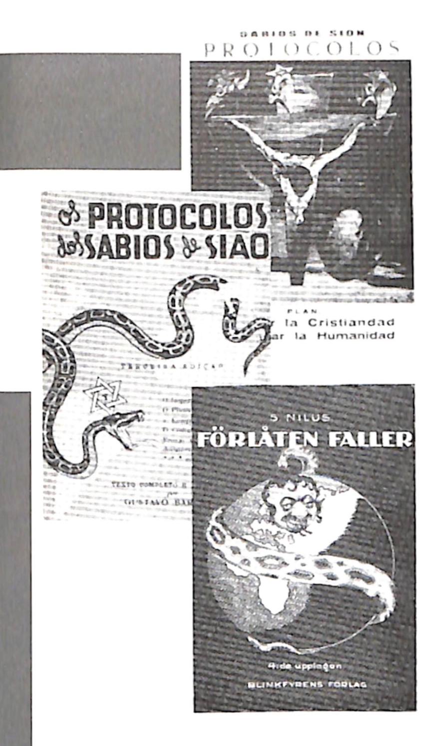
6| Diese Gruppe bestand aus bewaffneten Banden, die Liberale ermordeten und Judenpogrome durchführte. Hier waren u.a. Ratschkowski und Kruschewan aktiv.

7| Snamja, St. Petersburg, 26. August 1903

8| Mgr. Jouin, »Le Peril judeo-macconique«, Bd IV: Les »Protocoles« de 1901 de G. Butmi, Paris 1922, Seite 4

9| S. Nilus, »Velikoe v Malom«, Zarskoje Selo 1905, S. 394

10| S. Nilus, »Bliz est', pri dverech«, 1917, Seite 88.



Die Protokolle der Weisen von Zion erschienen international

Russischen Volkes« gegen den Liberalismus als ein jüdisches Komplott. Als Zar Nikolaus II seine Beeindruckung durch die »Protokolle« äußerte, ordnete der Innenminister eine gründliche Untersuchung an, die sie als Fälschung enttarnte. Zar Nikolaus II entschied daraufhin: »Lasst die Protokolle fallen. Eine reine Sache darf man nicht mit schmutzigen Methoden verteidigen.«[11] Trotzdem galten die »Protokolle« als Pflichtlektüre in der »Weißen Armee«. Ehemalige zaristische Funktionäre waren treibende Kraft bei der internationalen Verbreitung der Protokolle. Britische Zeitungen wie die Times, die Morning Post und der Spectator widmeten den Protokollen 1920 lange unkritische Leitartikel. 1921 wies die Times zwar eindeutig nach, dass die Protokolle eine Fälschung sind. Trotzdem ging die Verbreitung der Protokolle weiter. In den USA bewarb und verbreitete 1920 der Autohersteller Henry Ford die Protokolle in seiner Zeitung »The Dearbon Independent« in Form einer Serie. Diese brachte er später als Buch »The international Jew: the world's formest problem« heraus. In dieser Variante finden sich amerikanische Einlagen und Änderungen. Hitler war begeistert und erklärte 1923 zur Präsidentschaftskandidatur Fords : »Ich wünschte, ich könnte einige meiner SA-Männer nach Chicago und in andere amerikanische Großstädte schicken, um bei den Wahlen zu helfen (...) Wir haben gerade seine antijüdischen Artikel übersetzen und veröffentlichen lassen. Das Buch wird in Millionen Exemplaren in ganz Deutschland verbreitet.«[12]

Die »Protokolle« in Deutschland:

Auch in Deutschland blieben die Protokolle nicht ohne Wirkung. Der »Protokolle«-Propagandist Schabelski-Borg stürmte 1922 mit Gesinnungsgenossen eine Solidaritätskundgebung für das hungernde Russland in Berlin und schoss aufs Präsidium. Er sah in dem Vorsitzenden Pawel Miljukow von den Konstitutionellen Demokraten einen Agenten der »Weisen von Zion«.

Im Juni 1922 ermordeten deutsche Rechtsextremisten den Reichsaußenminister Walther Rathenau. In einer Wirtschafts-Kritik hatte Walther Rathenau die erbliche Oligarchie beklagt: »Dreihundert Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten die wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents und suchen sich die Nachfolger aus ihrer Umgebung.«[13] Für Antisemiten war Rathenau damit ein Mitglied der »Weisen von Zion«. Der Mittäter Ernst Techows brachte vor Gericht Rathenau mit den »Weisen« in Verbindung. Auch der Gerichtspräsident hob in seiner Urteilsverkündung die Bedeutung der »gemeinen Schmähschrift« bei diesem Mord hervor. Im NS-Staat wurden die »Protokolle« obligatorisches Lehrmaterial an den Schulen. Das Zusammentreffen von den »Protokollen« und völkischer Ideologie schuf hierbei apokalyptische Visionen. Hitler berief sich in »Mein Kampf« und in seinen Reden direkt auf die Protokolle. Hannah Arendt stellte später gar die These auf: «Die Nazis begannen mit der ideologischen Fiktion einer Weltverschwörung und organisierten sich mehr oder weniger bewusst nach dem Modell der fiktiven Geheimgesellschaft der Weisen von Zion.«[14]

Die Protokolle nach 1945

Doch mit der militärischen Niederlage Nazi-Deutschlands war die Geschichte der »Protokolle« noch lange nicht vorüber. Vor allem im Nahen Osten ging ihre Verbreitung weiter. Der ägyptische Präsident Nasser berief sich schon wenige Jahre später für seinen Kampf gegen Israel öffentlich auf die »Protokolle«. 1984 druckte die Zeitschrift der iranischen Botschaft in London »Imam« Auszüge der »Protokolle« als Serie ab. Die halboffizielle ägyptische Zeitschrift »Oktober« druckte 1993 lange Auszüge der »Protokolle« in Verbindung mit Hitler-Zitaten ab. Zusätzlich wurde behauptet die Juden brächten Kaugummi ins Land, mit dem sie arabische Frauen zur Hemmungslosigkeit verführen wollten. Die »Protokolle« brachten es bis in die Charta der terroristischen Hamas, des palästinensischen Zweiges der Muslimbruderschaft. In Artikel 23 der Hamas-Charta wird ausgeführt: »Ihr Komplott wurde in den Protokollen der Weisen von Zion niedergelegt: Ihr derzeitiges Verhalten ist der beste Beweis für das, was dort gesagt wurde.«

Fazit

Dass eine Schrift, die ursprünglich auch als Beweis eines jüdischen Komplotts gegen das Christentum zusammengezimmert wurde, nun als Beweis für eine anti-moslemische Verschwörung taugt, macht den funktionalen Charakter der »Protokolle« deutlich. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung dient als Rechtfertigung für antisemitische Gewalt bis hin zur gezielten Vernichtung. ■

11| Siehe: »Protocoly Sionskich Mudrecov«, Paris 1938, Seite 105 und 106.
12| Chicago Tribune, zitiert in J.R. Carlson, »Under Cover«, New York 1943, S. 210
13| Neue Freie Presse, 25.12.1902, Wien
14| Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt 1955, S. 601



Gewerkschaften und illegal Beschäftigte

Ein Beitrag der GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus

Es ist davon auszugehen, dass die deutsche Volkswirtschaft ohne illegalisierte ArbeiterInnen nicht mehr funktionieren würde. Großprojekte im Baubereich sind ohne illegale Beschäftigung kaum noch denkbar, Billiglöhne sind in die Preise einkalkuliert. Das ist nicht nur zunehmend in anderen Branchen in Deutschland ebenso, sondern darüber hinaus eine Entwicklung, die alle Industriestaaten erfasst hat. Der Staat hat nur ein begrenztes Interesse, diesen informellen Sektor mit ungeschützten und schlechtbezahlten Jobs einzudämmen. Erkennbar ist das schon allein an den denkbar geringen Strafen für die Unternehmer, die illegale Leiharbeit betreiben. Die Leidtragenden der Razzien sind vor allem die Menschen, die in den Abschiebeknästen landen.

Diese Entwicklung stellt die Gewerkschaften vor neue Herausforderungen, die mit althergebrachten Mitteln nicht zu lösen sind. Die Gewerkschaften werden nicht umhinkommen, verstärkt mit Flüchtlingsinitiativen, Migranten-Organisationen und anderen NGO's zusammenarbeiten, wenn sie dieser Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur hinterherlaufen wollen. Solange sich der Umgang mit illegaler Beschäftigung in der Forderung nach vermehrten Razzien erschöpft, hat man schon verloren.

Auf dem ver.di-Bundeskongress im Oktober 2003 haben unter dem Namen »Gesellschaft für Legalisierung« zusammengeschlossene Gruppen die Notwendigkeit angemahnt, dass sich die Gewerkschaft für die Belange der illegalisierten Menschen öffnen und zur solidarischen Interessensvertretung aller Beschäftigten kommen sollte. Um der Situation von zunehmend irregulären Arbeitsverhältnissen zu begegnen, muss sich die gewerkschaftliche Arbeit ändern. Empfehlungen wurden dem Bundeskongress gleich mitgegeben. ver.di sollte:

- offensiv ArbeiterInnen in irregulären Arbeitsverhältnissen ansprechen und sich bemühen, Vorurteile gegen die Gewerkschaften abzubauen.
- Arbeitsrechte und soziale Mindeststandards für illegalisierte Menschen offensiv in Politik und Gesellschaft sowie der gewerkschaftseigenen Bildungsarbeit vertreten.
- vor allem für die Bereiche Haus- und Pflegearbeit sowie Sexarbeit neue Formen der Interessensdurchsetzung im Arbeitskampf gegen vorherrschende untertarifliche Bezahlung, Lohnraub und gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen entwickeln.

Arbeitsrechte gelten für alle Beschäftigten. MigrantInnen ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis können diese Rechte nur schwer durchsetzen und müssen deshalb oft schlechte Arbeitsbedingungen hinnehmen. Sie brauchen deshalb die besondere Aufmerksamkeit der Gewerkschaft. Eine Aufgabe, der auch ver.di bislang kaum nachkommt, trotz immer wieder in Verlautbarungen und Veröffentlichungen geäußerten Solidaritätsbekenntnissen. Die Erkenntnis, dass die Konkurrenz unter arbei-

tenden Menschen, die durch die Ausländergesetzgebung verschärft wird, letztlich Lohn- und Sozialdumping für alle bringt, hat bislang nicht dazu geführt, dass ver.di sich der besonderen Situation papierloser MigrantInnen stellt und aktiv um ihre Mitgliedschaft wirbt. Denn Arbeitsrechte sind nur so lange etwas wert, so lange sie für alle gelten – uneingeschränkt.

Die Gewerkschaft IG BAU muss heute heftige Abwehrkämpfe gegen Lohndumping und für die Sicherung von tariflichen Standards führen. Sie richtet sich dabei besonders gegen die kriminellen Machenschaften illegaler Arbeitsvermittler, von Bau- und Subunternehmen, die mit Dumpinglöhnen jegliche tarifliche Standards aushöhlen.

Die Forderung nach verschärften Kontrollen und polizeilichen Maßnahmen begründet die IG BAU damit, dass sich gerade innerhalb der Bau-Branche mafiaähnliche Strukturen entwickelt haben, die einen »modernen europaweiten Sklavenhandel« betreiben. Es geht ihr dabei nicht nur um Dumpinglöhne und extreme Ausbeutung der Arbeiter, sondern vor allem um die Hinterziehung von Steuern und Sozialabgaben. Die IG BAU möchte erreichen, dass mit verschärften Kontrollen durch Arbeitsämter, Zollbehörden und Polizei die illegalen Praktiken auf dem Bau unterbunden werden. Die IG BAU orientiert sich aber zu wenig an den Menschen, die auf den Baustellen zu Dumpinglöhnen arbeiten müssen und oft um ihren Lohn betrogen werden. Die Praxis der IG BAU, Razzien auf den Baustellen zu veranlassen, um der illegalen Machenschaften Herr zu werden, trifft meistens die Falschen. (Oft schon wurden Arbeiter, die ohne Aufenthaltserlaubnis auf Baustellen angetroffen wurden, festgenommen und abgeschoben. Die Baufirma hat so noch den Lohn eingespart.) Besonders wenn die ausgebeuteten Bauarbeiter keinen legalen Aufenthaltsstatus haben, werden sie zu Opfern dieser Kontrollen. Die IG BAU sollte stattdessen den ArbeiterInnen ohne Aufenthaltsstatus rechtliche Beratung und Vertretung vor den Arbeitsgerichten geben.

In der Regel wenden sich die Betroffenen auch nicht an die Baugewerkschaft. Die Gewerkschaft wird als halbstaatliche Instanz, als Behörde wahrgenommen, zu der sie kein Vertrauen haben. Zu stark ist ihre Fixierung auf staatliche Regulierung.

Ein Sekretär der Berliner IG BAU sieht große Schwierigkeiten, den Kollegen im Bauwagen die Situation von illegalen MigrantInnen zu vermitteln. Mit solcherart Kampagnenarbeit sei die IG BAU derzeit überfordert. Eine Zusammenarbeit mit antirassistischen Gruppen müsse mit dem Bundesvorstand geklärt werden.

Auch die NGG muss sich zunehmend mit dem Problem Lohndumping und illegale Beschäftigung auseinandersetzen. Vor allem auf Schlachthöfen ist die Situation so, dass die Gewerkschaft inzwischen von »moderner Lohnsklaverei« spricht.

Ende 2001 hatten Kollegen in Rumänien als Schlachthofarbeiter angeheuert. In Deutschland angekommen, mussten sie 10-14 Stunden täglich arbeiten, Urlaub gab es gar nicht, und sie erhielten immer nur statt der vertraglich zugesicherten Löhne von 1200 bis 1300 Euro mal 700, mal 900 Euro im Monat. Sie wurden gezwungen, Blankoquittungen über die ausgezahlten Löhne zu unterschreiben. Gleich nach der Ankunft in Deutschland wurden ihnen ihre Pässe und Visa abgenommen. Ihre Arbeitsverträge liefen bis zum Januar 2003. Da zu diesem Zeitpunkt noch die Löhne von November und Dezember ausstanden, entschlossen sich die Kollegen zum Streik. Die Antwort des Firmenvertreters bestand in der Androhung, er werde sie allesamt rausprügeln und mit dem Bus nach Hause verfrachten.

Die Kollegen sind inzwischen wieder in Rumänien. Von dort aus versuchen drei der ehemaligen Arbeiter mit Hilfe der NGG ihren ausstehenden Lohn in Höhe von 15.000 Euro einzuklagen. In der zuständigen Gewerkschaft NGG setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass diesen Zuständen nur gemeinsam mit den Betroffenen, zumeist illegalisierten Kollegen beizukommen ist.

Der Vorsitzende der NGG, Franz-Josef Möllenberg sagte in diesem Zusammenhang: »Natürlich finden wir, dass Schwarzarbeit geächtet werden muss, aber an erster Stelle müssen diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die Leute ohne Rechte und ohne soziale Absicherung beschäftigen, und auch diejenigen, die Schwarzarbeit zulassen. Denn rumänische Kollegen, die beispielsweise in Schlachthöfen unter unerträglichen Bedingungen arbeiten, sind Opfer. Sie kommen aus einer Notsituation heraus hierher und werden missbraucht und ausgebeutet. Das sind nicht diejenigen, die wir anprangern.«

Dennoch tut sich auch die NGG noch sehr schwer im Umgang mit illegal und ungeschützt Beschäftigten. Das Bewusstsein, dass die Gewerkschaften auf die Illegalen zugehen und sie in irgend einer Form organisieren muss, ist nicht besonders ausgeprägt. ■



[1]

[1] Mitglieder der »Gesellschaft für Legalisierung« begrüßten die Deligierten des ver.di Bundeskongesses im Oktober 2003. Aus etwa fünf Dutzend großen Reise-Plastiktaschen tönten abwechselnd Rhythmen und Berichte von illegalisierten Menschen über alltägliche Diskriminierungen. Die Taschen dienten als Symbole der »Papierlosen«.

AntifaschistInnen unter Druck

Brandanschlag auf Antifa-Büro

In der Nacht zum 7. Mai 2004 wurde das Büro der Gruppe Ludia proti rasizmu (People Against Racism) angegriffen und in Brand gesetzt. Ein Raum brannte total aus. Nur weil ein Kollege zu der Zeit im Büro war, konnte das Feuer früh genug gestoppt werden und breitete sich nicht in die anderen Räume aus. Das war nach Einschätzung der Gruppe kein Unfall, sondern ein geplanter Brandanschlag: Eine Flasche mit brennbarer Flüssigkeit sowie abgebrannte Streichhölzer wurden in der Nähe des Fensters gefunden. Die Antifaschisten vermuten, daß die Angreifer Neonazis waren. Hierfür sprechen mehrere Gründe. Der 8. Mai ist Staatsfeiertag, der Tag des Sieges über den Faschismus. Jedes Jahr organisieren sie dazu ein antifaschistisches Happening. Drei ihrer Mitstreiter wurden in der Woche zuvor angegriffen, als sie dabei waren, Plakate für diese Feierlichkeit zu kleben. Ein weiterer Grund ist die Tatsache, dass die Organisation besonders aktiv im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus bzw. Neonazismus in der Slowakei ist. Sie haben dutzende Verfahren gegen Neonazis initiiert, haben Opfern rassistischer Übergriffe rechtliche Hilfe angeboten und Bildungsarbeit über die Gefahr von Neonazigruppen geleistet. Auch haben sie recht erfolgreich die Polizei dazu gebracht, ihren Umgang mit Neonazis zu verändern. Es gab in den letzten zwei Jahren keine Konzerte mehr, keine großen Versammlungen oder Demonstrationen. Alle wichtigen Musikbands werden verfolgt, viele Anführer sitzen im Gefängnis und warten auf ihre Prozesse in Untersuchungshaft. Dieser Angriff hat das Büro der Antifaschisten ernsthaft zerstört und der Schaden ist mangels Versicherung recht hoch. Drei Computer, ein Kopierer, eine Telefonanlage, ein Scanner und Möbel sind komplett zerstört.

Daher bitten sie um Hilfe, um ihre Organisation wieder aufzubauen – sie benötigen Ausrüstung und Finanzierung für die Wiederaufbauarbeit und wären für jede Art von Hilfe dankbar.

Account: Ludia proti rasizmu
Bank: Vseobecna uverova Banka
Bank-Adress: Mlynske nivy 1, 82990 Bratilava 25
Account-No: 1726183453/0200
BIC: SUBASKBX
IBAN: SK31 0200 0000 0017 2618 3453

Der Artikel wurde uns von Ludia proti rasizmu (People Against Racism) aus der Slowakei zur Verfügung gestellt.

→ Ludia proti rasizmu
Ludia proti rasizmu
(People Against Racism)
P.O.Box 33,
Bratislava 820 04
Republik Slowakei
info@rasizmus.sk
www.raszismus.sk

Antifaschist in Haft

Die Kampagne »Free Mario« setzt sich für den jugendlichen Roma und antifaschistischen Aktivisten Mario Bango aus Bratislava ein. Der 21jährige sitzt seit über drei Jahren im Gefängnis, weil er im März 2001 seinen Bruder gegen einen neonazistischen Angriff verteidigt hat. Am 10. März 2001 waren Mario, sein Bruder und seine Mutter mit einem Bus auf dem Weg nach Bratislava, als sie von dem »stadtbekannten Nazi-Skinhead« Branislaw Slamka angegriffen worden. Es kam zu einer Auseinandersetzung, bei der der Angreifer schwer verletzt wurde. Die Familie hat selbst die Polizei gerufen und auf ihre Ankunft gewartet, während der Angreifer in ein Hospital gebracht wurde. Mario Bango wurde unverzüglich inhaftiert und saß bis zu seinem Prozess in Untersuchungshaft. Der Angreifer verstarb am 1. April 2001 an den Folgen seiner Verletzungen. In einigen Medien war von einem »ehrenhaften Jungen« die Rede, der gegen Roma-Taschendiebe vorging. Das slowakische Parlament hielt auf Antrag eines konservativ-nationalistischen HZDS-Abgeordneten eine Schweigeminute für den Toten ab. Im November 2003 wurde er wegen »versuchten Mordes« zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Die Angehörigen von Branislaw Slamka wurden juristisch von Robert Fico vertreten, dem Vorsitzenden der rechtspopulistischen Partei SMER.

Mario Bango ist politischer Aktivist und Antifaschist, er war an der Organisation eines Marsches der Jugend gegen Faschismus in Bratislava und Protesten gegen den IWF-Gipfel in Prag beteiligt. Er hat auch die slowakische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bei ihren politischen Kämpfen und Demonstrationen unterstützt. Aus diesem Spektrum wird auch die Kampagne »Free Mario« getragen. ■

http://people.freenet.de/freemario
FreeMario@freenet.de

Mario Solidaritätsfond
Bank Austria
Konto: 502-009932/00
Bankcode: 12000

Mario Bango, nar. 8.6.1982
Ústav na vykon väzby
priecinok 1077
812 29 Bratislava
Slovensko/Slovakia

Interview mit »Ludia proti rasizmu« – Bratislava



Alle Bilder zeigen das Büro der Gruppe Ludia proti rasizmu nach dem Brandanschlag.

Was war Eurer Meinung nach der Auslöser für den Angriff auf Euer Büro in Bratislava? Wie haben die Behörden und die Öffentlichkeit auf den Übergriff reagiert? Habt Ihr irgendwelche Informationen über die möglichen Täter?

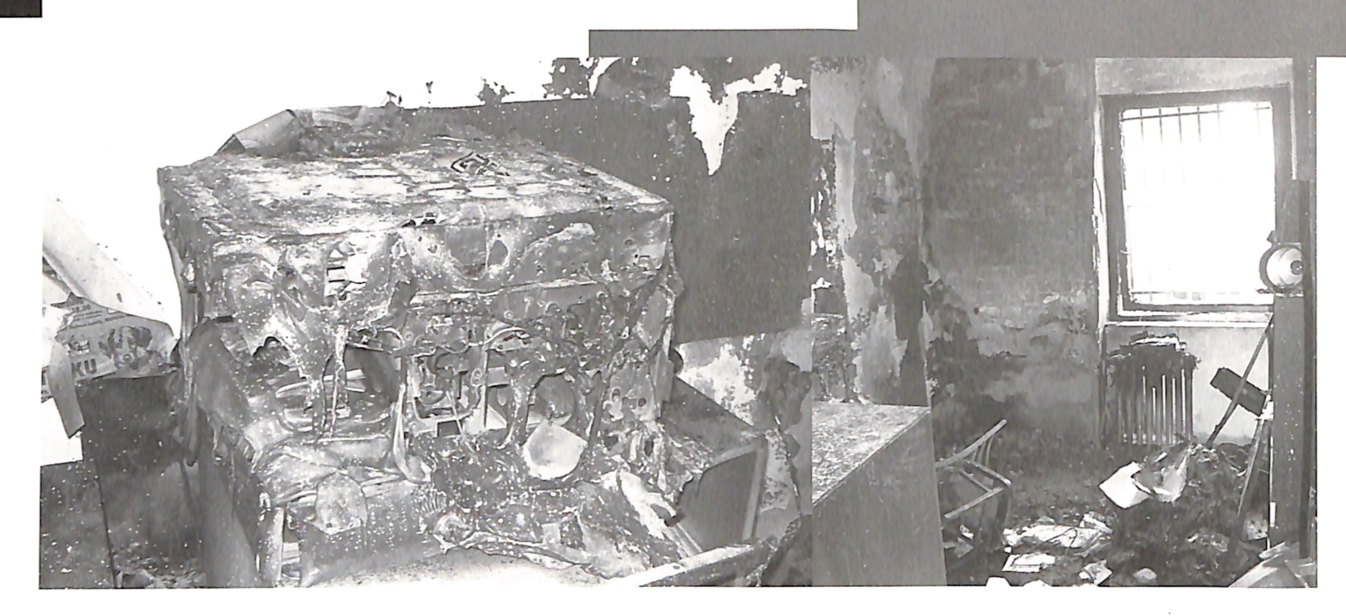
Ich beginne mal von hinten. Es ist ziemlich offensichtlich, woher die Attacke kam – von Seiten der Neonazis oder ihrer rechtsextremen Unterstützer. Die slowakischen Neonazis könnten mehrere Gründe dafür haben, unsere Organisation anzugreifen. Ganz allgemein gesagt, machen wir ihnen das Leben ziemlich schwer – ich würde sagen, dass sie ziemlich in den Untergrund abgedrängt wurden. Sie konnten keine groß angelegten öffentlichen Aktivitäten mehr entfalten, so wie sie es lange Zeit gewohnt waren, sie konnten keine Nazi-Symbole mehr tragen, ohne von der Polizei verfolgt zu werden. Viele von ihren Anführern sitzen im Gefängnis und Vertriebsbeziehungen wurden aufgelöst und zerstört. Die meisten dieser Dinge sind aufgrund unserer Tätigkeiten passiert und wegen unseres Drucks auf die Polizeibehörde, die Gesetze, die gegen solche Aktivitäten und Bewegungen existieren, auch anzuwenden.

Dennoch ist es für mich sehr überraschend, dass sie uns gerade jetzt angegriffen haben. Wir haben schon lange erwartet, dass so etwas passieren würde, aber nichts ist jemals passiert. Warum gerade jetzt? Das ist mir immer noch nicht richtig klar. Vielleicht hängt es mit einer neuen Generation von Neonazis zusammen oder mit der Gründung von besser organisierten und koordinierten Gruppen in jüngster Zeit. Wir haben viele unterstützende und ermutigende Botschaften bekommen nach dem Überfall und das hat uns sehr geholfen, den ersten Schock zu überwinden. Die Behörden sind zu meiner großen Überraschung mehr oder weniger ruhig geblieben; es gab keine öffentliche Verurteilung des Angriffs von Seiten staatlicher Behörden. Die Slowakei ist ein Staat, der erst seit kurzem in den größeren Zeitungen Aufmerksamkeit bekommen hat, einmal weil er ein neues Mitglied der EU ist und zum anderen als die Roma gegen die Einschnitte im Sozialsystem und gegen ihre Diskriminierung revoltiert haben. Andererseits haben antirassistische und antifaschistische Gruppen über die Jahre kontinuierlich Nachrichten über Neonazi-Aktivitäten in der Slowakei erhalten.

Könntest Du die momentan wichtigsten Schlüsselorganisationen und/oder -bewegungen oder Teile der extremen Rechten in der Slowakei beschreiben sowie ihre hauptsächlichen Betätigungsfelder?

Es gibt zwei Hauptströmungen in der extremen Rechten in der Slowakei. Eine davon (zur Zeit noch immer die stärkere) ist die Strömung der »traditionellen Nazis«. Diese umfasst Organisationen wie Blood and Honour, die Hammerskins, Celtic Tradition und andere lokale Gruppierungen. Die meisten der Sympathisanten der Neonazis sind jedoch nicht in einer dieser Strukturen organisiert, sie sind eher Teil von losen Gruppen ohne jegliche feste Struktur. Die Lage in einigen größeren Städten wie Bratislava, Kosice oder Zilina ist allerdings anders, weil die Bewegung dort besser organisiert ist und Verbindungen zu den oben genannten internationalen Gruppen hat, normalerweise über einen der örtlichen Anführer. In diesen Städten entsteht alle paar Jahre eine neue Generation von Neonazis, sie treten dann auf, wenn die älteren mit ihrem Aktivismus aufhören oder sich nur noch als Anführer für die Jüngeren verstehen. Die typischen Aktivitäten sind gewaltsame Übergriffe auf der Straße, Fußball-Hooliganismus (der stark mit diesen Gruppen verknüpft ist), Aufbau von Internetauftritten und Web-Seiten, Herstellung von Magazinen und Plakaten.

Die andere Strömung ist die politische, die offiziell, sozusagen »over ground« agiert.



Sie setzt sich zusammen aus älteren rechten Aktivisten, die versuchen, für ihre Ideologie die Unterstützung der Öffentlichkeit zu bekommen. Sie bilden zivile Vereinigungen als eine Vorstufe zur Gründung von politischen Parteien, oder sie treten in die Strukturen von schon existierenden politischen Parteien (besonders die Jugendgruppen der nationalistischen Parteien) ein. Es gibt zwei Organisationen, die in diesem Zusammenhang am wichtigsten sind: »Slovenska Pospolitost« (das Slowakische Zusammensein), eine Organisation, die in Trnava sitzt und die »Nove Slobodne Slovensko« (Neue Freie Slowakei), die in Presov und Kosice in der Ost-Slowakei sitzt.

Das »Slovenska Pospolitost« versucht sich als eine Organisation darzustellen, die die traditionellen nationalen Werte verteidigt und für die Slowaken und ihre Rechte kämpft. Sie streben auch danach, die Führer der faschistischen Slowakei im zweiten Weltkrieg zu rehabilitieren und sehen sich ganz deutlich als eine Fortsetzung von einigen dieser so genannten slowakischen Staatsorganisationen und deren Ideologie. »Slovenska Pospolitost« ist auch ein Mitglied der International Third Position.

Die andere Organisation – »Nove Slobodne Slovensko« – orientiert sich mehr zur Zukunft hin und auf die Jugend. Sie setzt sich aus ehemaligen Skinheads zusammen, die bereit sind, in die Politik einzutreten und die frustriert sind von der jetzigen politischen Vertretung, besonders von der Situation der nationalistischen Parteien untereinander. Beide dieser Gruppen haben Demonstrationen und Treffen gegen die Nato-Bombardements auf Jugoslawien organisiert, ebenso aber auch bei Jubiläumsfeiern oder Gedenkzeremonien für Menschen, die mit dem slowakischen Staat verbunden sind. Dennoch sind sie in ihrem Bemühen, breitere öffentliche Unterstützung zu bekommen, gescheitert.

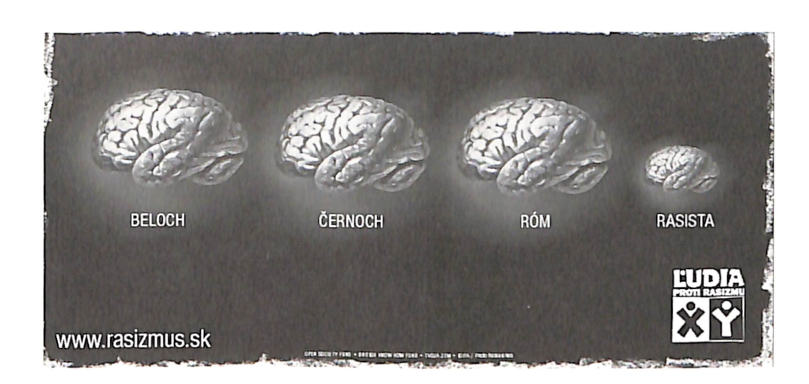
Welche Rolle spielen Blood&Honour und/oder die Hammerskin Nation für die Neonazi-Bewegung in der Slowakei? Konntet Ihr eine Stärkung der internationalen Beziehungen von B&H Slovakia beobachten? Und habt Ihr irgendwelche speziellen Verbindungen zwischen slowakischen und deutschen Neo-Nazis feststellen können, d.h. zwischen B&H und auch der NPD?

Wie ich schon vorher erwähnt habe, spielen internationale Organisationen wie B&H eine zentrale Rolle dabei, die Ideologie zu verbreiten und die Gruppen in der Slowakei besser zu organisieren und untereinander zu verknüpfen. Viele Fälle zeigen außerdem internationale Beziehungen vom slowakischen B&H-Zweig zu anderen Ländern. Bis zum Jahr 2001 wurden viele Konzerte mit ausländischen Bands auf slowakischem Gebiet organisiert, zu denen ausländische Neo-Nazis in großer Zahl anreisten. Einige der bekanntesten slowakischen Bands (wie z.B. Justici, Juden Mord oder D.M.S.) spielten außerdem bei diversen Konzerten im Ausland und Anführer einiger Zweigstellen nehmen an Zusammenkünften und Treffen im Ausland teil (wie z.B. der Beerdigung von Marcel Schilf etc...). Ganz besonders die Zweige in der Ostslowakei unterhalten rege Kontakte sowohl mit den westlichen als auch mit den östlichen (d.h. Russland) Gruppen und Organisationen.

Wer sind die hauptsächlichen Angriffsziele der neo-nazistischen Gewalt? Und wie reagieren die staatlichen Behörden auf die Gewalt? Wie wird mit Roma umgegangen, wenn sie Opfer neonazistischer oder rassistischer Übergriffe geworden sind?

Am häufigsten werden Roma, ausländische Studenten und »alternative Jugendliche« wie Punks oder Skater angegriffen. Die Reaktion der Polizei hat sich in den letzten Jahren ziemlich zum positiven verändert. Dennoch gibt es nach wie vor Probleme in einigen Regionen und zumeist auf einer niedrigeren Ebene der Polizeikräfte.

Es ist schwierig, allgemeine Aussagen darüber zu treffen, wie die Polizei mit Roma umgeht, die Opfer rassistischer Gewalt sind. Es gab Fälle, in denen die Polizei sie sehr ungerecht behandelt hat, oder sogar auf illegale Weise, und andere Fälle, in denen die Täter gefunden und entsprechend verfolgt und angeklagt wurden. Nach unserem Kenntnisstand hat die Polizei in etlichen Fällen nicht in angemessener Weise reagiert und hat nicht alle Mittel eingesetzt, um die Täter zu finden. Ein ganz anderes Problem ist die Behandlung von Roma, wenn diese als Täter bei Vergehen angeklagt und verurteilt werden. In diesen Fällen handelt die



Eins der antirassistischen Plakate von Ludia proti rasizmu.

Polizei ziemlich oft sehr grob und unprofessionell. Die Kommunikation und die Beziehungen zwischen der Polizei und den Roma-Gemeinschaften sind voller Misstrauen auf der einen Seite und voller rassistischer Vorurteile auf der anderen Seite. Nach den jüngsten sozialen Unruhen konnte sich dieses Verhältnis nur verschlechtern und die Kluft zwischen beiden Gruppen nur größer werden.

Wie ist die augenblickliche Lage in den Roma-Gemeinden in den armen Regionen der Slowakei nach den Unruhen?

Wir machen keine direkte Arbeit vor Ort, aber nach dem was ich weiß, ist die Situation ziemlich schlecht und die Ursachen für die Unruhen bestehen noch immer, folglich könnten sie auch wieder beginnen. Im Sommer ist die Lage nicht ganz so kritisch, aber im Winter könnte sich das durchaus wiederholen. Es ist sehr wichtig zu erwähnen, dass die Brandstiftungen und Zerstörungen von der Mehrheit der Roma verurteilt wurden und viele von ihnen gesagt haben, sie würden sich schämen für das, was passiert ist und dass solche Dinge ihre Situation nicht verbessern würden.

Was sind Eure Hauptaktivitäten im Moment? Worauf konzentriert Ihr Eure Anstrengungen im Moment? Und mit welchen Schwierigkeiten seid Ihr konfrontiert, wenn Ihr versucht, Eure Forderungen in den Medien und der allgemeinen Öffentlichkeit zu artikulieren?

Wir konzentrieren uns im Moment auf verschiedene Dinge. Wir wollen das Wissen der Polizei bezüglich Rechtsextremisten und ihrer Aktivitäten vertiefen. Und dann bereiten wir einen Analysebericht über Rassismus und rassistische Gewalt vor sowie Aktivitäten mit Freiwilligen für die kommenden Sommer-Festivals, an denen wir teilnehmen möchten. Die Medien haben unseren Aktivitäten in der Vergangenheit genügend Aufmerksam zuteil werden lassen. Dennoch haben wir sie oftmals dafür kritisiert, wie sie über die Roma-Themen berichtet und wie sie dabei negative Stereotype verbreitet haben. Die allgemeine Öffentlichkeit ist sehr wohlwollend, was unsere Forderung nach einer verbesserten Anwendung der rechtlichen Möglichkeiten und nach einer effektiveren Verfolgung der Neonazis betrifft. Allerdings reagierte sie wesentlich weniger wohlwollend, als die Roma-Problematik zur Debatte stand. Das wurde vor allen Dingen bei unserer letzten Kampagne deutlich, in der wir die rassistischen Vorurteile durchschnittlicher Menschen entlarvt haben.

Glaubst Du, dass die Tatsache, dass die Slowakei nun in der EU ist, positive Auswirkungen für Opfer rassistischer Gewalt haben wird, auf Eure Arbeit und die Situation der Roma? Oder glaubst Du, die Auswirkungen werden vorwiegend negativer Art sein?

Ich bin recht sicher, dass der EU-Beitritt sich positiv auf rassistisch motivierte Gewalt (und ihre Opfer) auswirken wird. Ebenso wie er zu einer Lösung der Probleme, mit denen die Roma konfrontiert sind, beitragen könnte. Diese Schlussfolgerung beruht auf verschiedenen Annahmen: Der EU-Beitritt bedeutet, dass sich die slowakische Gesellschaft der Außenwelt öffnen wird. Mehr Ausländer werden herkommen und durch die Begegnung mit ihnen werden sich die xenophoben Einstellungen abschwächen. Und auf der anderen Seite werden mehr Slowaken ins Ausland gehen um zu arbeiten oder reisen und werden dadurch sehen, dass die Koexistenz von verschiedenen Kulturen möglich ist. Die slowakische Polizei kann bessere Ausrüstung und finanzielle Unterstützung erhalten und der Informationsaustausch mit anderen europäischen Staaten wird sich verstärken. Dennoch sehe ich natürlich einige Schwierigkeiten. Eine der größten sind die Flüchtlingslager an der östlichen slowakischen Grenze, die alle Flüchtlinge und Migranten, die in einem der EU-Staaten als Flüchtlinge anerkannt werden wollen, aufnehmen sollen. Wenn dies nicht mit irgendeiner Form von Bildungskampagne und Aufklärung verbunden wird, könnten die Spannungen sich bis zu einem gefährlichen Niveau steigern. ■

Eine Geschichte über den alltäglichen Faschismus

Die christlich-liberale Budapester Wochenzeitung Hetek kommentierte vor einigen Wochen drei jüngere Ereignisse, die zeigen, dass Ungarn es nicht geschafft hat, die antisemitischen und rassistischen Geister zu vertreiben.



[1] Ferenc Szálasi war Führer der faschistischen Pfeilkreuzer

Das erste Ereignis war eine Nazidemonstration am Helden-Platz in Budapest, die durch die Polizei geschützt wurde. Jeder, der am 11. Februar die Monet-Austellung am Helden-Platz besucht hatte, musste entsetzt sein über die Ansammlung von Menschen in Naziuniformen, die Szálasi, dem Führer der verhassten Pfeilkreuz-Faschisten, huldigten und den Staat Israel als Staat der Ratten bezeichneten.

Diese Gruppe, die ungarische Nazi-Fahnen trug, gehörte zum ungarischen Ableger der internationalen Nazi-Skinhead Bewegung Blood and Honour (B&H). B&H wurde in Ungarn im Februar 2001 offiziell als Kultur-Verein registriert und im Mai 2002 als gemeinnütziger Verein eingetragen.

Am 11. Februar mobilisierte B&H 600 Personen um den Ungarn zu gedenken, die mit den Nazis kollaborierten, um Budapest gegen die Befreier der Roten Armee zu verteidigen. Dieses war nicht die erste derartige Demonstration. Es ist schwer nachzuvollziehen, warum die derzeitige sozialistisch-liberale Regierung dieses nicht verhindern konnte. Es ist allgemein bekannt, dass das Büro für Nationale Sicherheit, verantwortlich für die innere Sicherheit Ungarns, B&H als die gefährlichste Neonazi-Gruppe betrachtet und ihre Mitglieder überwacht.

Anfang 2003 legte der Budapester Staatsanwalt Widerspruch gegen die Vereins-Eintragung von B&H ein, aber das Gericht, das den Fall verhandelte, kam zu keinem Urteil. So lag die Angelegenheit weiter in Händen der Polizei, welche die Nazidemonstration am Helden-Platz nicht nur erlaubte, sondern auch beschützte. Letztlich führte das dazu, dass der Jahrestag der Befreiung Budapests von der Nazibesetzung durch B&H-Nazis gekennzeichnet wurde, die antisemitische Verunglimpfungen brüllten und die heldenhaften Verteidiger Budapests priesen. Sie meinten damit ungarische und deutsche Faschisten, unter denen sich auch der wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilte Faschistenführer Ferenc Szálasi befand.

Ein Artikel in der rechten Wochenzeitung »Magyar Demokrata« beschreibt die faschistischen Verteidiger Budapests gegen »rote Banden« (die Rote Armee) als die Nachfolger der lobenswerten Tradition derer, die gegen die türkischen Besatzer im 16. Jahrhundert kämpften. In anderen Artikeln wird behauptet, dass die heldenhafte Verteidigung des belagerten Budapests der westlichen Kultur gute Dienste erwiesen habe, da diese offensichtlich das Vorrücken der Roten Armee bis Paris verhinderte.

Die Art westlicher Werte, die die Faschisten vertraten, ist offensichtlich der zweite Grund für Heteks Besorgnis, nämlich die Enthüllung, dass ein hoher Prozentsatz von Geschichtsstudenten, darunter viele zukünftige Lehrer, vorurteilsbehaftetet gegen Juden, Zigeuner und Ausländer sind. Diese rassistischen Vorurteile wurden in einer Studie der prominenten Soziologin Mária Vásárhelyi aufgedeckt und in der Budapester Wochenzeitung Élet és Irodalom publiziert.Die Studie basiert auf 500 Interviews, von denen 37% in kirchlichen Hochschulen und 63% an staatlichen Universitäten geführt wurden. Ein Drittel davon in ländlichen Regionen und zwei Drittel in Budapest.

Diese Werte sind erschreckend. 21% der interviewten Studenten glauben, dass Juden die Nationen, die sie akzeptieren, destabilisieren und schwächen, 22% würden es vorziehen, wenn Juden nur in Israel lebten, 23%



glauben, dass die Juden als Ganzes für Antisemitismus verantwortlich sind und 24% denken, dass sich Juden nicht in die ungarische Gesellschaft integrieren wollen. Fast ein Drittel zeigte antisemitische Haltungen, 29% waren unschlüssig und nur 39% hatten eine durchweg demokratische Einstellung.

An der katholischen Pázmány Péter Universität in Budapest zeigten 42% eine antisemitische Haltung und weitere 41% waren sich unschlüssig über ihre Haltung gegenüber Juden. Nur einer von sechs Studenten konnte dem durchweg demokratischen Lager zugeordnet werden.

Die Resultate der Studie über antiziganistische Einstellungen waren sogar noch alarmierender. Zwei Drittel der Interviewten betrachten die »Mehrheit der Zigeuner als nicht tolerierbare Menschen«. Fast die Hälfte glaubt, dass »Zigeuner« nichts tun, um sich in die Gesellschaft einzugliedern und fast die gleiche Anzahl glaubt, dass die »wachsende Zigeunerbevölkerung eine Gefahr für die Gesellschaft« darstelle. Mehr als ein Drittel meint, das »Zigeuner« dazu gezwungen werden sollten, so wie »normale« Leute zu leben. Die selbe Zahl denkt, dass die »kriminelle Veranlagung« der »Zigeuner« genetisch bedingt ist und 20% erheben offen ihre Stimme, dafür »Zigeuner« zu separieren.

Das dritte von Hetek herausgestellte Ereignis war die Entscheidung, eine Statue zu Ehren von Pál Teleki, dem Initiator der antisemitischen Diskriminierungsgesetze während seiner Ministerpräsidentenzeit vor und während des zweiten Weltkriegs, zu errichten. Es ist nur dem Mut einer kleinen Gruppe von Menschen zu verdanken, dass die Einweihung der Statue verschoben wurde. Fast eine halbe Million ungarischer Juden wurden während des Holocausts mit der aktiven Unterstützung der ungarischen Führung in Konzentrationslager verschleppt. Sechzig Jahre später stimmte ein Budapester Ausschuss, unterstützt vom Bürgermeister Gábor Demszky, dafür, Teleki zu ehren, wenn auch Demszky seine Unterstützung nach Protesten von jüdischen Organisationen und liberalen Bürgern wieder zurückgezogen hat.

György Száraz, ein Journalist und Literaturkritiker, bekannt für seine historischen Beobachtungen und ehrlichen Einschätzungen über Antisemitismus und dessen Bedeutung für den Holocaust, beschreibt Teleki wie folgt: »Er war einer der Väter rassistischer Diskriminierung, des Nationalismus und Irredentismus[1]. Als Ministerpräsident führte er körperliche Züchtigung als Bestrafung ein, verhängte Sanktionen gegen die Arbeiterklasse und half später bei der Ausrichtung Ungarns hin zu Italien und Deutschland. Er entwarf Gesetze gegen Juden und fuhr sogar mit dieser selbstmörderischen Politik fort, als er selber die wachsende Gefahr erkannte.«

Teleki brachte seine rassistische Haltung bereits 1914 zum Ausdruck. Zwischen 1920 und 1921 entwarf er als Ministerpräsident das Numerus-Clausus-Gesetz, welches den Zugang von Juden zu höherer Bildung drastisch beschränkte.

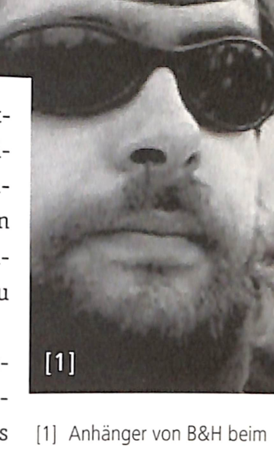
Ab 1939 war Teleki erneut Ministerpräsident bis zu seinem Selbstmord vor dem Naziangriff auf Jugoslawien. 1939 verkündete er das Zweite Gesetz gegen Juden, welches diese als »Bürger zweiter Klasse« einordnete und bereitete das rassistische Dritte Gesetz vor. Verglichem mit diesem erscheinen seine kriminellen Aktivitäten fast bedeutungslos: Er hatte an einem Raubüberfall auf die Ungarische Botschaft in Wien als Mitglied einer antikommunistischen Gruppe teilgenommen und wurde verdächtigt, 1925 an der Herstellung gefälschter französischer Francs beteiligt gewesen zu sein.

Vor kurzem organisierte die Miklós-Horthy-Gesellschaft eine ökomenische Gedenkmesse in Budapests katholischer Basilika für Horthy, der vor 47 Jahren starb und unter dessen Führung alles in seiner Macht stehende getan wurde, um Juden zu separieren und diese zu deportieren, oft in vorauseilendem Gehorsam zu deutschen Aufforderungen.

Warum diese reaktionäre Ansammlung ruritanische Uniformen anzieht und Horthy verehrt, ist kein Geheimnis. Diese rechtsgerichtete Opposition bezeichnet sich selbst als repräsentativ für die christliche Mittelklasse und so ist es nicht verwunderlich, dass sie sich Pál Teleki und den Calvinisten Miklós Horthy, der Ungarn ins Verderben führte, als Vorbilder aussuchen.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa suchten und fanden andere ehemals kommunistische Länder ihre »vorkommunistischen Wurzeln« im antifaschistischen Erbe der Zeit des zweiten Weltkrieges. Ungarn war hierzu nicht in der Lage, da es nie eine ehrliche antifaschistische Bewegung hatte. Stattdessen betrachten sie die Sympathie für den Kommunismus als Makel.

Mitglieder der ungarischen Rechten, die behaupten, für die christliche Mittelklasse zu sprechen, beziehen sich daher zurück auf das einzige andere politische Erbe, das sie kennen: Die ideologischen und politischen Grundlagen der Zeit zwischen den Weltkriegen, den Faschismus und den Antisemitismus. ■



[1] Anhänger von B&H beim Heldengedenken in Budapest 2004

1| Irredentismus: panitalienische Bewegung Ende des 19. Jahrhunderts., die alle Gebiete mit italienischsprachiger Bevölkerung, auch in Österreich-Ungarn, an Italien anschliessen wollte

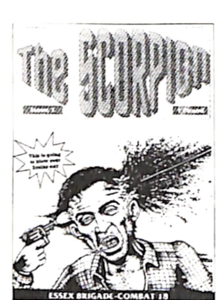
Dieser Artikel von Karl Pfeifer ist in der internationalen antifaschistischen Zeitschrift »Searchlight« aus Großbritannien für Antifa-Net erschienen.

→ Searchlight
37B New Cavendish Street, London, WC1M 8JR

Ein Mythos zerbricht ....







Weit über England hinaus galt und gilt das Kürzel C 18 als Inbegriff von Entschlossenheit und (rassistischer) Gewalttätigkeit, mit dem sich auch die Naziszene außerhalb des »C 18 – Heimatlandes« gerne schmückt. Ein genauer Blick auf die gegenwärtige Verfasstheit der C 18-Strukturen vermittelt allerdings ein ganz anderes Bild.



[1] Der C 18-Führer Mark Atkinson (Mitte) ist nach Spanien gezogen.

Dieser Artikel wurde uns von der internationalen antifaschistischen Zeitschrift »Searchlight« aus Großbritannien und Antifa.net zur Verfügung gestellt.

→ Searchlight
37B New Cavendish Street, London, WC1M 8JR.

Die rechtsextreme Terrorgruppe Combat 18 scheint sich nahezu aufgelöst zu haben, nachdem ihr Anführer Mark Atkinson nach Spanien geflohen ist. Atkinson verließ sein Zuhause in Berkshire samt Partnerin und mehreren Kindern und teilte seinen »Kameraden« mit, dass er genug von England habe. Bereits seit dem Mord an Chris Castle 1997 ging es mit der einstigen Vorzeigegruppierung C 18 beständig abwärts. Letztendlich war es der Aufstieg der Britischen National Partei (BNP) und der öffentliche Ausstieg des C18-Führungsaktivisten Darren Wells über die britische Antifazeitschrift Searchlight im Winter 2001 (siehe AIB # 54), die den Abstieg von C 18 beschleunigten.

Atkinson wurde in den späten 80er Jahren in der Naziszene aktiv. Binnen eines Jahres war er bereits bei den Imperial Knights des Ku Klux Klan aktiv und engagierte sich später bei der BNP. Er integrierte sich schnell in den C18 –Strukturen und nahm 1994 an einer Anzahl von schweren Angriffen gegen Chelsea-Fans teil. 1997 musste er eine Haftstrafe wegen des Vertriebes und der Produktion des Nazi–Magazines »The Stormer« abbüßen. Atkinson ist einer von mehr als einem Dutzend Nazis, die mit dem C 18-Ableger Racial Volunteer Force in Verbindung gebracht werden und daher unter ständiger Beobachtung stehen. Er übernahm die C 18-Führung von Will Browning. Browning selbst blieb zwar weiter aktiv, tat dies aber in den letzten zwei Jahre nahezu anonym. Zwar werden sich weiterhin etliche Nazis öffentlich auf »Combat 18« beziehen bzw. sich gar selbst als zugehörig erklären, doch von einer wirklich national bedeutsamen Naziorganisation kann keine Rede mehr sein.

In West Yorkshire sind vormalige C18 –Aktivisten wie Tony White und Kevin Watmough mit ihren Anhängern in die White Nationalist Party übergetreten. In Oldham hat sich die Anhängerschaft zwischen der BNP und der Racial Volunteer Force, angeleitet vom örtlichen Nazi-Aktivisten John Hill, zerteilt. Im Nordosten sind einige C 18–Protagonisten, wie das Umfeld der Naziband Warhammer, wieder zu eher mainstream–tauglichen Kreisen von Blood & Honour zurückgekehrt. Zu guter Letzt haben sich viele ehemalige »C 18-Kämpfer« sang- und klanglos aus den Kreisen der extremen Rechten zurückgezogen.

Auch die C 18-Anhängerschaft außerhalb Englands hatte nicht unbedingt mehr Glück. So berichtete die polnische Zeitung »gazeta wyborcza« im Dezember 2003 über einen Journalisten, der sich zwei Jahre zuvor in polnischen C 18-Strukturen einschlich, um Material für einen Dokumentarfilm zu sammeln. Im Internet nahm er mit der US-Nazigruppierung »Church of the Creator« Kontakt auf und wurde von dort aus an die polnischen Nazis »weitergereicht«. Seiner Einschätzung nach hatten diese ihre Organisierungsphase weitestgehend abgeschlossen und waren im Begriff an die Öffentlichkeit zu treten. Aus englischen C 18-Materialien war zu entnehmen, dass Polen als »politisches Hinterland« benutzt wurde, um beispielsweise das C 18-Heft »The Stormer« zu produzieren. Am 28. Oktober 2001 durchsuchten daraufhin polnische Sicherheitskräfte insgesamt neun Wohnungen in Olsztyn, Krakow, Warschau und Lublin. Auch in Schleswig-Holstein kam es zu Hausdurchsuchungen bei Nazis, die sich als C 18-Aktivisten sahen, im Vordergrund standen hierbei aber der Besitz von Waffen und die Fortführung von »Blood & Honour« Deutschland.

Zu den polnischen Aktivisten gehörten auch zwei Professorensöhne, von denen einer Chemie, der andere Jura studiert. In deren Wohnung fand die Polizei »relevante Disketten«. Ansonsten sei bei den Durchsuchungen lediglich Propaganda und das Stormer-Zine gefunden worden. Festnahmen gab es keine und die gesuchten Hinweise auf die Druckerei wurden nicht gefunden. Als Mitarbeiter der »gazeta wyborsza« den Lubliner Professor zu dem Vorwurf befragen wollten, dass der Satz des Stormer auf seinem PC produziert worden sei, ging der ältere der Söhne mit geballten Fäusten auf sie zu und betitelte sie als »jüdische Büttel«. Das Haus des Professors liegt gerade 500 Meter vom Vernichtungslager Majdanek entfernt. ■

Menetekel Rathenau-Mord

Auf die Weimarer Demokratie legte sich durch eine Serie politischer Morde schon früh ein rechtsterroristischer Schatten, der mit der Machtübernahme der Nazis 1933 übermächtig wurde. Am Beispiel des Mordes an Walter Rathenau zeigt Martin Sabrow auf, welchen Preis die republikanischen Liberalen und Linken zahlten, als sie sich als unfähig erwiesen, den Sumpf der völkisch-nationalistischen Parteien und Wehrverbände auszutrocknen.

Walter Rathenau war gewiss einer der ungewöhnlichsten bürgerlichen deutschen Politiker. Als sozialliberaler Demokrat, Intellektueller, Jude und Vorstand der AEG repräsentierte er bereits gegen Ende des I. Weltkrieges das Feindbild der extremen Rechten. Einerseits hatte er, anders als viele deutsche Eliten, den Beginn des I.Weltkrieges nicht nationalistisch-euphorisch begrüßt. Andererseits jedoch beriet er in seiner Funktion als Chef des »Rohmaterialamtes« die OHL unter Ludendorff und Kriegsminister von Falkenhayn in der Frage des effektiven Einsatzes kriegswichtiger Güter. In der vom sogenannten »Geist von 1914« geprägten Nation der Kriegsjahre schlugen ihm, dem jüdischen Zivilisten in leitender Funktion der ökonomischen Kriegsführung, alle antisemitischen Ressentiments entgegen. Deutlich wurde dies, als Rathenau das Waffenstillstandsangebot Ludendorffs an die Alliierten vom Oktober 1918 als verfrüht ablehnte. Berechtigte Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung schlug in militaristisch motivierten Antisemitismus um, als man Rathenau vorwarf, er selbst habe nicht an der Front gekämpft. Nach 1919 trat Rathenau der liberalen DDP bei und bemühte sich als Außenminister um einen politischen Ausgleich mit den Siegermächten. So weit, so bekannt.

Sabrow zeichnet im ersten Abschnitt des Buches eben diesen Weg Rathenaus in die Politik nach, bevor er ausführlich die politischen Rahmenbedingungen des Mordes an Rathenau beschreibt.

Das Anliegen des Bandes ist nicht primär die Biographie Rathenaus. Vielmehr geht es um die Darstellung des Ausmaßes der Gefahr, die von rechtsextremen Gruppen Anfang der zwanziger Jahre ausging und die, so die These des Buches, bis heute vernachlässigt wird. Auch Rathenau selbst hatte alle Warnungen vor einem Anschlag auf seine Person in den Wind geschlagen. Der Autor wirft ein Schlaglicht auf die Organisationsgeschichte der antirepublikanischen extremen Rechten und ihrer Wehrverbände. Denn die antisemitische Hetze der rechtsextremen Propaganda, a la »Schlagt tot den Walter Rathenau – die gottverdammte Judensau«, war nur die Begleitmusik für die Mordserie an Matthias Erzberger und Maximilian Harden. Sabrow stellt dar, dass eben diese Morde nur Teil der auch nach dem Kapp-Putsch fortexistierenden militärischen Planungen der extremen Rechten für einen Staatsstreich waren. In deren Mittelpunkt stand die von dem Brigadegeneral und ehemaligen Freikorpsführer Ehrhardt aufgebaute O.C., die Organisation Consul. Sie verfügte über ein weit verzweigtes politisch/militärisches Netzwerk, dass nach den Morden nur teilweise aufgedeckt werden konnte. Überzeugend löst der Verfasser hernach inhaltlich seinen Buchtitel ein, indem er scharfzüngig analysiert, dass die juristische Aufarbeitung der Mordserie politisch motiviert systematisch verschleppt wurde und die politische Auseinandersetzung mit der extremen Rechten der Weimarer Republik unterblieb. Als Ursache hierfür macht der Autor die antisemitische und antirepublikanisch-rechtskonservative Verfasstheit der politischen Klasse der ersten Republik aus. Dies, so Sabrow, sei eine wesentliche Voraussetzung für die spätere Nachsicht staatlicher Stellen im Umgang mit den aufstrebenden Nazis gewesen. »Der Feind steht rechts«, so Phillip Scheidemann, ehemaliger Ministerpräsident, nach einem versuchten Anschlag auf seine Person. Doch bis auf die WELTBÜHNE und wenige liberale und linke Organisationen wollte dies niemand wahrhaben. Die Folgen sind bekannt.

Der Band beruht auf Sabrows sehr umfänglicher Dissertation zum Thema und ist als exemplarischer, thematischer Einstieg in die unmittelbare Vorgeschichte des Nationalsozialismus in Bezug auf seine rechtsterroristischen Quellen sehr gut lesbar. ■

Martin Sabrow
Die verdrängte Verschwörung
Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution



Geschichte Fischer

Sabrow, Martin:
Die verdrängte Verschwörung: der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution.
Frankfurt/M: Fischer TB Verl., 1999. - 276 S. 10 (antiquarisch)

Jenseits der Wolokolamsker Chaussee





Overy, Richard:
Russlands Krieg: 1941 – 1945
Hamburg; Rowohlt Verlag;
2003; 555 S. 24,90

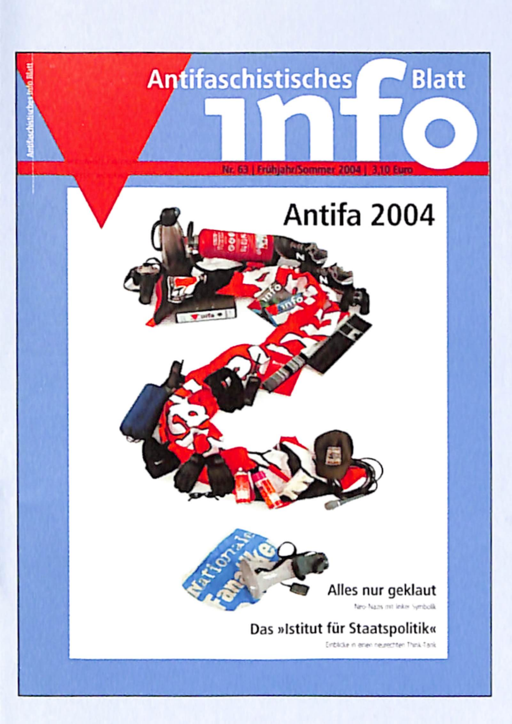
Im Juni begehen die ehemaligen Westalliierten den 60. Jahrestag der Eröffnung der zweiten Front in Europa in der Normandie. Doch es scheint fraglich, ob die Feierlichkeiten die Verdienste der Sowjetunion an der militärischen Niederschlagung des Faschismus angemessen würdigen werden. Ein neues Buch des englischen Historikers Richard Overy erinnert daran, wer die Hauptlast im Kampf gegen die Wehrmacht trug: die Rote Armee.

Als die deutsche Wehrmacht am 22. Juni 1941 die sowjetische Grenze überschritt, versetzte dies die Bevölkerung, die Armee und die politische Führung des Landes in einen Schockzustand. Fassungslos, so berichten Zeitzeugen, hätte die Moskowiter Bevölkerung die Radionachrichten vom Einmarsch der Wehrmacht vernommen. In den ersten Monaten nach Kriegsbeginn konnte von einer Verteidigungsstrategie der Roten Armee keine Rede sein. Sie wurde von den Panzer- und Flugzeugverbänden der Wehrmacht buchstäblich niedergewalzt. Erst ca. 150 Kilometer vor Moskau konnte die deutsche Kriegsmaschinerie zum Stillstand gebracht werden. Das Schicksal Moskaus, so gestaltete es Alexander Bek in seinem berühmten gleichnamigen Roman, entschied sich an der Linie der Wolokolamsker Chaussee. Die Ausgangssituation der Sowjetunion nach dem Beginn der deutschen Operation »Barbarossa« ließ einen schnellen Sieg der Deutschen erwarten. Denn das Land war, politisch wie militärisch, durch den stalinistischen Terror der 30er Jahre und das rücksichtslose Tempo der ökonomischen Modernisierung unter dem Primat der Schwerindustrie, geschwächt. Die Säuberungen der Jahre 1936 – 39 waren an der Roten Armee nicht spurlos vorübergegangen. Die Modernisierung der Armee war durch die Ausschaltung fast ihrer gesamten Führung zum Erliegen gekommen. Einige der fähigsten Militärstrategen, wie bspw. der Bürgerkriegsgeneral Tuchatschewski, waren den Säuberungen zum Opfer gefallen. Der Autor führt dem Leser den Grad der Militarisierung der Sowjetgesellschaft vor Augen, die alle Bereiche erfasste. Als Grund wird das Ursachengeflecht aus nachrevolutionärem Bürgerkrieg, ökonomischer Isolation und der spezifischen Ausprägung bolschewistischer Ideologie benannt. Vor diesem Hintergrund ist Overys zentrale Fragestellung, warum es der Sowjetunion überhaupt gelang, die zum Zeitpunkt des Angriffs modernste Armee der Welt, die Wehrmacht, unter so widrigen Bedingungen vernichtend zu schlagen. Dabei gibt er sich nicht mit den historiographischen Standardantworten vieler westlicher Autoren zufrieden, die diese Tatsache nur auf die Faktoren der russischen Mentalität und des staatlichen Terrors zurückführten. Auch den heroischen Verklärungen der sowjetischen Geschichtsschreibung geht Overy nicht auf den Leim. Vielmehr arbeitet er die verschiedenen Ursachen für diesen Erfolg exemplarisch in den Bereichen Ökonomie, Politik und Kultur heraus. Der Terror von SMERSCH, NKWD und das System der GULAG konnte nach Overy nicht die alleinige Voraussetzung für die enorme Kraftanstrengung der Menschen sein. Nicht zuletzt die Kriegsführung der Wehrmacht, die der Zivilbevölkerung Tod und Vernichtung brachte, habe zur Verteidigung ihres Landes motiviert. Der Sowjetunion sei eine Mobilisierung ungeheurer Ressourcen gelungen, die man im Westen nicht für möglich gehalten habe. Der Anteil der britisch/amerikanischen Wirtschafts- und Rüstungshilfe sei relativ gewesen. Doch Overy stellt auch die Frage nach dem Preis, den die Sowjetunion für den Sieg über den Faschismus zahlte. Hier präsentiert der Verfasser nicht nur die nackte Zahl von ca. 25. Mill. Kriegstoten, sondern beschreibt die verheerenden ökonomischen, sozialen und psychologischen Folgen, die dieser Krieg verursachte.

Der Schlacht um Stalingrad wird im Buch entsprechend ihrer Bedeutung ein eigenes Kapitel eingeräumt. Diese sei zwar nicht militärisch, wohl aber symbolisch-psychologisch entscheidend für den Ausgang des II Weltkrieges in der Sowjetunion gewesen.

Ausführlich widmet sich Overy in allen Kapiteln des Buches der Rolle Stalins. Dabei verzichtet er gänzlich auf eine Dämonisierung seiner Person. Nüchtern werden Stalins Motivationen, Stärken und Schwächen für die jeweilige Situation des Krieges analysiert. Der Autor lässt keinen Zweifel daran, dass es sich bei Stalin um einen despotischen Herrscher handelte, der Menschenleben ohne Bedenken opferte. Doch erklärt er Stalin nicht zum ausschlaggebenden Faktor des Krieges. Zudem kommt der Autor ohne antikommunistische Ressentiments oder Tabus aus. Deutlich, wie bei deutschen Autoren selten, skizziert er die rassistischen und imperialistischen Kriegsziele der deutschen Wehrmacht. Dem Autor merkt man eine echte Anteilnahme und Respekt vor den Leistungen der Roten Armee, ohne deren Schattenseiten auszublenden, an.

Nein, Richard Overy fügt den zahllosen Detailstudien zum II. Weltkrieg keine weitere hinzu. Hier wird eine Gesamtschau geboten, die sich nicht in kleinteiligen Erörterungen verliert. Die Qualität des Buches besteht denn auch nicht so sehr in der Präsentation neuer Fakten. Diese konnte man nach 1990 in vielen Publikationen nachlesen. Es ist vielmehr die stilistische Art der Faktenpräsentation und die Umsicht, welche der Autor bei ihrer Interpretation walten lässt, die das Buch zu einem Lektüreereignis machen. Overy versteht es, komplexe Zusammenhänge spannungsreich und sprachlich erfrischend darzustellen. Der Anmerkungsapparat enthält manche Fehler, bleibt jedoch überschaubar. Das Buch liegt quer zur Zeitgeisthistoriographie, weil es sich nicht scheut, den zivilisatorischen Verdienst der Roten Armee bei der Befreiung vom Faschismus auch so zu bezeichnen. Insgesamt motiviert die Lektüre des Bandes, sich eingehender mit dem Weg der Roten Armee von der Wolokolamsker Chaussee nach Berlin zu befassen. ■



Aboniert

das antifaschistische info blatt

Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo	15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je	3,10 Euro
→ ab 5 Exemplaren	20% Rabatt
→ ab 50 Exemplaren	25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für eine **Paketbestellung ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

Back Issues

Fünfzehn Jahre Antifa in einem Blatt. Entwicklungen und Diskurse - nachlesen und nachvollziehen. Das eigene Archiv komplettieren. Alles kein Problem. Einfach die vorherigen Ausgaben des AIB bestellen.

Lieferbare Ausgaben

18 bis 49 | 51 bis 63

Preise sind abhängig von der gewünschten Ausgabe (1,50 bis 3,10 Euro)

Pakete

Info-Paket A 18 bis 24	7,70 Euro
Info-Paket B 25 bis 31	11,30 Euro
Info-Paket C 32 bis 38	11,30 Euro
Info-Paket D 39 bis 45	11,30 Euro
Info-Paket E 46 bis 49 | 51 | 52	11,30 Euro
Info-Paket F 53 bis 59	11,30 Euro
Alle Info-Pakete	64,20 Euro

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
16. Jahrgang
Nummer 63 | 3.2004

Preis 3,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.

Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a

10961 Berlin